

**Jessika Wischmeier**

Eine Chance für die Jugend?  
SPD fordert Ausbildungsumlage

**Hermann Bömer**

Gesamt- und regional-  
wirtschaftliche Probleme  
nachhaltiger Entwicklung

**Arbeitsgruppe Finanzen  
des Frankfurter Kreises**

Solidarische Finanzpolitik  
statt Kapitulation vor der  
„Globalisierung“

**Edgar Göll**

Die USA nach den Wahlen

Ausgabe 6 | 96

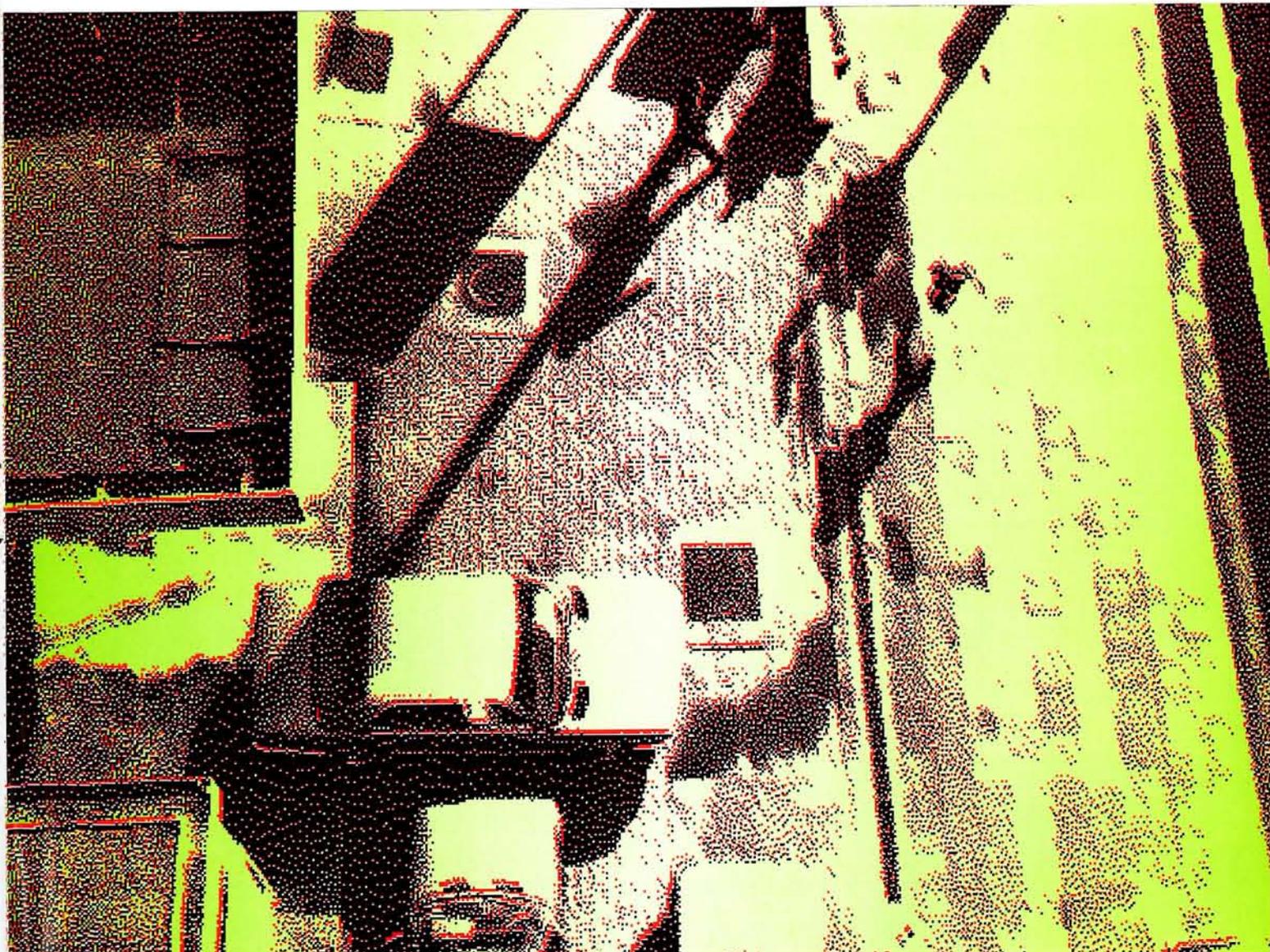
Heft 92

8,50 DM

November |

Dezember 1996

## ZUKUNFTSFÄHIGE ENTWICKLUNG



von Thomas Westphal

Die wichtigste Nachricht vom Jugendparteitag der SPD in Köln ist sicherlich die, daß sich die JungsozialistInnen gegen die Standortpolitiker a la Schröder, Clement und Beck bei der Debatte um die Umlagefinanzierung durchgesetzt haben. Dieser Beschluß ist das beste Kontrastprogramm zum allgegenwärtigen Versuch, sozialpolitische Modernität immer wieder mit dynamischem und grenzenlosem (Wirtschafts)Individualismus zu übersetzen.

Allerdings verweisen in diesem Zusammenhang zwei im Vorfeld des Jugendparteitages veröffentlichte Äußerungen aus der "sozialdemokratischen Familie" auf eine tiefere Problematik. Der jungsozialistische Vorstoß von Köln, die Ohnmacht vor der globalen Wirtschaft abzuschüteln und endlich wieder ökonomische Verhältnisse mit gesellschaftspolitischen Zielen (Ausbildung für alle) zu gestalten, erhielt indirekte Unterstützung vom ehemaligen Bundesarbeitsminister und „Kanaler“ Herbert Ehrenberg, für den es höchste Zeit ist, die "keynesianische Wahrheit wiederzuentdecken." (Vgl. dazu auch den Text der AG Finanzen des Frankfurter Kreises in diesem Heft.) Im Handelsblatt rechnet er vor: "Im Verlauf von vier Jahren 1,2 Millionen Steuer- und Beitragszahler weniger, parallel dazu 1,3 Millionen mehr Empfänger von Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit bzw. Bezieher vorzeitiger Renten - kein Sparvolumen ist denkbar, das Mindereinnahmen und Mehrausgaben in die-

ser Größenordnung ausgleichen könnte."

Von dieser "keynesianischen Wahrheit" wollen wiederum Teile der aktiven Jusos nichts wissen. So ließ der Landesvorsitzende der baden-württembergischen Jusos die Öffentlichkeit wissen, daß die SPD sich in einer sozialpolitischen Denkblockade befinde und die heikle Frage der Alters- und Rentenproblematik nicht beantworte. Weil die Propf-Ausgaben für alte Menschen erheblich anstiegen und Ausgaben für Ausbildung stagnierten, seien die Jugendlichen die Verlierer des Sozialstaates, und deshalb verlangen diese Jusos eine Umstellung der Rentenversicherung auf ein Kapitaldeckungsverfahren.

*Kurzum:* Es ist höchste Zeit, einer generationspolitischen Wahrheit ins Auge zu sehen: Die Denkfigur von der "sozialstaatlichen Belagerung der individuellen Entfaltungsmöglichkeit in einer grenzenlosen Weltwirtschaft" wird sich im Generationswechsel nicht von selbst verflüchtigen. Das Beispiel der ehemals reformsozialistischen Jusos aus Ba-Wü zeigt: Durch die ideologische Mixtur "Deregulierung für die Zukunft unserer Jugend" wird der Anti-Etatismus geradewegs zu neuem Leben erweckt und mit dem Anspruch auf Modernität bereits wieder tief in die SPD hineingetragen. Mit klassischen Beschwörungsformeln und flockigen Parteitag a la Köln läßt sich diese Problematik nicht aus der Welt schaffen.

\*

Was muß also geschehen, damit „keynesianische Wahrheiten“ wieder eine sozio-politische Modernität erlangen? Oder anders gefragt, wie lassen sich z.B. Ansätze von Unternehmensstrategien (etwa bei der Ruhrkohle AG oder der Volkswagen AG), die in eine andere Entwicklungsrichtung drängen als in die des "shareholder-value-Kapitalismus", mit einer gewerkschaftlichen Beschäftigungspolitik verbinden? Wie lassen sich solche auf die zukünftige Industriestruktur ausgerichteten Strategien mit einer öffentlichen Finanzpolitik gezielt unterstützen und gegen Konzernstrategien wie Schrempp von der Daimler-Benz AG und Vogel von der Thyssen AG profilieren? Wie lassen sich öffentliche Banken und private Investmentfondsstrukturen für die Finanzierung der ersten Schritte eines innovativen Infrastrukturprogramms ge-

winnen? Wie lassen sich solche privat-öffentlichen Partnerschaften gegen den vorherrschenden Anti-Etatismus in Deutschland ins Feld führen?

*Kurzum:* Wenn eine solche "keynesianisch motivierte Spaltung" der wirtschaftlichen Eliten zugunsten eines gesamtgesellschaftlichen Fortschrittsbündnisses in Deutschland als nicht möglich erachtet wird, sind aus meiner Sicht alle weiteren geistigen Investitionen in die keynesianische Wahrheit schlicht überflüssig.

\*

Immer stärker ist in den letzten Wochen jedoch deutlich geworden, daß die gesamte Frage nach einer zukünftigen emanzipativen Wirtschaftspolitik von der Auseinandersetzung über die Architektur der Europäischen Union überlagert wird. Deutlich geworden ist wohl auch, daß es bei dieser Architekturfrage so etwas wie eine konzeptionelle Spaltung im bürgerlichen Lager Europas bereits gibt. Die konservativen Regierungen in Europa können diesen Zwist jedoch in aller Ruhe austragen, weil nur wenige europäische Linksparteien deutliche und ambitionierte Bedingungen für die Einführung einer europäischen Währung formuliert haben. Die meisten der europäischen Linksparteien haben sich vom Streit der Monetaristen über die Einhaltung von Zeitplan oder Konvergenzkriterien beeindruckt lassen.

Aus meiner Sicht könnte aber eine Verständigung über sozialreformerische Eckpunkte für die Einführung des Euro, wie sie z.B. die französischen Sozialisten aufgestellt haben (u.a. Solidaritäts- und Wachstumspakt für Beschäftigung und eine währungspolitische Regulierung der Beziehungen zwischen dem Euro und dem US-Dollar) zum einen die Gemengelage in Brüssel erheblich verschieben und auch die nationalen Rebellionen gegen den neoliberalen Weg völlig neu aufladen.

*Kurzum:* Es würde sich unter mehreren Gesichtspunkten lohnen, rund um die spw und ihre Diskussionszusammenhänge Anstrengungen für eine Re-Formulierung eines keynesianisch inspirierten ökonomischen Reformprogrammes unter Berücksichtigung spezifischer sektoraler Probleme vorzunehmen, wie auch den Versuch zu starten, eine europäische crossover-Konferenz im Maastricht-Jahr durchzuführen.

**Herausgeber/Herausgeberinnen:**

Heinz Albrecht (Berlin)  
 Edelgard Bulmahn (Hannover)  
 Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)  
 Diether Dehm (Frankfurt/M.)  
 Katrin Fuchs (Verl)  
 Christel Hanewinkel (Halle/S.)  
 Uwe Kremer (Dortmund)  
 Detlev von Larcher (Weyhe)  
 Susi Möbbeck (Magdeburg)  
 Kurt Neumann (Berlin)  
 Peter von Oertzen (Hannover)  
 Horst Peter (Kassel)  
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)  
 Thomas Westphal (Dortmund)

**Redaktion:**

Thorsten Cabalo  
 Heiner Kockerbeck  
 Christoph Meyer  
 Silvia Rosendahl  
 Reinhold Rünker  
 Ralf Schmitz  
 Stefan Schostok  
 Georg Schulze  
 Joachim Schuster  
 Barbara Underberg  
 Claudia Walther  
 Frank Wilhelmy

**Redaktionssekretär**

Ralf Krämer

**Redaktions- und Verlagsanschrift:**

spw-Verlag/Redaktion GmbH  
 Fresienstraße 26, 44289 Dortmund  
 Telefon 02 31/40 24 10 (Verlag)  
 Telefon 02 31/40 14 11 (Redaktion)  
 Telefax 02 31/40 24 16  
 E-mail: SPW-VERLAG@LINK-DO.soli.de  
 Internet: http://www.koeln-online.de/spw/

**Geschäftsführung:**

Andreas Bach  
 Ulla Saß  
 Olaf Schade  
 Hans-Peter Schulz  
 Alfred Voges

Konto des Verlages:  
 Postgiroamt Dortmund  
 Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr  
 mit 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 58,-  
 ermäßigtes Jahresabonnement  
 (für SchülerInnen, StudentInnen,  
 Erwerbslose) DM 49,-,  
 Auslandsabonnement DM 61,-

Abbestellungen mit einer Frist  
 von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und  
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen  
 Manuskripte auf Diskette mit einem  
 Ausdruck geliefert werden  
 (MS-DOS-Textverarbeitungssystem).

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 1996.  
 Alle Rechte, auch das der Übersetzung,  
 vorbehalten.

Titelfoto:  
 Stephan Hoppe, Köln

Satz und Gestaltung:  
 Judith Nußbaum, Köln

Druck:  
 Nolte-Druck, Iserlohn  
 1-3 Tausend, Dezember 1996

# INHALT

**Thomas Westphal**

kurzum ..... 2

**MAGAZIN****Jessika Wischmeier**

Eine Chance für die Jugend?  
 SPD-Jugendparteitag beschließt Ausbildungsumlage ..... 4

spw-intern ..... 6

**Christoph Schurian**

Fußball ist unser Leben, denn König Fußball regiert die Welt ..... 7

**Joachim Eisbach**

Multi-Media in der gewerkschaftlichen Diskussion ..... 10

**Gustav W. Sauer, Detlef Bimboes**

Schlanker Staat? „Schlichter“ Standort! ..... 12

**GENDER-POLITICS****Sabine Kebir**

Die islamische Frau zwischen theologischen und soziologischen Wahrheiten ..... 15

**ZUKUNFTSFÄHIGE ENTWICKLUNG****Ralf Krämer, Detlef Bimboes**

Kurswechsel für Umwelt und Entwicklung  
 Einleitung zum Heftschwerpunkt ..... 18

**Holger Thärichen**

Nachhaltige Produktion durch Stoffstrommanagement und Kreislaufwirtschaft? ..... 21

**Hermann Bömer**

Gesamt- und regionalwirtschaftliche Steuerungsprobleme nachhaltiger Entwicklung ... 26

**Isabel da Silva Matos**

Ökologische oder klassische Wirtschaftspolitik? ..... 31

**Andreas Missbach**

Neue Weltwirtschaftsordnung und zukunftsfähige Entwicklung ..... 33

**Bernd Menning**

Das Projekt „Lokale Agenda Köpenick“ ..... 36

**Martina Krause**

Beschleunigt im Rückwärtsgang  
 Umweltpolitik in Deutschland ..... 39

**Barbara Gersmann, Alexandra Kramm, Heiko Kretschmer, Eckhart Seidel**

Projekt Solarwirtschaft - Plattform zum Solaren Umbau ..... 40

**FINANZPOLITIK****Arbeitsgruppe Finanzen des Frankfurter Kreises**

Solidarische Finanzpolitik statt Kapitulation vor der „Globalisierung“ ..... 44

**INTERNATIONALES****Edgar Göll**

Brückenbau ins Dritte Jahrtausend?  
 Die USA nach den Wahlen ..... 50

**Werner Schuster, Andreas Kellermann**

Nachhaltigkeit als Leitlinie  
 Für eine Reform der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ..... 55

# Eine Chance für die Jugend?

SPD-Jugendparteitag beschließt Ausbildungsumlage

von Jessika Wischmeier\*

Mit dem jugendpolitischen Bundesparteitag in Köln am Montag, den 25.11.96, fand das erste mal seit 17 Jahren ein Bundesparteitag der SPD statt, der sich ausführlich mit der Situation Jugendlicher auseinandersetzte. Dies wohl vor allem motiviert durch die Umfrage- und Wahlergebnisse der letzten Monate, die dramatisch verdeutlichten, daß die Sozialdemokratie von der stärksten zur drittstärksten Kraft bei den JungwählerInnen wurde. Ein Einzelereignis, wie ein jugendpolitischer Parteitag kann einen solchen Trend nicht umkehren. Dies kann nur überzeugende Politik, die sich für die Interessen Jugendlicher einsetzt und an ihren Gestaltungsansprüchen ansetzt. Ein solcher Parteitag kann jedoch einen ersten Schritt darstellen, den abgerissenen Dialogfaden wieder zu knüpfen.

Unter diesem Gesichtspunkt ist der SPD-Sonderparteitag am 25.11.96 als Erfolg zu bewerten, da Jugendliche ihre Ansprüche artikulieren und teilweise durchsetzen konnten. Dies ist zum einen der organisatorischen Vorbereitung des Parteitages durch Franz Muntefering sowie zum anderen der intensiven inhaltlichen Vorbereitung durch zahlreiche Juso-Gliederungen zu verdanken. Hervorzuheben ist auch der besondere Beitrag, den für die Jusos Andrea Nahles, Benny Mikfeld und Ulf-Birger Franz im Parteivorstand, in der Antragskommission und auf dem Parteitag geleistet haben.

## Großes Engagement von Jusos brachte Erfolg

1. Zum Erfolg beigetragen hat die frühzeitige Vorlage des jugendpolitischen Memorandums. Somit gab es die Gelegenheit für eine intensive Auseinandersetzung auf allen Ebenen. Diese Chance wurde aufgegriffen und es fand in den letzten Monaten eine kritische und konstruktive Diskussion des Jugendmemorandums statt. Aus dieser Diskussion heraus haben Jusos den Antrag „Jugendperspektive“, der Anforderungen Jugendlicher an ein sozial-ökologisches Reformprojekt beschreibt, entwickelt und auf dem Parteitag eingebracht.

2. Die Beteiligung von Jusos und Jugendlichen während dieses Parteitages setzte Meilensteine für zukünftige Parteitage. Zum einen bot die Öffnung für interessierte Jugendliche die Chance, direkt in die Auseinandersetzung mit der Partei einzusteigen, zum anderen eröffnete das Rederecht des Juso-Bundesvorstandes endlich die Möglichkeit, die vom Juso-Bundesvorstand entwickelten Positionen und Änderungsanträge direkt einzubringen. Drittens trug die quotierte Redeliste zu einem besseren Klima und vor allem zur stärkeren Beteiligung von Frauen in den Debatten bei. Hinter diese Standards kann und sollte die Partei nicht mehr zurückfallen. Kritisch anzumerken bleibt allerdings, daß den RednerInnen der Jugendverbände nur von wenigen zugehört wurde. Zuhören bleibt jedoch ein wesentliches Element des Dialoges.

3. Der Bundesparteitag wurde insbesondere durch das Engagement von Jusos zum Erfolg. In vielen Ortsvereinen, Unterbezirken, Bezirken und Landesverbänden gab es auf Initiative von Jusos vielfältige Aktivitäten. So wurde zum Beispiel im Bezirk Mittelrhein eine Arbeitsgruppe des Bezirksvorstandes eingesetzt, die aus Jusos und Bezirksvorstandsmitgliedern unter Leitung von Anke Brunn bestand. Diese Gruppe führte Gespräche zum Jugendmemorandum mit Jugend- und AusbildungsvertreterInnen, JugendverbandsvertreterInnen und StudierendenvertreterInnen als MultiplikatorInnen durch und besuchte Ausbildungsbetriebe in der Region.

Bei den zahlreichen Gesprächen wurde deutliche Kritik an der mangelnden Glaubwürdigkeit der Partei insgesamt geäußert, das Fehlen einer konsequenten Opposition kriti-

siert und deutliche Reformpolitik eingefordert. Bei den Gesprächen stand vielfach die gesetzliche Umlagefinanzierung im Mittelpunkt. Damit wurde den „Ü 45“ deutlich, daß nicht nur die Jusos Kritik an der Partei haben, sondern daß die Kritik der Jusos tatsächlich Meinungen und Forderungen von Jugendlichen aufgreift.

## Zwei unterschiedliche Ansätze von Kampagne

4. Der Jugendparteitag bestätigt die Idee der Kampagne als Umbauprojekt. Dabei konnte man auf diesem Parteitag zwei unterschiedliche Ansätze von Kampagne vergleichen: die Jugendkampagne der Bundes-SPD und die Kampagne der Jusos: „Wer nicht ausbildet, wird umgelegt!“

Ziel der Jugendkampagne der Bundes-SPD war es, durch die mediale Inszenierung von Jugendlichkeit Jugendliche anzusprechen. Auf inhaltliche Projekte wurde weitgehend verzichtet. Allenfalls die Themen Herabsetzung des Wahlalters und Beteiligung Jugendlicher (U 40) an Bundestagsmandaten - quasi als Billigangebot - wurden kurz vor dem Parteitag in die Diskussion geworfen. Dies reicht jedoch nicht aus, um langfristig Jugendliche wieder an die SPD zu binden. Diese wollen vor allem Antworten auf Zukunftsfragen.

Die Juso-Kampagne setzte im Gegensatz dazu auf Inhalte und sprach Jugendliche mit dem fundierten Reformprojekt der solidarischen Finanzierung der Ausbildung an. Zahlreiche Aktionen (z.B. während der bundesweiten Aktionswoche zu Beginn des Ausbildungsjahres), Diskussionen, peppige Materialien und eine zugespitzte Öffentlichkeitsarbeit trugen dazu bei, dieses Projekt als eine der zentralen Forderungen der Jusos zu transportieren. Auf dem Parteitag selber gelang diese Inszenierung nicht zuletzt durch zahlreiche Jusos, die mit ihren roten Umlage-T-Shirts Farbpunkte setzen und dadurch auch als Jusos erkennbar wurden, sowie durch phantasievolle Materialien und Aktionen. Hierdurch wurde auch dem letzten Delegierten deutlich, was die Jusos wollen. Das „Haus der Zukunft“, das der Juso Bezirk Mittelrhein gebaut hatte, verdeutlichte, daß die Umlage für Jusos nur ein Baustein von vielen für ein Zukunftsprojekt ist.

Auch der Grundgedanke der Doppelstrategie wurde durch diesen

*Damit wurde den „Ü 45“ deutlich, daß nicht nur die Jusos Kritik an der Partei haben, sondern daß die Kritik der Jusos tatsächlich Meinungen und Forderungen von Jugendlichen aufgreift.*

\* Jessika Wischmeier, Bonn, ist Juso-Bezirksvorsitzende und Mitglied im SPD-Bezirksvorstand Mittelrhein



Parteitag bestätigt. Jusos haben im Vorfeld in regionalen Bündnissen gemeinsam mit linken Jugendverbänden für die gesetzliche Umlage gekämpft und darüber hinaus mit diesen Anforderungen an die Partei und diesen Parteitag formuliert. Hierdurch hat sich der Druck auf die Partei, dieser zentralen Forderung zu entsprechen, erhöht. Ein Beispiel war das Kölner Jugendbündnis, daß seine Aktivitäten auf dem Bundesparteitag vorgestellt hat. Hierzu zählt aber auch die Beteiligung der Jusos an dem Jugendfestival der IGM-Jugend mit der „Panzerknackeraktion“ unter dem Motto „Geld ist genug da, man muß es sich nur holen“ im September und die Fortsetzung dieser Aktion auf dem Parteitag. Hieraus ergibt sich perspektivisch die Anforderung, gemeinsam mit linken Jugendverbänden eine Jugendlinke aufzubauen, die dann Bündnisarbeit nicht mehr nur punktuell, sondern kontinuierlich sicherstellt und u.a. strategisch im Hinblick auf die Bundestagswahl und die Ablösung der Regierung Kohl eine wichtige Rolle spielen könnte.

#### **Inhaltliche Erfolge gegen neoliberale Politikansätze**

5. Jusos haben sich mit der Forderung nach einer gesetzlichen Umlagefinanzierung durchgesetzt. Es gelang jedoch nicht nur, diese Forde-

rung durchzusetzen, sondern es wurden weitere zentrale Umbausteine im jugendpolitischen Memorandum festgeschrieben. So beschloß der Parteitag auf Antrag der Jusos eine neue Bildungs-offensive und lehnte Studien- und Einschreibgebühren ab. Bei den Zukunftsprojekten wurde die Vollbeschäftigung in den Vordergrund gestellt und das Projekt solarer Umbau inhaltlich verankert. Bedauerlich ist an dieser Stelle, daß die Sozialstaatsdiskussion, die aufgrund der Formulierungen des Zukunftsprojektes „Neue Balance zwischen Eigenverantwortung, solidarischem Handeln und sozialstaatlicher Sicherheit“ dringend erforderlich gewesen wäre (es handelt sich hierbei um den Versuch, einen neuen Sozialstaatsbegriff zu verankern, der dem Staat eine überwiegend moderierende Rolle zuweist) aufgrund des Zeitdrucks nicht mehr intensiv geführt werden konnte und somit der Antrag der Jusos, dieses Projekt zunächst zu streichen, scheiterte.

6. Auf diesem Parteitag hat sich ein Trend bestätigt, der sich in den letzten Jahren bereits auf Unterbezirks-, Bezirks- und Landesparteitagen abzeichnete: Jusos sind vor allem dort, wo sie kampagnenorientiert arbeiten, die bestimmende inhaltliche Kraft. Dabei fällt am Rande anmerkt auf, daß die Parteilinke in die-

sen Auseinandersetzungen - abgesehen von einzelnen Personen - kaum als eigenständige Kraft erscheint. Es scheint vielmehr so zu sein, daß Jusos zum organisierenden Kern der Parteilinken werden. Auch in der Öffentlichkeit und den Medien sind die Jusos auf diesem Parteitag als durchsetzungsfähiger Verband wahrgenommen worden.

7. Die „Modernisierer“ in der SPD, wie Clement, Behler und Schröder, sind die Verlierer des Parteitages. Sie konnten sich trotz ihres persönlichen Einsatzes mit ihren Positionen nicht durchsetzen. Dies ist insbesondere spannend in bezug auf die NRW-SPD. Der Landesparteitag dieses Jahr in Duisburg hat die gesetzliche Umlagefinanzierung beschlossen. Die stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden Wolfgang Clement und Gabriele Behler und der NRW-Landtagsfraktionsvorsitzende Klaus Matthiesen waren sich jedoch in den vergangenen Wochen und auf dem Bundesparteitag nicht zu schade, den Ausbildungskonsens (und damit die Frage der Schaffung von Ausbildungsplätzen für Jugendliche) für eine Kampagne gegen die gesetzliche Umlagefinanzierung zu instrumentalisieren. Damit stellten sie sich gegen die Beschlußlage der NRW-SPD. An dieser Stelle zeigt sich noch einmal deutlich, daß diese GenossInnen inzwischen ein Parteiver-

*Die Umlagefinanzierung weist explizit über ein Politikverständnis hinaus, das dem Staat angesichts der angenommenen Standortzwänge nur noch eine moderierende Rolle in der Wirtschaftspolitik zuweist.*

*Der Aufbau einer Jugendlinken gemeinsam mit linken Jugendverbänden könnte strategisch im Hinblick auf die Bundestagswahl und die Ablösung der Regierung Kohl eine wichtige Rolle spielen.*

ständnis entwickelt haben, das mit Prinzipien einer demokratischen Mitgliederpartei nichts mehr zu tun hat. Wer öffentlich äußert, Parteitagebeschlüsse seien ohne gesellschaftliche Relevanz (Gabriele Behler) und dann letztlich durch eigenes Verhalten dazu beiträgt, daß dies so ist, trägt bei zur Glaubwürdigkeitskrise dieser Partei. Letztlich stellt sich die Frage, ob diese GenossInnen tatsächlich - auch angesichts des Abstimmungsverhaltens der NRW-Delegierten (die sich klar gegen den Versuch von Clement und Behler aussprachen) - noch als RepräsentantInnen der Landespartei geeignet sind.

8. Jusos haben sich mit dem Beschluß der gesetzlichen Umlagefinanzierung jedoch nicht nur gegen die Personen Clement, Behler und Schröder, sondern sie haben sich vor allem gegen deren Politikverständnis durchgesetzt. Und zwar gegen ein neoliberales Politikverständnis, das dem Staat angesichts der angenommenen Standortzwänge nur noch eine moderierende Rolle in der Wirtschaftspolitik zuweist. Die Umlagefinanzierung weist explizit über ein solches Verständnis hinaus. Sie er-

öffnet zum einen Beteiligungsmöglichkeiten für Gewerkschaften, sie weist zum anderen dem Staat die Aufgabe zu, der Wirtschaft Rahmenbedingungen zu setzen. Damit hat die SPD auf diesem Parteitag das Signal gegeben, daß sie bereit ist, den entfesselten Kapitalismus der 90er an die politische Leine zu legen.

#### **Die Nagelproben kommen noch**

Fazit: Trotz einer weitverbreiteten Skepsis verknüpften sich mit dem Jugendparteitag zahlreiche Erwartungen. Der Juso-Bezirk Mittelrhein hat dies in seiner jugendpolitischen Resolution sehr vorsichtig formuliert: „Wir erwarten daher zentrale Signale von diesem Parteitag, die unsere Hoffnung auf eine grundsätzliche Erneuerung der Partei aufrecht erhalten.“

Nun muß sich in den nächsten Monaten zeigen, wie ernst es die Partei mit der Beteiligung Jugendlicher tatsächlich meint. Dieser Parteitag darf in seiner Schwerpunktsetzung, in der Beteiligung Jugendlicher, in seiner Offenheit keine Eintagsfliege sein. Die Nagelprobe stellt sich zum einen auf den nächsten Bezirks- und Landesparteitagen und

insbesondere auf dem nächsten Bundestag, sie stellt sich aber auch bei der Umsetzung der Beschlüsse. Wenn die Sozialdemokratie Glaubwürdigkeit und Vertrauen bei Jugendlichen zurückgewinnen will, muß sie nun die Beschlüsse des Bundestages in Politik der Bundestagsfraktion und der Länder umsetzen - und z.B. auf die Einführung von Studien- und Einschreibengebühren verzichten sowie eine Bundesratsinitiative für die gesetzliche Umlagefinanzierung starten. Versuche, die Parteitagebeschlüsse umzudefinieren, werden zu einem weiteren Glaubwürdigkeitsverlust führen und den Dialogfaden wieder abreißen.

Das Jugendpolitische Memorandum weist aber auch über diesen Parteitag hinaus auf das zu entwickelnde Regierungsprogramm für die Bundestagswahl '98. Im Memorandum sind hierfür Eckpunkte erkennbar. Hieraus muß nun ein sozialökologisches Reformprojekt entwickelt werden, damit die Partei als linke Kraft in dieser Gesellschaft erkennbar wird. An diesem Prozeß werden sich Jusos weiter beteiligen.

spw

# spw

intern

#### **Liebe Leserinnen und Leser,**

- nachdem spw eine E-mail-Adresse und im World Wide Web des Internet vertreten ist hat, gibt es seit neuestem im CL-Netz, an das über 200 Mailboxen angeschlossen sind, ein Brett/CL/GRUPPEN/SPW. Das unmoderierte Brett ist für alle an spw und den im Umfeld geführten Diskussionen interessierten Menschen offen. Redaktion und Verlag werden dort gelegentlich Informationen und Texte veröffentlichen, aber wirklich zum Leben erwecken können das Brett nur spw-LeserInnen, die sich da einbringen. Also, wer am Netz ist und es noch nicht getan hat: bestellt das Brett, es kostet nichts.

- Heft 1/97 der spw wird den Schwerpunkt „Gewerkschaften und Sozialreform“ haben, Heft 2/97 „Europäische Linke“ (Arbeitstitel). Wer zu diesen Schwerpunkten einen Artikel beisteuern oder Anregungen geben möchte, melde sich bitte für 1/97 unverzüglich, für 2/97 spätestens im Januar bei der Redaktion. Auch ansonsten sind wir für Artikelangebote immer offen, allerdings ohne Gewähr eines Abdrucks, wenn das nicht schon vorher fest vereinbart wurde.

- Ein neues Buch ist im spw-Verlag erschienen: „... die treiben es ja auch zu weit“. Es ist ein vom Juso-Unterbezirk herausgegebener Sammelband über 75 Jahre Kölner Jusos - aber nicht nur für Kölnerinnen und Kölner interessant. Das Buch mit 170 Seiten im A5-Format ist für 9,80 DM + 3,- DM Versandkosten beim spw-Verlag oder bei den Kölner Jusos erhältlich.

- „Marxismus an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Bilanz und Perspektive“ ist der Titel einer bundesweiten offenen wissenschaftlichen Tagung

am 14.-16. März 1997 in Hannover, an der neben vielen anderen Zeitschriften und Vereinigungen auch spw sich beteiligt. Weiteres ist der gesonderten Anzeige zu entnehmen.

- Ulrike Hensel und Norbert Sprafke sehen sich aufgrund sonstiger politischer bzw. beruflicher Belastungen nicht mehr in der Lage, in der spw-Redaktion mitzuarbeiten. Neu in die Redaktion aufgenommen wurde Frank Wilhelmy. Eine weitere Redakteurin soll folgen.

- Im Januar findet der Lastenzug für das Abonnement 1997 statt. Wie in spw 90 bereits mitgeteilt, haben wir die Preise erhöht, für AbonnentInnen mit Lastenzug aber nur geringfügig: 60,- statt 58,- bzw. 52,- statt 49,- DM. Wer auf Rechnung zahlt, zahlt künftig 63,- bzw. 55,- DM, Ausland 66,- DM. Um sinnlosen Aufwand zu vermeiden, bitten wir um Mitteilung, falls sich die Kontoverbindung geändert hat (ebenso bei Adressenänderung) und um Beachtung, daß das Konto hinreichend gedeckt ist.

Ralf Krämer

Wenn Fußballübertragungen im Fernsehen zum Menschenrecht hochstilisiert werden, wenn die Praktiken der Einbürgerungspolitik in Deutschland erst dann in der breiten Öffentlichkeit diskutiert werden, wenn es sich dabei um einen südafrikanischen Stürmerstar handelt. Wenn eine grüne Abgeordnete mit dem schönen Namen Marx den Abstieg der Frankfurter Eintracht im Wiesbadener Landtag nicht nur beklagt, sondern politisiert, indem sie die neue CDU-Stadtregerung dafür mitverantwortlich macht, wenn im letzten Bundestagswahlkampf sich beide Spitzenkandidaten freiwillig in die populäre Fußballsendung "ranissimo" einladen lassen und dem einzigen direkten Vergleich vor den Wahlen stellen (an der Schußstärke wand, übrigens gewann hier ausnahmsweise Scharping). Wenn Helmut Kohl „ganz bewußt für die deutsche Nationalmannschaft demonstriert“ und sie lobt für ihren Einsatzwillen, der im Gegensatz zum deutschen Arbeitnehmer stehe, der sich beim kleinsten Schnupfen krank melden würde. Wenn sich nach dem jüngsten Abstieg des FC Kaiserslautern nicht nur der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz um eine ganze Region sorgt und eine Kampagne zum unverzüglichen Wiederaufstieg des FCK ins Leben ruft, dann hat der Fußball in Deutschland eine Bedeutung erreicht, die schon einigermaßen überrascht.

Im folgenden soll allerdings weniger darüber nachgedacht werden, ob sich in den Köpfen vieler populärer Bundesbürger nicht mehr viel mehr als eine mit Luft gefüllte und mit Leder umhüllte Blase befindet. Vielmehr versucht dieser Artikel einige wirtschaftliche, soziale und politische Tendenzen rund um der Deutschen schönste Nebensache der Welt zu beleuchten.

**F**ußball ist ein einfaches und kostengünstiges Ballspiel, das in seiner heutigen Form seit etwa 130 Jahren gespielt wird. Man braucht dafür einen Ball, zwei Teams, zwei Tore und etwas Platz und schon kann es losgehen. Das Regelwerk ist schlicht gehalten und für den Neuling leicht zu begreifen. Ferner kann man Fußball auch auch als mittelmäßig sportlicher, durchschnittlich gebauter oder gar kleinerer Mensch erfolgreich betreiben.

Im Unterschied zu einigen anderen Sportarten, wie Wasserball oder

Hockey stellte sich schon in den ersten Jahren des Fußballs heraus, daß nicht nur das Mitspielen Spaß bringt, auch das Zusehen übt einen großen Reiz aus: Das kämpferische Ballspiel ist oft dramatisch und es sind überraschende Ergebnisse möglich. Es ist nicht zu schnell und man kann auch mit eingeschränkter Konzentration dem Spielverlauf folgen. Die Etablierung von Fußball als Breitensport geht deshalb auch einher mit der Einrichtung erster Profiligen (in Schottland und England, die von Anfang an mit hohen und bereitwillig zahlenden Zuschauerzahlen operieren konnten und dessen Clubs sogar an der Börse notiert wurden). Das sind wohl die wichtigsten Gründe, warum Fußball als Breiten- wie als Publikumssport schon seit geraumer Zeit (neben Tischtennis) weltweit die Sportart Nummer eins geworden ist.

#### Mehr Geld als Mitsubishi

Josef Blatter, der Sprecher der FIFA, der Weltorganisation des Fußballs, ist folglich ein bedeutender Mann. Unlängst erklärte er der Öffentlichkeit auf einer Pressekonferenz nicht nur das altbekannte: nämlich daß Fußball mit seinen 200 Millionen Aktiven der meistbetriebe Mannschaftssport auf unserem Planeten ist. Darüberhinaus legte er wie ein Aufsichtsrat imposante Zahlen vor, die auch die immense wirtschaftliche Bedeutung des Fußballs belegen können. Mit einem geschätzten jährlichen Umsatz von über 200 Milliarden Dollar wird mit Fußball mehr Geld bewegt, als es der Weltkonzern Mitsubishi vermag. Für Fußball interessiert sich ein gutes Fünftel der Weltbevölkerung. Die Marktbedeutung von Fußball beschränkt sich aber nicht nur auf die Masse Mensch, als Medienereignis hat sich Fußball zum entscheidenden Antrieb bei der Einführung von neuen Medientechnologien entwickelt. Insbesondere das Fernsehen setzt auf den Fußball als Zugpferd für mehr Kanäle und die Durchsetzung von unter anderem „Pay Per View“.

#### Fernsehrechte und Devotionalien

Was auf weiten Teilen der Welt und ganz besonders in den europäischen Nachbarländern (und hier v.a. England, Spanien, Italien, Holland) seit einigen Jahren zu beobachten ist, findet nicht nur seine Entsprechung in Deutschland. Nein, hier boomt

# Fußball ist unser Leben, denn König Fußball regiert die Welt

Tendenzen rund um das den Deutschen liebste Massenereignis

von Christoph Schurian\*

und wächst der Fußball und vor allem das Geschäft mit demselben in besonderer Rasananz. In Deutschland leistete der Fußball für die beiden größten privaten Fernsehsender maßgebliche Anschubhilfe und half sie auf dem Medienmarkt zu etablieren. Auch das bisher einzige halbwegs funktionierende deutsche Abonnementsfernsehen überlebt bislang nur, weil es wöchentlich zwei Topspiele der ersten Bundesliga live und exklusiv übertragen darf. Und der kleine Sportsender DSF kann seine besten Quoten mit der wöchentlichen Liveübertragung aus der Zweiten Liga mit bis zu 2 Millionen Zusehern einfahren. Die Sendung „ran“ auf SAT 1 schließlich ist eines der meistgesehenen und das meistbeworbene Format im deutschen TV-Dschungel.

Die Einnahmen des Deutschen Fußball Bundes durch die Vergabe der Fernsehrechte belaufen sich jährlich auf dreistellige Millionenbeträge. Bei einigen Bundesligavereinen stellen die TV-Gelder oft mehr als 1/3 der Einnahmen - nur noch ein knappes Drittel machen demgegenüber die Eintrittskarten der Zuschauer aus. Der FC Bayern etwa legt im November einen Jahresabschlußbericht vor, der einen Umsatz von fast 200 Millionen Mark ausweist, davon allein 67 Millionen Umsatz mit dem Fanartikelmarkt. Als Fan eines der beiden deutschen Großclubs (FC Bayern oder BVB) kann man fast alle Dinge, die man zum Leben braucht, mit Vereinsemblem versehen (Rasierer, Heftpflaster, Gartenzwerg, Wurst, Milchprodukte, Kondome usw.).

*Fernsehshow auf Reisen. Wenn deutsche Mannschaften im Ausland spielen, werden sie begleitet von Bandenwerbung für den deutschen TV-Konsumenten. Autos und Bier geben so auch europaweit den Ton an.*

\* Christoph Schurian lebt und studiert in Bochum und ist Redaktionsmitglied des Fanzines 'Vfoul'.

### **Liveerlebnis**

Der Wirtschaftsboom um den Fußball, das behagliche Zurücklehnen der Couchkartoffel vor der Glotze, wenn wieder und wieder Liveübertragungen angesetzt sind und bisweilen den öden Abend retten helfen, die vier- bis zehnjährigen voll ausgestaffierten Werbeträger(chen) von BVB oder FCB sind aber nur die eine Seite des Phänomens. Denn Woche für Woche pilgern trotz medialer Rundumversorgung an die 300.000 Fans in die Bundesligastadien und machen als „stimmgewaltige Kulisse“ aus dem sportlichen Wettkampf überhaupt erst das so beliebte und wie gesehen bestens verkaufbare Großereignis mit „Atmosphäre“. Das wirtschaftliche Wachstum des Fußballs und seine Bedeutung als Unterhaltungsware korrespondiert mit immer neuen Zuschauerrekorden - die noch weit überboten werden könnten, wenn die Stadien nicht ein begrenztes Fassungsvermögen hätten und zehntausende von Fans deshalb keine Karte mehr bekommen könnten. Einerseits ist dieser Ansturm auf die Stadien sicherlich ein Reflex auf die hohe öffentliche Präsenz des Fußballs, gleichzeitig spielen aber auch andere Faktoren eine Rolle.

### **Sport, geprägt durch seine Fans**

Anhänger, die ihrem Club auch bei Niederlagen, Wind und Wetter die Treue halten, gab es schon seit den Anfangsjahren des Fußballs. Fans aber, mit von Aufnehmern übersähten Jeanswesten, anfeuernden Sprechchören und rhythmischem Klatschen entstanden in der Bundesrepublik erst seit den sechziger Jahren. Die Vorbilder kamen aus dem englischen Mutterland der Fußballkultur. In der Folgezeit bildeten die Rockern ähnelnden Jugendlichen Fanclubs, fuhren mit Bus und Bahn zu jedem Auswärtsspiel ihres Vereins, schlossen Fanfreundschaften mit den anderen Clubs und bekriegten und schlugen sich mit anderen Fangruppen.

Diese neue Fanszene schuf die berühmte und besondere Stimmung in den Stadien, trug aber auch zu einer negativeren Bewertung des Fußballs bei. Denn die neuen Fans galten als gewalttätig und versoffen, und mancher „Normalbürger“ traute sich nicht mehr auf die Stadientribünen. Die Situation verschlechterte sich noch als eine zweite Fangeneration auftauchte; wiederum mit eng-

lischen Vorbildern. Die Hooligans, die schick in Sportswear gekleidet wie Yuppiefans wirkten; unauffällig gekleidete junge Männer, die aber ganz besonders rauflustig sind (ein fehlendes Interesse am Fußballsport wurde den Hools zwar immer nachgesagt, stimmt aber nicht).

Sowohl Hooligans wie traditionelle Kuttenfans machten nicht nur durch ihre Boxereien mit anderen Fangruppen und ihre Sprechgesänge auf sich aufmerksam. Zeitweise gelang es rechtsradikalen Parteien, erfolgreich Rekrutierungsversuche in dieser Fanszene zu starten, und neben der Aggressivität gegen den jeweiligen Gegner kam dann eine politische Brutalität dazu, die sich in Sprüchen gegen Ausländer, Asylanten, Juden oder das gemeinsam gebüllte 'Sieg Heil' äußerte (schlimme Beispiele dafür die Gelsenzene oder die Borussiafront). Besonders stark an Ansehen verloren der Fußball und seine Fans nach der Tragödie 1985 im Brüsseler Heysel-Stadion. Nach Ausschreitungen von Hooligans des FC Liverpool beim Endspiel des Europapokals wurde eine Massenpanik ausgelöst, bei der fast 100 Menschen ums Leben kamen.

### **Ein Weltmeister ohne Kutten**

Mit den als gewalttätig geltenden Fans im Rücken und einigen schrecklichen Katastrophen in baufälligen Stadien der englischen Liga hatte es der Fußball schwer, an frühere glanzvolle Zeiten anzuknüpfen, die zwar noch nicht von den Stimmungskanonen, den fanatischen Anhängern bestimmt waren, aber von fairem Sport und vollen Stadien (die damals freilich noch Kampfbahnen oder Arenen hießen).

In Deutschland gelang es erst nach der gewonnenen Weltmeisterschaft 1990 wieder, eine allgemein gute Stimmung für den Fußball zu schaffen. Seit diesem sportlichen Erfolg zogen die Besuchszahlen in den Stadien wieder an, die Clubs wurden durch die neu ausgehandelten und an private Programme verkauften Senderechte reicher und reicher, konnten interessante Spieler aus dem Ausland verpflichten und die Weltmeister von 1990 - viele von ihnen spielten in Italien - nach und nach wieder zurück in die Bundesliga holen. Die neu gewonnene sportliche Begeisterung schlug sich auch auf die Stimmung in den Stadien nieder, denn dank der neugewonnenen Popularität der Bundesliga ka-

men mehr und mehr Besucher, die nicht den traditionellen Fangruppen zuzuordnen sind.

### **Popfußball**

Einerseits sind das die von den eingeleichteten Fans oft als Mode- oder Erfolgsfans verhöhnten ZuschauerInnen, die besonders bei den Vereinen zu finden sind, die an der Spitze um die Meisterschaft mitspielen. Diese neuen Fans identifizieren sich mit dem sportlichen und wirtschaftlichen Erfolg eines Clubs, ohne schon seit 15 Jahren zu jedem Bolzplatz mitgereist zu sein. Sie lieben es komfortabel und sind oft begütert genug, um auch teure Sitzplatzkarten zu erwerben, kurz: sie sind die ideale Zielgruppe der Bundesligamanager. Bei ihnen ergänzen sich Geldvorkommen und die Lust am Ausgeben vortrefflich, mit ihnen gibt es keinen Ärger, sie sind friedlich und oft mit Kind und Kegel im Stadion.

Neben den Erfolgsfans sind es vor allem viele Jugendliche und darunter auch erfreulich viele Mädchen und junge Frauen, die in die Stadien gelockt wurden vom Hype um den Fußball. Die mediale Präsentation des Fußballs durch das Privatfernsehen und die begleitende Berichterstattung durch Zeitungen wie "SportBild" oder "BravoSport" hat dem Fußball eine modische Popularität beschert, die sich in mit Mehmet Scholl- oder Lars Ricken-Posters tapezierten TeenagerInnenzimmern niederschlägt. Die jungen Fußballstars werden mittlerweile so angehimmelt wie Stars aus der Popmusik oder Film- und Fernsehbranche. Auch um diese Zielgruppe wird auf dem Fußballmarkt heftig geworben, da sie zur Gruppe der 14- bis 20-jährigen gehören und für den Markt der nächsten Jahre von hoher Bedeutung sind.

### **Eine Stimme für die Fans**

Schließlich machen sich in den letzten Jahren verstärkt Fußballfans bemerkbar, die zwar keine Neueinsteiger in den Stadien sind, die sich aber durch ihre Fanzines (Fanzeitschriften), durch Aktionen gegen Rassismus und gegen die maßlose Kommerzialisierung des Fußballs, sowie ein fußballpolitisches Bündnis namens BAFF (Bündnis Aktiver Fußballfans) immer deutlicher Gehör verschaffen konnten. Ausgangspunkt dieser autonomen Fankultur ist wiederum England. Seit dem Ende der siebziger Jahre begannen dort Fuß-

*Vom Straßensport zum Topbusiness: Mit dieser Entwicklung änderte sich auch die Milieustruktur der Zielgruppe Fan. Der proletarische Kuttenträger bestimmt immer weniger das Bild in den Stadien.*

ballfans Fanzines zu erstellen, die unabhängig waren von Vereinsführungen und den traditionellen Fangruppen. Mit den oft witzigen und respektlosen Blättern wurde versucht, den Spaß am Fußball, der von der Brutalität auf den Tribünen und dem rohen Treiben auf dem Platz oft überschattet wurde, wieder zu entdecken. Mitte der Achtziger Jahre gründeten dann Fanzinemacher und unabhängige Fans die FSA (Football Supporters Association), die in der Folgezeit einer Fangewerkschaft ähnlich zu Problemen im Fußball Stellung bezog, Kampagnen gegen Rassismus in Fußballstadien veranstaltete und den für den Fußball so wichtigen Fans eine Stimme gab.

**Autonome Fankultur**

In der Bundesrepublik nahmen sich zunächst St. Pauli-Fans die kritische britische Fanszene zum Vorbild und begründeten Mitte der 80er Jahre das erste deutsche politische, ironische und natürlich völlig fußballverrückte Fanzine „Millerntor Roar“, das zum Vorbild von mittlerweile über 30 unabhängigen Fanzines in Deutschland wurde (allein in St. Pauli existieren in Nachfolge des Millerntor Roar mehr als fünf verschiedene Fanzines). Gemein ist dieser subkulturellen, von Punk, Politik und Pop inspirierten Szene ein zentrales Anliegen. Sie wollen der Stimmung in den Fankurven - vom Medienregiment und Fußballbusiness mehr und mehr zur Staffage der Claqueure reduziert - eine Stimme geben. Sowohl der Öffentlichkeit als auch dem einzelnen Fan soll deutlich werden: „ohne Fans, ohne uns selbst wär hier gar nichts los“.

Daneben sind es von Beginn an vor allem Aktionen gegen Rassismus und Faschisten unter den Fußballfans gewesen, die viele dieser FanzinemacherInnen und FanaktivistInnen auf die Beine stellten. So wurden bei mehreren Vereinen zusammen mit den Fußballprofis Flugblätter erstellt, in denen sich gegen rassistische Beschimpfungen gewandt wird. Dank solcher und ähnlicher Projekte wurde in den meisten Stadien das ausländergefeindliche und rechtsradikale Gebrüll stark eingeschränkt (was nicht zuletzt auf die veränderte soziale Struktur in den Stadien zurückgeführt werden kann).

Und schließlich ist in den letzten Jahren des Fußballbooms ein weiterer die kritischen Fans einender The-



Fußball verkauft Fernseher, Fernsehprogramme und Fernsehmoderatoren

menkomplex hinzugekommen: die überhand nehmende Kommerzialisierung rund um den Profifußball. In diesem Sog werden auf Wunsch des Fernsehens die Spieltage mehr und mehr auseinandergerissen, was dann zu kuriosen Spielansetzungen an Montagabenden und Europapokalspielen Dienstags um 14 Uhr führt (hier erweist sich auch die immer größere Ignoranz gegenüber dem zahlenden Publikum, die sich ja auch deshalb breit machen kann, weil die Fernsehgelder die zu erwartenden Einnahmen an den Kassenhäuschen übertreffen).

**Reclaim the Game!**

Noch gravierender gegen die Interessen der Fans verstößt der mit Sicherheitsgründen nur notdürftig verschleierte Beschluß des Europäischen Fußballverbandes, Europapokalbegegnungen nur noch in Stadien abhalten zu lassen, die zu 80% aus Sitzplätzen bestehen (in den meisten Stadien ist das Verhältnis zwischen Steh- und Sitzplätzen aber genau anders herum). Die Folgen, die in der seit einigen Jahren völlig versitzplatzen englischen Premier League deutlich zu Tage treten, sind erheblich teurere Eintrittskarten (in England kein Spiel unter 35 Mark)

und damit verbunden das durchaus erwünschte Herausdrängen der sozial schwächeren Fans.

Außerdem ist die Stimmung in den Stadien, die Fankultur gemeinsamer Gesänge, kollektiven Gehopses und wildem Torjubel nicht zuletzt ein Produkt der Stehränge. Dieser Beschluß, der bei den Topadressen der Bundesliga bereits weitgehend umgesetzt wurde, war dann auch Zielscheibe von zwei trotz aller sportlichen Rivalität gemeinsam organisierten Aktionen der deutschen Fanszene. In Frankfurt wurde im letzten Jahr vor dem DFB ein Protesthappening gegen die Versitzplatzung abgehalten und im letzten Sommer machte sich eine hundertköpfige Delegation auf nach Genf, um vor der UEFA dem Unmut der Fans Ausdruck zu verleihen.

Das Motto dieser kleinen politischen Bewegung aktiver Fußballfans, die sich zum Ziel gesetzt hat, den Fans klar zu machen, welche Bedeutung sie für ihren Sport haben, aber daneben auch für Heiterkeit und Ironie in den Stadien gegen die dumpfe Aggressivität vergangener Tage sorgen will, könnte passender nicht sein: *Reclaim The Game - Holt Euch Das Spiel Zurück!* spw

*Leitbildwandel und Kommerz auch am Spielfeldrand: Zum Teamchef befördert verzichtet kaum ein Trainer auf Schlips und Kragen. Den freilich ziert das Logo des Sponsors. Auch sonst hat der Habitus des golfenden Kaisers den des dreigestreiften Mannes mit der Mütze abgelöst.*

# Multi-Media in der gewerkschaftlichen Diskussion

von Joachim Eisbach\*

**M**ulti-Media - wenn es nicht schon das Wort des Jahres ist, so hat es doch große Chancen, es zu werden. Selten wurde über eine neue (?) Technologie so viel geschrieben, spekuliert, gehofft, befürchtet. Daß dabei durchaus unklar ist, was Multi-Media eigentlich darstellt, welche Technologien darunter zu fassen sind, scheint Visionen und Spekulationen eher noch zu fördern. Mit Multi-Media scheint ein Begriff gefunden worden, der visionär genug klingt, daß in seinem Kielwasser neue Absatzchancen und Gewinne erwarten werden können. Die mitunter schon fast geschäftsschädigende Unübersichtlichkeit der technischen Einzelentwicklungen, sollen, eingehüllt in Multi-Media, marktgängig gemacht werden. Ähnlich der grünen Botschaft aus den 80er Jahren "Anders leben" gewinnt Multi-Media seine Attraktivität daraus, daß sich niemand etwas bestimmtes und somit jeder alles darunter vorstellen kann.

## Beschäftigungshoffnungen und -risiken

Die Beliebigkeit des Begriffs Multi-Media, die Offenheit der Frage, welche Entwicklungen sich wann mit welcher Geschwindigkeit durchsetzen werden, erschwert eine seriöse Beurteilung diesseits marktschreierischer, visionstrunkener Ankündigungen über die Wohltaten der neuen Technologien, die seitens der Politik und zumeist ohne analytischen Hintergrund in die Welt gesetzt werden. Durch ihre zwiespältigen Erfahrungen mit neuen Technologien neigen die Gewerkschaften berechtigterweise zur Vorsicht hinsichtlich der Beurteilung von Multi-Media. Das Bangen - hinsichtlich Arbeitsplatzverluste und verschlechter-

ter Arbeitsbedingungen - überwiegt in der gewerkschaftlichen Diskussion das Hoffen. Die Gewerkschaften lehnen die neuen Technologien jedoch nicht mehr - wie noch in der 80er Jahren - grundweg ab, sondern fordern, sie mitzugestalten. "Die Frage nach dem Ob ist längst entschieden. Jetzt geht es nur noch um das Wann, das Wie und das Wo" (Dieter Mahlberg am 28.4.1996). Das grundsätzliche Ja der Gewerkschaften zu Multi-Media bedeutet jedoch keine kritiklose Akzeptanz.

Im wesentlichen werden folgende Problemkreise in den Gewerkschaften diskutiert:

- Die breite Einführung von Multi-Media wird sehr wahrscheinlich nicht die Millionen neuer Arbeitsplätze schaffen, die von Wirtschaft, Politik und Beratungsunternehmen prophezeit worden sind, sondern "unterm Strich" Arbeitsplätze kosten. Ein Beleg für diese Vermutung sind die geplanten Entlassungen ausgerechnet in den großen Telekommunikationsunternehmen. Beschäftigungszuwächse dürften sich auf Softwarefirmen, Anbieter von Diensten und Inhalten sowie in Mobilfunk-Unternehmen beschränken. Die Beschäftigungseffekte aus der hardware-Produktion dürften sich dagegen nur zum geringsten Teil in der Bundesrepublik niederschlagen. Hier überwiegt der Arbeitsplatzabbau infolge der Anwendung der Informationstechnik - beispielsweise im Verlagswesen infolge des Fortfalls der Druckvorstufe oder in den Industrieverwaltungen infolge der Ausstattung des Außendienstes mit telekommunikationsfähigen Notebooks. Dennoch, wie das Ergebnis aus der breit angelegten Untersuchung zu den Beschäftigungseffekten moderner Technologien aus den 80er Jahren (Meta-Studie) zeigt, weisen innovierende Unternehmen eine immer noch günstigere Beschäftigungsentwicklung auf als Unternehmen, die auf Innovationen verzichten.

## Problemfeld Telearbeit

- Das Schwerpunktthema der gewerkschaftlichen Diskussion bildet zur Zeit die Tele(heim)arbeit. Die von einigen Unternehmen begonnene Einrichtung von Telearbeitsplätze (z.B. IBM, Telekom) haben eine intensive Diskussion in den betroffenen Gewerkschaften ausgelöst. Dabei haben sich als regelungsbedürftig folgende Aspekte herausgestellt:

die Aufteilung des Gesamtarbeitsumfang zwischen eigener Wohnung und Betrieb (alternierende Telearbeit), die Kostenerstattung, die Bereitstellung der sächlichen Ausstattung und Anbindung an den Betrieb, die Gewährleistung ergonomisch gestalteter Arbeitsplätze, Haftungsfragen, die Arbeitszeiterfassung, die Verhinderung von Benachteiligungen, die Freiwilligkeit der Wahrnehmung von Telearbeit, die private Mitbenutzung, die Erreichbarkeit für die betriebliche Interessenvertretung, die Rückkehrmöglichkeit usw.

Das bis zum Jahr 2000 realisierbare Telearbeitsplatzpotential wird in der Bundesrepublik auf 2,5 bis 4 Mio. geschätzt. In Großbetrieben sind die genannten Probleme durch Betriebsvereinbarungen oder Tarifvertrag regel- und kontrollierbar. In dem Maße jedoch, in dem auch kleinere Unternehmen Telearbeitsplätze einrichten, erscheint eine gesetzliche Regelung dieser Fragen unabdingbar. Die Telearbeit birgt allerdings eine Dynamik, die das Beschäftigungssystem revolutionieren kann und durch Gesetze schwerlich beeinflussbar sein dürfte. Noch stellt man sich Telearbeitsplätze als räumlich von Betrieb getrennte Arbeitsplätze vor, die von Beschäftigten besetzt werden, deren Arbeitsverhältnis denen entspricht, die wie bisher im Betrieb arbeiten. Das Normalarbeitsverhältnis droht sich jedoch aufzulösen; die Telearbeit wirkt hierbei beschleunigend. Derzeit steht nämlich einer Verbreitung von Telearbeit vielfach das Mißbehagen der Arbeitgeber gegenüber, die abhängig Beschäftigten dann nicht mehr durch deren Anwesenheit kontrollieren zu können.

Für Telearbeit müssen neue, aufgabenbezogene Kontrollkriterien gefunden werden, die, wenn sie dann gefunden sind, die Aufgaben und ihre Erfüllung dann auch selbständigen Organisations- und Vertragsformen zugänglich machen. Diese Auflösung wird derzeit durch "Outsourcing" vorangetrieben. Auf der anderen Seite bleibt denjenigen vor allem jüngeren Erwerbspersonen, die keinen Arbeitsplatz bekommen, vielfach nichts anderes übrig, als sich einen PC in die Wohnung zu stellen und ihren Lebensunterhalt durch die Akquisition von Aufträgen von denjenigen Unternehmen zu verdienen, bei den sie keinen Arbeitsplatz erhalten können. Es ent-

*Die Telearbeit birgt eine Dynamik, die das Beschäftigungssystem revolutionieren kann und durch Gesetze schwerlich beeinflussbar sein dürfte.*

\* Dr. Joachim Eisbach arbeitet bei der Technologieberatungsstelle des DGB NRW in Oberhausen.

stehen somit Telearbeitsplätze durch die Auslagerung aus den Unternehmen (Outsourcing) und aufgrund der Schere von demografischer Entwicklung und Arbeitsplatzangebot. Ausgegliederte TelearbeiterInnen treten in Konkurrenz zu TelearbeiterInnen, denen der Zugang zum bisherigen Beschäftigungssystem verwehrt (worden) ist. In den USA, die uns ja in derartigen Dingen stets ein paar Jahre voraus sind, ist diese Entwicklung so weit fortgeschritten, daß es dafür bereits eine griffige Abkürzung gibt: SoHo - single operator, home office.

### Neue Qualifikationsanforderungen

- Die Verbreitung von Multi-Media stellt erhebliche Anforderung an die berufliche Qualifizierung und betriebliche Weiterbildung. Neben der Entstehung neuer Berufsbilder ist die Qualifizierung der Beschäftigten im Umgang mit multimedialen Anwendungen von zentraler Bedeutung, insbesondere in denjenigen Bereichen, in denen Multi-Media traditionelle Berufe verdrängt und die Beschäftigten mit Arbeitslosigkeit bedroht. Die mit der Verbreitung von Multi-Media einhergehenden oder ermöglichten Veränderungen - zum Beispiel Telearbeit - erfordern jedoch nicht nur neue fachliche Qualifikationen, sondern zunehmend auch Qualifikationen, die die soziale Kompetenz betreffen. So etwa: Teamfähigkeit, Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit, Koordinations- und Organisationsfähigkeit, Flexibilität, arbeitsplatz- und fachübergreifendes Verständnis, Entscheidungsfähigkeit. Nur durch die Entwicklung derartiger Fähigkeiten besteht die Möglichkeit, die multimedialen Technologien produktiv zu beherrschen - statt sich von ihnen beherrschen zu lassen.

Der Entwicklung sozialer Kompetenzen erfährt jedoch seitens der Arbeitgeber selten die nötige Aufmerksamkeit. Qualifizierungsmaßnahmen werden auf das zur Nutzung der jeweiligen Anwendungen erforderliche Mindestmaß beschränkt. Angesichts hohen Kostendrucks in vielen Unternehmen ist zu befürchten, daß sowohl bei der beruflichen Ausbildung wie auch bei der betrieblichen Weiterbildung die tatsächlich durchgeführten Maßnahmen hinter der durch die systemischen Aspekte multimedialer Technologien bedingten Qualifizie-

rungserfordernissen zurückbleiben. Der Einsatz multimedialer gestützter Methoden scheint wegen hoher Kosten bis auf weiteres keine Alternative zu den traditionellen Lernformen darzustellen. Der Einsatz von Telelearning dürfte sich auf diejenigen Maßnahmen beschränken, bei denen eine große Zahl von Beschäftigten innerhalb kurzer Zeit in einem beschränkten Themengebiet fortgebildet werden soll.

Vermutlich sind Qualifizierungsmaßnahmen in der traditionellen Lehrgangsform nur bedingt für die Erlernung dieser Fähigkeiten geeignet. Für die unzähligen Programme wird man kaum Lehrgänge anbieten können und wollen. Wer einige Erfahrungen im Umgang mit Programmen hat, liebt doch kein - dickleibiges und zumeist noch lausig geschriebenes - Handbuch mehr, sondern probiert ein neues Programm aus und erlernt dadurch, es anzuwenden. Wichtiger als anwendungsausgerichtete Lehrgänge dürften daher Qualifizierungsmaßnahmen sein, die das Vorgehen beim Ausprobieren, Beurteilungskompetenz sowie Denken in vernetzten Zusammenhängen fördert. Dafür sind aber neue Formen jenseits der bekannten Lehrgangsmethoden zu entwickeln.

### Demokratische Kontrolle und gesellschaftlicher Dialog nötig

- Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Auswirkungen, die die Verbreitung von Multi-Media haben kann - man denke an den Schutz persönlicher Daten - halten die Gewerkschaften eine demokratische Kontrolle für unabdingbar. Vor dem Hintergrund einer an Liberalisierung und Deregulierung orientierten Politik im Telekommunikationsbereich sowie der schwindenden Unterscheidbarkeit von Sendern und Empfängern in den Telekommunikationsnetzen - was sich beispielsweise in der Diskussion um die Anwendbarkeit des Rundfunkrechts widerspiegelt - ist es schwierig, hierzu praktikable Ansätze aufzuzeigen und durchzusetzen.

Möglich jedoch, daß Schützenhilfe aus der Akzeptanzfrage kommt. Bei keiner früheren technologischen Neuerung hat die Frage der Akzeptanz eine so bedeutende Rolle gespielt wie bei Multi-Media. Die Befürchtung von Politik und Wirtschaft, Multi-Media könnte in einem zu geringen Umfang von den

Konsumenten angenommen werden, reflektiert zum einen den mitunter geringen Zusatznutzen gegenüber bisherigen Verfahrensweisen bei der Informationsaufnahme und -verarbeitung. Zum anderen steckt dahinter die Ahnung, daß die mutmaßlichen Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitswelt - von denen es aber auch heißt, daß man sie sich heute noch gar nicht vorzustellen vermag - eine Abwehrhaltung in der Bevölkerung hervorrufen könnte. Es ist somit nicht ausgeschlossen, daß der Rummel um Multi-Media das Gegenteil von dem bewirkt, was er bewirken soll. Haben zu Beginn der Automobilisierung oder der Nutzung der Kernenergie nicht ähnlich naive Vorstellungen über deren Segnungen bestanden? Als ob es kein Entsorgungsproblem und nicht die Gefahr eines Verkehrsinfarakts gäbe.

Man kann den Menschen heute nicht mehr weiß machen, eine neue Technologie hätte keine Risiken. Die Folgen früherer technologischer Neuerungen, die bei ihrer Einführung nicht gesehen oder übersehen wurden, haben die Menschen zu recht skeptisch gemacht. Wer diese Erfahrungen ignoriert und mit naivem Optimismus für Multi-Media wirbt, trägt eher zur Entstehung spekulativer Grauzonen als zur Verbreitung dieser Technologien bei.

Daher sind auch Analysen möglicher nachteiliger Auswirkungen erforderlich. Die Akzeptanz von Multi-Media wird auch dadurch gefördert, daß sich die Politik den bestehenden Befürchtungen stellt und glaubwürdige Antworten darauf zu geben versucht. Insbesondere muß vorausschauend nach Wegen gesucht werden, wie die Probleme technologisch bedingter Arbeitslosigkeit bewältigt werden können.

Die Gewerkschaften haben ihre Bereitschaft bekundet, die multimediale Zukunft auf der gesellschaftlichen und der betrieblichen Ebene mitzugestalten. Die tiefgreifenden Auswirkungen von Multi-Media auf die Lebens- und Arbeitswelt erfordern keine visionäre Ankündigungen, sondern einen breiten, alle gesellschaftlichen Gruppen einbeziehenden Dialog.

spw

*Die tiefgreifenden Auswirkungen von Multi-Media auf die Lebens- und Arbeitswelt erfordern keine visionäre Ankündigungen, sondern einen breiten, alle gesellschaftlichen Gruppen einbeziehenden Dialog.*

# Schlanker Staat? „Schlichter“ Standort!

Demontage von Umweltstandards  
und Verfahrensstringenz im Namen  
der „Beschleunigung“

von *Gustav W. Sauer und Detlef Bimboes\**

Nach dem realsozialistischen Zusammenbruch im Osten erbricht sich auch die soziale Marktwirtschaft: Reallohnverzicht und Entlassungsdruck bei den Abhängigen, stetige und desto höhere Gewinne bei je größeren Konzernen. Sogar Ludwig Erhard's Vermächtnis ist unbequem geworden; von einigen aus CDU und Wirtschaft wird er schon des Linkstums geziehen.<sup>1</sup> Ziel ist, den Sozialstaat zu liquidieren und die Umweltstandards gleich mit. Inbegriff dessen ist die Kampfloskel: „Der Standort ist gefährdet“. Angeblich seien die Genehmigungszeiten zu lang, Technologiefeindlichkeit, Bürokratismus und „Ökozismus“ herrsche allenthalben, was immer letzteres auch sei.

Was aber ist dran an dieser Larmoyanz? Weder sind die Genehmigungsverfahren bürokratisch überladen, noch zu lang. Dabei hat die vielzitierte Chip-Anlage nahe Newcastle (?), die innerhalb vier Wochen genehmigt worden sein soll, noch niemand belastbar beschrieben. Ein Einzelfall - wenn überhaupt - als Generalisierungsansatz? Wohl abwegig. Denn die Länge von Genehmigungsverfahren ist vor allem unvollständigen Antragsunterlagen geschuldet.

## „Schlichter-Kommission“ – Schlichtheit im umwelt- politischen Denken

In solchen Konfliktlagen neigt die Politik, die Entscheidung - wenn nicht am besten gleich aufs Bundes-

verfassungsgericht - auf eine Kommission zu verlagern. Dabei gehen dann oftmals Sach- und Zweckorientierung verloren. Die hierzu erkorene „Schlichter-Kommission“<sup>2</sup> offenbart dabei - nomen est omen - keine Schlichtung, sondern eher Schlichtheit im umweltpolitischen Denken. Zwei ihrer Mitglieder waren Spitzenbeamte a.D., wobei sie „außer Dienst“ wohl genug Zeit hatten, sich dem Standort Deutschland gänzlich zu widmen, denn offenbar ist dieser so lange krank, wie er nicht völlig dereguliert ist. Allein der Abteilungsleiter der BASF als Mitglied kann von sich behaupten, daß er tagtäglich damit umgehen muß, was diese Kommission ersönne; allen anderen Mitgliedern fehlt es am Bezug, was zu regeln ist und nicht bloß wie.<sup>3</sup> Was Wunder, daß die meisten Vorschläge eher der Groß(chemie)industrie als dem Mittelstand und Kleingewerbe nutzen.

Kernpunkt der „Schlichter-Vorschläge“ war ein Angebotsmodell, das Antragstellern die Verfahrenswahl eröffnen soll, wie es vermeintlich schneller und nicht wie es besser und rechtssicher geht. Überalterte Daten über „lange Genehmigungszeiten“ aus 1980-88 (!) sollten als Begründung erhalten; aus einer Zeit, die von großen Nachrüstungsanforderungen<sup>4</sup> geprägt war, so daß die Umweltbehörden beispiellos belastet waren. Ab 1990 zeigt sich aber der Trend, daß sie in der Mehrheit die vorgeschriebenen sechs Monaten ab Unterlagenvollständigkeit einhalten. Das „Schlichter-Gutachten“ wurde obendrein von der Bundesregierung von einer weiteren Kommission begleitet, benannt nach dem Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Ludewig<sup>5</sup> - Tenor: Umweltschutz nachrangig!

## Beschleunigungsgesetz: Anzeige statt Genehmigung

Beide Kommissionsvorschläge finden sich z.T. wieder im „Gesetz zur Beschleunigung und Vereinfachung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren“<sup>6</sup>, mit dem u.a. das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) geändert wurde, einschließlich Folgeänderung bei der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und der Genehmigungsverfahrensverordnung (9. BImSchV); die Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) befindet sich gerade im Bundesratsverfahren.

Bislang galt neben den Neugenehmigungen auch bei wesentlichen Änderungen<sup>7</sup> bestehender Anlagen im BImSchG ein dreistufiges Verfahren:

- nach § 10 ein förmliches Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung (ÖB) und UVP,
- nach § 19 ein vereinfachtes Verfahren ohne ÖB und UVP, aber selben Genehmigungsvoraussetzungen sowie
- nach §16 eine Anzeige von Änderungen, rückwirkend für zwei Jahre.

Nun gilt es umgekehrt: Die Anzeige ist die Regel, die Genehmigung die Ausnahme. Änderungs genehmigungen sind nur mehr dann erforderlich, wenn „durch die Änderung nachteilige Auswirkungen hervorgerufen werden können und diese für die Prüfung (der Betreibergrundpflichten) erheblich sein können“. Andere Änderungen, die sich auf Schutzgüter des § 1 BImSchG<sup>8</sup> auswirken können, müssen angezeigt werden. Dann muß die Genehmigungsbehörde den Eingang der Anzeige unverzüglich schriftlich bestätigen, kann erforderliche Unterlagen nachfordern und muß sich in Monatsfrist äußern, ob die Änderung einer Genehmigung bedarf oder nicht; unterbleibt eine solche Mitteilung, kann mit der Änderung begonnen werden. Die hoheitliche Handlungsoption wird also in eine reaktive umgemünzt.

## Neue Hemmnisse und Unsicherheiten

Gemessen am versuchten Kahl-schlag von „Schlichter- und Ludewig-Kommissionen“ sind diese Änderungen noch akzeptabel. Es wurden aber neue Hemmnisse produziert.<sup>9</sup> Bei der Frage „Anzeige oder nicht“ besteht nun mehr keine Beratungspflicht der Immissionschutzbehörden. Dennoch sollte sie angeboten werden. Allerdings hätte der Gesetzgeber dies antizipieren können, denn Mittelstand und Kleingewerbe haben wenig Erfahrung im Umgang mit Gesetzestexten, sodaß eine falsche Antragstellung oftmals vorliegen und Zeitverzug auslösen wird. Auch werden Anlagenbetreiber - aus welchen Gründen auch immer - Änderungen selbst als unwesentlich einstufen und damit sogar schon die Anzeige unterlassen. Diese Anlagen müßten ermittelt oder zufällig gefunden werden. Der Überwachungsaufwand steigt wegen der

*Weder sind die Genehmigungsverfahren bürokratisch überladen, noch zu lang. Ihre Länge ist vor allem unvollständigen Antragsunterlagen geschuldet.*

\*Dr. Dipl.-Ing. Gustav W. Sauer, Ministerialdirigent, Molfsee/Kiel, Dr. Detlef Bimboes, Diplom-Biologe, Wiesbaden,

unveränderten gesetzlichen Garantienpflicht der zuständigen Behörden, aus deren Unterlassung für diese eine Mithaftung resultiert. Wird eine solche Anlage ermittelt, droht im Anzeigenfall Ordnungsgeld, im Genehmigungsfall sogar ein Strafverfahren. Stilllegungen sind dann die Regel, denn meistens dürfte es auch an den materiellen Voraussetzungen für den Anlagenbetrieb fehlen (während Formalmängel noch keine Stilllegung auslösen sollen; § 20 Abs. 2).

Auch Umfang und Tiefe der Antragsunterlagen werden Anlaß zu Verzögerungen geben, denn "der Anzeige sind Unterlagen ... beizufügen, soweit diese zur Prüfung erforderlich sein können, ob das Vorhaben genehmigungsbedürftig ist". D.h. Unterlagen müssen materiell die Qualität haben, prüfen zu können, ob die Änderung einer formellen Genehmigung bedarf. Den Vogel bei dieser Verwirrung hat wohl ein bayrischer Chemieverband abgeschossen, der statt der o.g. Kannvorschrift zur Unterlagenvorlage gar ein Muß vorgeschlagen haben soll. Dann hätte selbst bei gegebener Anzeige die Prüftiefe wie bei Genehmigungen erfolgen müssen; Ergebnis: Mehrarbeit. Im Genehmigungsfall

müßte nach der "Anzeigenprüfung" die Genehmigungsprüfung i.a. wiederholt werden; Ergebnis: Doppelarbeit - oans, zwoa, G'suffa !

Vor diesem Tohuwabohu verblasen die anderen Änderungen in ihrer Bedeutung:

- Neuanlagen können vorzeitig errichtet werden.
- Das Widerspruchsverfahren wird gleich durch eine Klage des Betreibers ersetzt (obwohl in 70% der Betreiberwidersprüche eine vorgerichtliche Klärung erfolgt).
- Anzahl und Art erstmals anzeigebedürftiger Anlagen sollen erweitert werden (nicht zu verwechseln mit genehmigungsbedürftigen Anlagen, deren Änderung einer Anzeige bedarf).
- Emissionserklärungen sind nicht mehr alle zwei Jahre abzugeben, sondern lediglich alle vier Jahre zu ergänzen, so daß die Behörde den Änderungen „hinterherlaufen“ muß.
- Die UVP-Pflicht wurde eingeschränkt.

Einige Änderungen sind aber auch sinnvoll, bspw. die Möglichkeit von Projektmanagern in Genehmigungsverfahren, das Heranziehen von Unterlagen aus Öko-Audit und sonstiger validierter Umwelterklä-

rungen, die Einschränkung des Unterlagenumfang auf das Erforderliche. Ferner werden im Beteiligungsverfahren säumige Behörden - ein Grund mehr für Zeitverzug - zur Fehlanzeige veranlaßt und damit die Unsitte, sich einfach nicht zu äußern, versperrt.

### Angriff auf Bürger- und Betroffenenrechte

Ein massiver Angriff auf Bürger- und Betroffenenrechte erfolgt aber im "Sechsten Gesetz zur Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) und anderer Gesetze"<sup>10</sup>. Auch damit werden keine merklichen Beschleunigungs- oder Entlastungseffekte erzielt werden. Zum einem wurde zwar eine Zulassungsberufung eingeführt, die nur noch unter engen Voraussetzungen durchgreift. Zum anderen laufen in Zukunft aber Klägerrechte, von Bürgern und Anlagenbetreibern gleichermaßen, ins Leere, als es nun für die Behörden die Möglichkeit gibt, trotz Klageverfahren Entscheidungen nachbessern zu können. Die frühere dead-line für die Heilung solcher Fehler, der (wegen Telefax minutengenaue) Zeitpunkt der Klageerhebung, wird dadurch aufgegeben. Hinzu kommt noch eine Aus-

*Der Überwachungsaufwand steigt wegen der unveränderten gesetzlichen Garantienpflicht der zuständigen Behörden, aus deren Unterlassung für diese eine Mithaftung resultiert.*



Foto: Thomas Diller, Köln

höhnung der aufschiebenden Wirkung von Rechtsmitteln gegen Behördenentscheidungen: "Hiermit sind Grundsätze des Rechtsstaatsprinzips berührt. ... Dies führt zu einer Veränderung der Rolle des Gerichts als einer neutralen Instanz zwischen den widerstreitenden Interessen der Prozeßbeteiligten. Das Gericht wird in die Rolle des Helfers der Verwaltung gedrängt. Dies wird nicht ohne Auswirkungen auf die Akzeptanz verwaltungsgerichtlicher Tätigkeit bei den Bürgerinnen und Bürgern bleiben können."<sup>11</sup> Mit anderen Worten: Es wurde Hand an den Rechtsstaat gelegt.

Ein weiterer Beschleunigungsversuch erfolgt über das "Gesetz zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren"<sup>12</sup>, worin u.a. das Verwaltungsverfahrensgesetz geändert wird. Diese Änderung sind i.a. akzeptabel, bspw. die Verpflichtung zu zügigen Entscheidungen, Beratung und Auskunft, Sternverfahren, Antragskonferenz, Fristsetzung von drei Monaten in der Behördenbeteiligung. Auch die Ausrichtung auf die "wirtschaftliche Unternehmung des Antragstellers" ist trivial, denn das Ziel ist ja die Genehmigung und nicht deren Versagung, es sei denn ihre Voraussetzungen werden verfehlt. All diese "Neuregelungen" sind indes entweder bereits in BImSchG/BImSchV normiert oder ist von den Obersten Landesbehörden im Erlaßwege festgelegt worden.

#### Für Rechtssicherheit statt Pseudo-Beschleunigung!

Seit je wird zu den Umweltstandards und in der Verfahrenspraxis einem Antragsteller über die "Genehmigungsmauer" geholfen. Während sich die Großindustrie hierzu eigener effizienter Abteilungen oder Bevollmächtigter bedient, ist es insbesondere Aufgabe der Gewerbeaufsichts- bzw. der Umweltämter vor Ort, als Dienstleister für Mittelstand und Kleingewerbe zu agieren. Zusammen mit den Fachaufsichtsbehörden, letztlich die Umweltministerien der Länder, leisten sie somit die eigentliche ökologische, ökonomische und soziale Standortsicherung. Denn in Zeiten leerer öffentlicher Kassen haben die Wirtschaftsminister wenig Fördergelder oder greifbare Konzepte, um Wirtschaftsleistung vor Ort zu erhalten und zu entwickeln. Wenn also die Umweltbehörden durch ihr Genehmigungsverständnis Verfahrensdauern - frei-

lich ohne Abstriche an Umweltstandards - verkürzen, vorverlegen sie den Beginn von Steueraufkommen und Beschäftigung und betreiben direkt Standortvorsorge sowie auch Technologiepolitik.

Dies alles haben "Schlichter- und Ludwig-Kommission" verfehlt. Deshalb gilt der Abzählreim: "schlicht, Schlichter, am schlechtesten!" Von Bundesregierung und Regierungskoalition war auch nichts anderes zu erwarten. Die SPD, abgesehen von einzelnen Akteuren, wie Michael Müller, blieb eher unsichtbar. Die SPD-regierten Länder wollten i.a. am alten dreistufigen Modell festhalten, obwohl die Wirtschaftsminister ständig quergeschossen haben; auch die Umweltministerkonferenz hat sich reichlich spät und ähnlich geäußert und sich um ihren originären Einfluß gebracht.

Nach alledem werden sich mit dieser Gesetzes-Novelle keine Verfahrensbeschleunigungen erzielen lassen, die nicht auch vorher schon erzielt worden sind oder erzielbar waren; dafür wurden neue Unsicherheiten geschaffen. Die Rechtssicherheit einer bestandskräftigen Genehmigung, und zwar sowohl für den Betreiber als auch für die Umgebungsbevölkerung, infolge der geprüften Genehmigungsvoraussetzungen und Schutzstandards, wurden wohlfeil dem dubiosen Anzeigenmodell unterworfen.

Auf dies alles ist der Bundesgesetzgeber im Bundesrats- und Vermittlungsverfahren deutlich hingewiesen worden. Die Rechtssetzungsqualität und -anstrengungen von Bundesrat, Teilen des Bundestages und Vermittlungsausschusses werden damit entwertet. Die Bundesregierung hat mithin eine Pseudo-Beschleunigung legalisiert, um sich Industrieverbänden wohl aus Gründen der Koalitions- und Gesinnungsraison anheischig zu machen. Die aber reden weiter unbehelligt den Standort Deutschland kaputt - vermutlich ist das auch das Ziel. Aus der strapazierfähigen Floskel "Global denken, regional handeln" wird in Wahrheit: "Global handeln, provinziell denken"<sup>13</sup>

spw

Otto Schlichter, Vizepräsident a.D. des Bundesverwaltungsgerichts; weitere Mitglieder waren u.a. der Vizepräsident des Institutes für Weltwirtschaft in Kiel, ein Abteilungsleiter der BASF, je ein Regierungspräsident und Oberbürgermeister a.D., Umweltverbände blieben außen vor.

- 3 Verfahrensrechtliche Blockaden zur Wirtschaftstätigkeit und Technologieentwicklung existieren gar nicht, so daß die Frage des "Wie" neben der Sache liegt. Vielmehr liegt es an der Unfähigkeit der Politik, sich vom Schwarz-Weiß-Denken des "Ja, sofort" und "Nein, danke" zu lösen hin zu einem "Ja, aber unter folgenden Bedingungen".
- 4 Bspw. hat die Industrielle Kraftwirtschaft in der 13. BImSchV (Großfeuerungsanlagenverordnung) wegen der Entschwefelung und Entstickung von fossilen Kraftwerken noch 1984 ihr Todesurteil gewährt, gleichwohl waren schon 1989/90 alle Steinkohlenkraftwerke entschwefelt. Ordnungsrechtliche Maßnahmen bringen also Umweltstandards und Standort voran. Auch kann ersichtlich die deutsche Wirtschaft, wenn sie muß. Bedauerlich ist, daß sie in der Regel immer dieses "Müssens" bedarf.
- 5 "Empfehlungen der Arbeitsgruppe aus Vertretern der Koalitionsfraktionen und der Bundesregierung zur Umsetzung der Vorschläge der (Schlichter-Kommission)", BMWi, Juni 1995
- 6 BGBl I 1996, S 1498
- 7 Die wesentlichen Änderungen bilden wegen rezessionsbedingt rückläufiger Neuanträge den Hauptteil der Genehmigungstätigkeit; Bestand (1995) genehmigungsbedürftige Anlagen: 57.700 Alt-, 13.300 Neuanlagen.
- 8 § 1 BImSchG: "Zweck dieses Gesetzes ist es, Menschen, Tiere und Pflanzen, den Boden, das Wasser, die Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen und, soweit es sich um genehmigungsbedürftige Anlagen handelt, auch vor Gefahren, erheblichen Nachteilen und erheblichen Belästigungen, die auf andere Weise herbeigeführt werden, zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen vorzubeugen."
- 9 "Genehmigungen - Schlampige Passagen: Im Schnelldurchgang will Bonn einfachere Zulassungsverfahren durchpeitschen. Doch die haben ihre Tücken", WirtschaftsWoche 47, 16.11.1995, S. 14
- 10 Verabschiedet, aber im BGBl noch nicht verkündet
- 11 Schleswig-Holsteinischer Jusitzminister Gerd Walter, Presseerklärung zur Bundesratsdebatte, Kiel, 27.9.1996.
- 12 BGBl I, S. 1354
- 13 vgl. Hans-Peter Martin, Harald Schumann: Die Globalisierungsfalle - Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, Reinbek 1996

1 Vgl. Michael Müller: Das Standortrisiko Ludwig Erhard - Warum einige Politiker und Wirtschaftsführer den Verfechter der sozialen Marktwirtschaft für einen obskuren Linken halten, FR-Dokumentation, 31.8.1996, S. 14

2 "Investitionsförderung durch flexible Genehmigungsverfahren" (Hrsg. BMWi), Nov. 1994, Vorsitz: Prof. Dr.

Wie in der christlich-feministischen Theologie entwickelt sich auch innerhalb des Islam eine historisch argumentierende Strömung, die nur noch die Gleichheit als Offenbarung anerkennt. Sie bietet Linken Orientierungshilfen bei der Beurteilung des Kulturphänomens 'Islam'.

Das Thema „Islam und die Frauen“ wird auf allen medialen Ebenen abgehandelt: in der Bildzeitung, der sogenannten seriösen Presse rechter und auch linker Couleur, der Wissenschaft. Und unabhängig vom Inhalt sind die jeweiligen Auslassungen stets mit eindrucksvollen Abbildungen verschleierte Frauen versehen. Die Abbildung evoziert bedeutungsvolle Signale: sie steht 1. für unsere Abgrenzung von einer für rückschrittlich gehaltenen Zivilisation und 2. für das militante Vorrücken dieser auch für genuin gewalttätig gehaltenen Zivilisation in unsere, die westlichen Breiten.

#### Gründe, sich mit dem Islam auseinanderzusetzen

Es gibt viele Gründe, weshalb sich politische Parteien, Vereine und öffentliche Körperschaften mit dem Problem der Frauen im Islam genauer auseinandersetzen sollten.

- In Deutschland leben viele verschleierte, aber wohl noch mehr unverschleierte Musliminnen. Insbesondere muslimische Jugendliche geraten nicht selten in schwerwiegende Wertekonflikte.
- Das 'Feindbild Islam', zu dessen Symbol die verschleierte Frau praktisch geworden ist - obwohl sie selbst nichts zu seiner vermeintlichen Aggressivität beitragen könnte -, muß bekämpft und abgebaut werden.
- Frankreich und Holland haben für die öffentlichen Schulen ein Schleierverbot verhängt. Weil dem Schleier missionarische Absichten unterstellt werden, besteht die Ge-

fahr, daß in Deutschland - analog zum Kreuzesurteil des Bundesverfassungsgerichts - ebenfalls ein Schleierverbot in Schulen angestrebt wird.

Die Stellung der Frau in muslimischen Gesellschaften hat auch deshalb politische Bedeutung für uns, da eine Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes ansteht, von dem vor allem hier lebende MuslimInnen profitieren werden. Deshalb ist es bedeutungsvoll, der Ansicht entgegenzutreten, im Islam wäre Gleichberechtigung der Geschlechter und damit auch Demokratie nicht konzipierbar.

Ebenso dringlich, aber weit weniger diskutiert ist die offizielle Anerkennung des Islam als Religionsgemeinschaft mit denselben Rechten medialer Selbstdarstellung wie Christentum und Judentum.

Eine Schwierigkeit der Information besteht darin, daß sie nicht nur über mehr oder weniger wissenschaftlich fundierte Quellen möglich ist, sondern viele muslimische Vereinigungen selbst solche Informationen anbieten. Hier stellt sich die Frage, wie zwischen Islam und Islamismus zu unterscheiden ist.

#### Islam und Islamismus - cui bono?

In vielen muslimischen Ländern der Welt haben in den letzten zwei Jahrzehnten säkular, aber nicht unbedingt atheistisch argumentierende Intellektuelle historische Lesarten des Koran und der anderen religiösen Überlieferungen erstellt. Der in Frankreich lebende Algerier Mohamed Arkoun, die Marokkanerin Fatema Mernissi und der kürzlich als Apostat zwangsgeschiedene Ägypter Nasr Abu Zayd stellen die Offenbarung selbst nicht in Frage. Dem islamischen Grunddogma von der absoluten Einheit Gottes folgend, sei die Geschichte der Offenbarung vom ersten Moment ihrer Verkündigung an Menschengeschichte und der Prophet ihr erster Interpret. Weil

# Die islamische Frau zwischen theologischen und soziologischen Wahrheiten

von Sabine Kebir\*

die konkrete Form der Offenbarung auf eine ganz konkrete Gesellschaft getroffen sei, kann das sakrale Erbe einschließlich des Korans insofern auf die neuen Zeiten nicht wortwörtlich angewandt werden. Das ist sogar eine Forderung des Koran: Neue Situationen soll der Mensch nicht im mechanischen Rückgriff auf die Schrift meistern, sondern auch durch seinen Verstand. Ein berühmtes populäres Beispiel ist die Feststellung, daß die Menschen der Polarkreise keinen Ramadan feiern und folglich keine Muslime werden könnten, wenn sie die im Koran dafür festgesetzten Regeln mechanisch übernehmen würden. Die Gläubigen sollen sich also vor allem an der Grundbotschaft der Offenbarung orientieren, die sie - unter Einsatz der Vernunft - zur Herstellung immer größerer Gleichheit unter den Menschen aufruft. Wie weiter unten zu sehen ist, handelt es sich um nicht mehr und nicht weniger als den Aufruf an die Muslime, die soziale Revolution fortzusetzen, die der Prophet begonnen hatte, die er aber nicht beenden konnte.

Diese von Intellektuellen vorangetriebene Säkularisierung des Islam ist die Antwort auf die in den letzten dreißig Jahren überall in der muslimischen Welt anschwellenden islamistischen Strömungen. Diese proklamieren die ewige Gültigkeit des koranischen Textes und seine universale Anwendbarkeit. Damit wird die Vernunft zum Fokus eines Bündnisses zwischen Religionsgelehrten und

*Es handelt es sich um den Aufruf an die Muslime, die soziale Revolution fortzusetzen, die der Prophet begonnen hatte, die er aber nicht beenden konnte.*

Samstag, 11. Januar 1997, 11 - 17 Uhr in Berlin:

**Regionaltreffen der ostdeutschen SPD-Linken**  
Erfahrungsaustausch und Arbeitsplanung

Referat von Peter von Oertzen:

**Die Aktualität von Rosa Luxemburg**

Für den Abend ist ein gemeinsamer Kabarettbesuch geplant und für Sonntag, 12.01.97, die Teilnahme an der Karl und Rosa-Manifestation in Friedrichsfelde. Anmeldungen bis 31.12.96 an:

B. Zimmermann, Hubertusallee 48, 14193 Berlin

\* Dr. Sabine Kebir, hat lange Zeit in Algerien gelebt und lebt und arbeitet jetzt als Privatdozentin und freie Publizistin in Berlin.

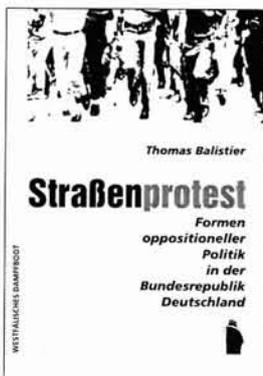


Elmar Altvater/ Birgit Mahnkopf  
**Grenzen der Globalisierung**  
 Ökonomie, Ökologie und Politik  
 in der Weltgesellschaft

1996 - 637 S. - DM 58,00 - ÖS 423  
 SFR 58,00 - ISBN 3-929586-75-4

„Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf haben ein wichtiges Buch vorgelegt. Es ist unverzichtbar für alle, die sich kritisch mit den globalen Problemen unserer Zeit befassen.“

Klaus Werry  
 Am Abend vorgestellt/WDR



Thomas Balistier  
**Straßenprotest**  
 Formen oppositioneller Politik in  
 der Bundesrepublik Deutschland  
 zwischen 1979 und 1989  
 1996 - 357 S. - DM 48,00 - ÖS 350  
 SFR 48,00 - ISBN 3-929586-84-3

Westfälisches  
 Dampfboot

Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster  
 Tel. 0251/6086080 · Fax. 6086020  
<http://www.login1.com/dampfboot>



Staatsmacht reduziert. Es wird unterstellt, daß letztere sich in immer größere Nähe der Gottesherrschaft bewegen könne. Aber eine solche Vermischung vom Reich Gottes und vom Reich der Menschen widerspricht dem Dogma von der absoluten Einheit Gottes.

Das sich hier verbergende politische Programm sieht keineswegs die Gleichheit der Muslime, sondern eine auf der Unantastbarkeit von Privateigentum beruhende vertikale Hierarchisierung der Gesellschaft vor, ergänzt durch eine horizontale Hierarchisierung des Geschlechterverhältnisses. Dieses Programm entspricht den Interessen jener muslimischen Finanzoligarchie, die sich in die neoliberale Globalisierung der Weltökonomie eingeklinkt hat. Sie finanziert auch die weltweit agierenden islamistischen Vereine, Parteien und Terrorgruppen.

Nasr Abu Zayd weist nach, daß der islamistische Diskurs nur graduell radikaler als der Diskurs der ägyptischen Regierung ist. (Ähnliches ließe sich auch für Algerien in den achtziger Jahren nachweisen.) Wie auch frühere Herrschaftsformen versuchen solche Regierungen, durch staatsverbundene Imame und deren Definitionsmacht über die heiligen Schriften die eigene Legitimität zu stärken.

#### Der Koran vor dem Hintergrund historische Kämpfe

Doch folgen wir der Argumentation der muslimischen Historisten, die eine demokratische Perspektive einschließlich der Gleichberechtigung der Frauen im Islam erreichen will. Fatema Mernissi hat in ihrem - in Marokko verbotenen - Hauptwerk *Der politische Harem* die Entstehung der die Frauen betreffenden Suren historisch aufgeschlüsselt. Da für die Frühgeschichte des Islam weitaus mehr und genauere historische Quellen existieren als für das Christentum, ist dies ein äußerst fruchtbarer und keinesfalls spekulativer Ansatz. Er ist unakzeptabel für die Islamisten und die meisten gegenwärtig herrschenden Regime, weil er das Konzept der Gottesherrschaft und der universellen Gültigkeit des Textes zerstört.

Nun läßt sich der Koran zweifellos gerade hinsichtlich des Geschlechterverhältnisses nicht im Sinne vollkommener Gleichheit interpretieren. Nicht wenige Verse ordnen die Frauen tatsächlich den Interessen der

Männer und des Stammes unter. Daß es aber auch Verse gibt, die im Sinne absoluter Gleichheit zu verstehen sind, ist ein textlicher Hinweis darauf, daß der Koran in der Tat keinen monolithischen Charakter hat, sondern vor dem Hintergrund dramatischer gesellschaftlicher Auseinandersetzungen entstand. Nach Fatema Mernissi war der Inhalt der Offenbarung (d.h. der Utopie des Propheten) die Aufhebung der Sklaverei und auch eine Idee der Geschlechtergleichheit. Beide Vorstellungen konnten aber nur zeit- und teilweise verwirklicht werden. Besonders die erste Zeit der Ausbreitung des Islam war von spektakulären Akten der Sklavenbefreiung charakterisiert, die die späteren Koransuren dann freilich insoweit relativieren, daß die muslimischen Oberschichten auch weiterhin Sklaven unter Nichtmuslimen haben konnten.

#### Der Prophet und die Frauen

Nicht wenige Indizien sprechen dafür, daß der Prophet auch die Gleichheit der Geschlechter tatsächlich angestrebt hat. Er selbst hatte durch eine auch nach heutigen Maßstäben hochemanzipierte Frau entscheidende Förderung erfahren: Als unbemittelte Waise war er in den Dienst der verwitweten Kauffrau Khadidja getreten, die etliche Jahre älter war, ihm aber schließlich die Ehe anbot. Bis zu ihrem Tode blieb sie seine einzige Gattin und wurde die erste Mekkanerin, die sich zum Islam bekannte.

Die bescheidenen Häuser des Propheten in Medina und später auch wieder in Mekka waren quasi öffentliche Orte. Zu jeder Tages- und Nachtzeit traten Leute ein, die vom Propheten einen Rat brauchten oder sich mit ihm austauschen wollten. Seine Gattinnen nahmen an diesen Gesprächen teil und waren oft auch an der Entscheidungsfindung beteiligt: Vor seinem Tode empfahl Mohamed den Gläubigen, wenn sie sich fragen sollten, wie er in dieser oder jener neuen Situation gehandelt hätte, seine Lieblingsfrau Aischa zu befragen. Denn sie sei die intimste Kennerin seines Denkens (d.h. Zeugin des Empfangs von Offenbarungen) gewesen. In der Tat wurde die bei seinem Tod erst 18 Jahre alte, aber wohl mit außergewöhnlichen Geistgaben ausgestattete Aischa zur 'Mutter der Gläubigen', die Denken und Methode des Propheten kompetent weiterzugeben verstand.

Zu Lebzeiten des Propheten waren die Frauen in der Moschee, dem Versammlungsort der Gemeinde, durchaus zugelassen. Und zunächst verschleierten sie sich auch nicht. Um Selma, eine der Gattinnen des Propheten, die nachweislich an verschiedenen politischen Entscheidungen mitgewirkt hat, setzte schließlich auch durch, daß die den Offenbarungsverkündigungen vorangestellte Anrede sich nicht nur an die Männer, sondern auch an die Frauen wandte. (Manche Musliminnen führen das heute als linguistische Manifestation der Gleichheitsperspektive an, die sich in der deutschen Sprache dagegen erst seit einem guten Jahrzehnt zeigt!)

Fatema Mernissi zeigt auf, daß die - heute diskriminierend wirkende - Festlegung des weiblichen Erbteils auf die Hälfte des männlichen überhaupt nur als Kompromiß mit politischen Gegnern zustande gekommen war, die es beim alten Gesetz belassen wollten, wonach Frauen überhaupt nichts erben.

#### Der Schleier - ein schützendes Privileg der weiblichen Oberschicht

Untersucht man mit Mernissi die konkreten Umstände der Durchsetzung des Schleiers, so zeigt sich, daß er in einer Phase militärischer Niederlagen eingeführt wurde. In Mekka machte sich erhebliche zivile Unsicherheit breit, die auch Übergriffe auf Frauen mit sich brachte. Mohameds politische Stellung muß geschwächt gewesen sein, denn seine Gattinnen wurden ebenfalls Opfer solcher Übergriffe. Sie waren die ersten, die deshalb den Schleier anlegten. Und es war Omar Ibn Khattab, der dem Propheten das Gesetz abrang, daß sich alle freien Frauen verschleiern sollten. Mernissi zeigt auf, daß damit nicht zufällig auch die Aufrechterhaltung der Sklaverei bestätigt wurde: Sklavinnen wurden dadurch nämlich ganz bewußt zum Freiwild männlicher Übergriffe gemacht. Die negative Dialektik dieser Konstellation hat sich durch lange Strecken der muslimischen Geschichte erhalten, in der der Schleier vor allem ein Sozialprivileg der Oberschichten war. 'Arbeitende' Frauen trugen keinen Schleier. Noch heute breitet er sich in agrarischen Regionen oft erst dann aus, wenn weibliche Feldarbeit durch Technisierung aufgehoben wird, die im allgemeinen eine Vermännlichung der Ar-

beitsplätze bedeutet. Unverschleierte gelten bis heute in manchen Gegenden als sexuelles Freiwild.

Auch die anderen, die Frauen benachteiligenden Koranverse lassen sich - nach Mernissi - als Ergebnis von Auseinandersetzungen in der islamischen Urgemeinde verstehen. So steht zum Beispiel der - ebenfalls von Ibn Khattab durchgesetzte - Vers, der die Männer ermächtigt, ihre Frauen unter bestimmten Umständen zu schlagen, im Gegensatz zur Praxis des Propheten und auch zu seinen diesbezüglichen Äußerungen.

#### Die Flexibilität des Islam auf dem Weg in die demokratische Moderne

Die Historisierung der Glaubensquellen verweist sowohl auf die geschichtliche als auch auf die aktuelle Flexibilität der islamischen Zivilisation. Wenn immer mehr Muslime lernen, die spirituelle Grundrichtung der Offenbarung - die Gleichheit - höher zu bewerten als eine von den Interessen der Interpretierten geprägte Textinterpretation, stehen ihnen alle Wege in eine demokratische Moderne offen, deren wesentlicher Bestandteil auch die Gleichberechtigung der Frauen ist. So hat Tunesien als bislang einziges muslimisches Land unter seinem ersten Präsidenten Bourguiba bereits die vollkommene gesetzliche Gleichberechtigung der Geschlechter durchgesetzt - was freilich viele durch das Gewohnheitsrecht und die sozialökonomische Benachteiligung von Frauen verursachte Ungerechtigkeiten noch nicht zu beseitigen vermochte.

Inwieweit der ja immer noch anwachsende muslimische Bevölkerungsanteil im Westen in demokratische Entwicklungen einbezogen werden kann, hängt stark davon ab, ob der Westen ihm denselben zivilgesellschaftlichen Raum bietet wie Christentum und Judentum. Das einzige Kriterium, das bei der Zulassung von muslimischen Vereinen und Sakralbauten zählen darf, ist der Nachweis von Friedfertigkeit. Den religiösen und auch den Bekleidungsitten der Muslime muß dieselbe Toleranz entgegengebracht werden wie z.B. dem Minirock. Es ist nicht zu vergessen, daß ein im Klassenraum aufgehängtes Kreuz über allen hängt, ein Schleier aber nur den Körper eines Individuums bedeckt. Egal ob ein Schleier freiwillig getragen oder familiär erzwungen

wurde - die unter ihm verborgene Frau ist beim heutigen Stand der Dinge so weit von den Entscheidungszentren islamischer Mächte entfernt, daß ihr derselbe zivile Respekt gebührt wie einer Frau, die sich für einen Minirock oder Leggings entschieden hat. spw

*Der Islamismus entspricht den Interessen jener muslimischen Finanzoligarchie, die sich in die neoliberale Globalisierung der Weltökonomie eingeklinkt hat.*

#### Literatur:

Fatema Mernissi: Der politische Harem. Mohammed und die Frauen, Herder, 1992.  
Nasr Hamid Abu Zayd: Islam und Politik. Kritik des religiösen Diskurses, DIPA, 1996.

# UTOPIE kreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

Die Zeitschrift der zukunftsorientierten Nachdenklichkeit ist in ihrem sechsten Jahr. Ihre Ost-Gebundenheit ist Profil, aber nicht Beschränkung. Ihre Visionen wurzeln im kritischen Rückblick und in der Sorge um das Jetzt. UTOPIE kreativ will mehr wissen über das, was in unserer Zeit Utopie sein kann.

## Heft 72

Die neuen Länder in der alten BRD  
Ernest Mandel zum Völkermord  
Transformation in Bulgarien  
Dmitri Schostakowitsch (1906-1975)

Heft 73/74 erscheint Anfang Dezember

Redaktionsadresse:  
Weydingerstraße 14-16  
10178 Berlin  
Telefon: 030/24 00 95 61  
Einzelverkaufspreis: DM 15  
Jahresabonnement  
incl. Versand: DM 80 (Inland);  
DM 98 (Ausland)  
Förderabonnement: DM 120

- Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr ab dem nächstmöglichen Termin
- Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement
- Ich bestelle Heft 69/70: (zzgl. Versandkosten)

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Geldinstitut: \_\_\_\_\_

Kto.-Nr.: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht spätestens vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird. Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

# Kurswechsel für Umwelt und Entwicklung

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Ralf Krämer und Detlef Bimboes\*

Die Debatte um „nachhaltige Entwicklung“ und ökologischen Umbau und die damit zusammenhängenden ökonomischen und gesellschaftlichen Perspektiven hat in diesem Jahr neue Impulse bekommen. Insbesondere die Veröffentlichung der von BUND und Misereor in Auftrag gegebenen Studie des Wuppertal-Instituts für ein „Zukunftsfähiges Deutschland“<sup>1</sup> hat eine Vielzahl kontroverser Beiträge ausgelöst.

Ein Vorteil der Studie und des zugrundeliegenden Konzepts des Umweltraums ist die damit verbundene Konkretisierung der ökologischen Umbauerfordernisse, die der zunehmenden Beliebigkeit im Umgang mit den Begriffen der „Zukunftsfähigkeit“, „Nachhaltigkeit“ oder „Sustainability“ entgegenwirkt.<sup>2</sup> Die größten Mängel

... die Frage nach den Steuerungssystemen und Stellgrößen, mit denen ökologischer Strukturwandel sozial und regional verträglich gestaltet werden kann.

und Schwächen der Studie liegen u.E. in der unzureichenden Analyse der ökonomischen und sozialen Bedingungen und Konsequenzen weitreichenden ökologischen Umbaus und in damit zusammenhängenden illusionären und z.T. höchst problemati-

schen Vorstellungen über die Umsetzung unter den gegebenen marktwirtschaftlich-kapitalistischen Rahmenbedingungen.

## Verwertungslogik vs. Nachhaltigkeit

Holger Thärichen geht der Frage nach, inwieweit die gegenwärtig diskutierten monetären (Abgaben, Steuern, Zertifikate u.ä.) und rechtlichen Instrumente (insb. das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz und die darauf aufbauenden Rechtsverordnungen) geeignet sind, die Anforderungen der „Nachhaltigkeit“ zur Geltung zu bringen. Er weist darauf hin, daß dabei nicht nur einzelne Schadstoffe wie FCKW oder Abfälle in den Blick zu nehmen sind, sondern die Gesamtheit der durch Produktion und Konsumtion hervorgerufenen Stoffumsätze (und die in Anspruch genommene Bodenfläche) einschließlich der Produkte selbst. Die innere Funktionslogik der kapitalistischen Marktwirtschaft ist jedoch darauf gerichtet, die Produktion immer weiter zu steigern, sich immer neue Verwertungsfelder (hier in doppeltem Sinne zu verstehen) zu schaffen und damit alle Fortschritte durch verbesserte Effizienz der Ressourcennutzung über kurz oder lang wieder zunichte zu machen. Die bisherigen Regulierungen zum Schutz der Umweltmedien „vom Ende her“ werden daher

der Problemlage nicht gerecht. Entscheidend ist vielmehr ein Stoffstrom-Management „von der Wiege bis zur Bahre“, das die Begrenzung der Stoffströme zum Ziel hat und sich dabei – wie es Thärichen darlegt – eines „integrierten Stoffstromrechts“ bedient. Es wird deutlich, daß dies mit dem Anspruch auf eine vertiefte gesellschaftliche Regulation der Produktion verbunden ist.

Sowohl die damit verbundene Politisierung bisher dem Kapital vorbehaltenen Entscheidungsbereiche bis hin zur Produktgestaltung als auch die notwendige Ausrichtung v.a. auf Vermeidung von Stoffumsätzen und von Produktionen, die ökologisch besonders problematisch sind oder deren Gebrauchswert sich auf anderem Wege bei geringerer Naturbeanspruchung realisieren läßt, und die damit verbundene Einschränkung von Akkumulationsfeldern verweist auf die hier lauernden Widersprüche und Konflikte. Wie kann es unter den gegebenen kapitalistischen Rahmenbedingungen gelingen, die Ressourcenverbräuche so radikal zu senken, wie es notwendig wäre (vgl. die Tabelle im Aufsatz von Bömer)? - Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Es wäre so oder so ein schwieriger jahrzehntelanger gesellschaftlicher Prozeß, diesen Umbau zu bewerkstelligen und die dafür notwendige Bereitschaft der Menschen zu entwickeln, aber ohne weitreichende gesamtgesellschaftlich angelegte Planungs- und Steuerungsprozesse stellen sich besondere Probleme und Widerstände dar, die es noch schwieriger machen.

## Probleme ökologischen Strukturwandels

Grundsätzlich könnte in Verbindung damit auch eine ökologisch zukunftsfähige Produktionsstruktur in weiten Bereichen kapitalistisch verfaßt sein. Aber für zentrale Branchen insb. der Industrie würde das eine gravierende Reduzierung ihrer Produktionsmöglichkeiten bedeuten. So etwas geht ohne vorausschauende Planungs- und Steuerungsprozesse nur in krisenhafter Form vonstatten, bedeutet Kapitalentwertung und ist üblicherweise mit heftigem Widerstand der betroffenen Kapitale verbunden - und der dort beschäftigten Arbeitnehmer, deren Arbeitsplätze abgebaut werden. Verschärfend kommt hinzu, daß diese Branchen und damit die Arbeitsplatzverluste häufig regional konzentriert und damit unausgewogen auftreten, während die positiven ökonomischen und Arbeitsplatzeffekte des Umbaus wesentlich gleichmäßiger gestreut sind.

Hermann Bömer diskutiert in seinem Beitrag diese Probleme ökologischer Umbauprozesse und stellt die Frage nach den Steuerungssystemen und Stellgrößen, mit denen sie sozial und regional verträglich gestaltet werden können. Für die einzelnen Umbaufelder sind dabei differenzierte Regelungssysteme zu entwickeln, die mit regionalpolitischen und gesamtwirtschaftlichen Maßnahmen verbunden werden müssen. Insgesamt setzt er auf einen gemischtwirtschaftlichen Ansatz, bei dem mit Hilfe eines wesentlich gestärkten öffentlich-nichtgewinnwirtschaftlichen Sektors das Primat der politisch bestimmten Umbaustrategie durchgesetzt wird. Der gegenwärtig ablaufenden Aufgabe von Lenkungsinstrumentarien und Verschleuderung öffentlichen „Tafelsilbers“ (Unternehmen und Beteiligungen, Grundeigentum, Wohnungen ...) muß auch deshalb entschieden entgegengetreten werden. Dieses Thema ist von der Linken zukünftig wesentlich aufmerksamer zu behandeln.

Mit „Ökologischer Wirtschaftspolitik“ beschäftigt sich auch ein in diesem Jahr erschienenes Buch, das Isa-

\* Ralf Krämer, Sozialwissenschaftler, spw-Redaktion, Dortmund  
Detlef Bimboes, Diplom-Biologe, Wiesbaden,

*bel da Silva Matos* bespricht. Ebenso wie die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“, an der zwei der drei Buchautoren mitgearbeitet haben, bleibt es aber zu sehr in marktwirtschaftlichem Denken befangen. Als Akteure des Umbaus tauchen nur Unternehmen und Staat auf. Demgegenüber ist Bömers u.E. wichtige Erkenntnis festzuhalten: „Zur politischen Durchsetzung bedarf es dabei immer der Masseninitiativen und des Drucks von unten. Dies ist also nicht nur ein wissenschaftlicher Prozeß, sondern zugleich einer der Politik und der Demokratie.“

## Global - lokal ...

Das Verhältnis von Nord-Süd-Frage und „nachhaltiger Entwicklung“ - die vor fast 10 Jahren als „sustainable development“ v.a. vom Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung in die Diskussion gebracht wurde - ist das Thema von *Andreas Missbach*. Während es für ihn im Norden primär um Ökologisierung geht, müssen im Süden Anstrengungen zur Armutsbekämpfung und Entwicklung im Mittelpunkt stehen, und weitgehende Reformen der weltwirtschaftlichen Strukturen sind dabei unumgänglich. In den 70er Jahren scheiterten entsprechende Bemühungen am Widerstand der großen Industrieländer und insb. der USA. Die seitdem andauernde Schwäche des Südens und die weitgehende Erfolglosigkeit aller Bemühungen, dem Norden substantielle Zugeständnisse abzurufen - sei es im Namen der Entwicklungspolitik oder der Umwelt -, stimmt wenig optimistisch. Allerdings laufen - hierauf geht Missbach nicht weiter ein - Anstrengungen mit Hilfe der UN, in verschiedenen Weltregionen regionale und lokale Wirtschaftskreisläufe zu etablieren. Ihre Ausbreitung und Festigung ist aber ständig durch die herrschenden Weltwirtschaftsstrukturen behindert und gefährdet.

*Bernd Menning* stellt am Beispiel von Berlin-Köpenick Ansätze vor, im Rahmen der „Lokalen Agenda 21“, an der eine ganze Reihe von Kommunen sich beteiligen, die Forderungen der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 auf kommunaler Ebene wirksam zu machen. Besonders wichtig ist wohl die Möglichkeit, im Zusammenhang solcher lokalen Aktivitäten breitere Teile der Bevölkerung einzubeziehen und für sozialen und ökologischen Umbau zu mobilisieren. Es zeigt sich dabei, daß auch hierzulande soziale Fragen und nicht nur ökologische von zentraler Bedeutung sind und daß wichtige ökonomische und politische Rahmenbedingungen und Grenzen durch Entwicklungen auf anderen Ebenen vorgegeben werden, über die nicht vor Ort entschieden wird.

## ... regional - national

Zukunftsfähige Entwicklung wird auch mit einer Neubestimmung des Verhältnisses der verschiedenen räumlichen Ebenen und einer Stärkung regionaler Zusammenhänge verbunden sein müssen. Die Stabilisierung des Systems Mensch-Biosphäre muß sowohl auf globaler als auch regionaler Ebene angegangen werden, wobei die kleinräumliche Bezugsebene wegen der hier überschaubaren Komplexität von Ursachen und Wirkungen gestörter Mensch-Natur-Beziehungen von besonderer Bedeutung ist. Wenn es nicht um die Steigerung eines quantitativ als Wertgröße aggregierten Reichtums geht, abstrahiert von allen „externen Effekten“, die sich nicht in den Kostenrechnungen der Betriebe niederschlagen, sondern um Bedürfnisbefriedigung aller Menschen und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, dann kommt der Ent-

wicklung und nachhaltigen Nutzung der regionalen und lokalen Ressourcen und Potenzen - der natürlichen und der menschlichen - ausschlaggebende Bedeutung zu. Dies bedarf gesellschaftlicher Steuerung, der Markt aus sich heraus verstärkt tendenziell die Ungleichheit der Lebensbedingungen und Entwicklungschancen.

Von zentraler Bedeutung für die Durchsetzung ökologischen Umbaus ist aber weiterhin die nationalstaatliche Ebene: hier werden wesentliche Bedingungen für örtliche und regionale Aktivitäten gesetzt, die Nationalstaaten - vertreten durch ihre Regierungen - sind die relevanten umweltpolitischen Akteure auf internationalem Terrain, hier werden weiterhin die zentralen Fragen der Umweltpolitik entschieden. *Martina Krause* macht an verschiedenen Beispielen deutlich, daß die deutsche Umweltpolitik den an sie zu stellenden Anforderungen in keiner Weise gerecht wird und wichtige Vorhaben sogar im Gegenteil ausgesprochen kontraproduktiv sind.<sup>3</sup>

Die Unterordnung ökologischer Ziele unter angebliche Imperative der Standortförderung und kurzfristige ökonomische Vorteile ist allerdings eine Erscheinung, die nicht nur Wirtschaftsvertreter und PolitikerInnen von CDU/CSU/FDP betrifft. Insbesondere bei sozialdemokratischen Wirtschaftsministern scheint diese Haltung Züge einer ansteckenden Krankheit aufzuweisen. Und wenn Wolfgang Clement in einer Diskussion über die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ sagt, er habe keine bestimmte Vorstellung davon, wie diese Welt sich entwickeln kann, und er sei ein Anhänger des „Auf-Sicht-Fahrens“, dann drängt sich die Assoziation eines Tankerkapitäns im Nebel auf - „Exxon Valdez“ läßt grüßen.

## Solarer Umbau und gesellschaftliche Veränderungen

Eine recht konkrete Vorstellung, wohin sich die Welt entwickeln kann und muß - zumindest in diesem Bereich - formulieren *Barbara Gersmann, Alexandra Kramm, Heiko Kretschmer und Eckhart Seidel*: Das Schlüsselprojekt für den globalen ökologischen Umbau ist die Umstellung der gesellschaftlichen Energiebasis auf die Nutzung der Sonnenenergie.<sup>4</sup> Der Umstieg in die Solarwirtschaft muß jetzt eingeleitet werden und ist ein zentraler Kristallisationspunkt für ein sozial-ökologisches Reformbündnis. Er muß aber mit weitergehenden Überlegungen zur notwendigen Umgestaltung der Wirtschafts- und Lebensweise, wie sie etwa bei Thärichen und Bömer angesprochen sind, verbunden werden.

Ökologischer Umbau ist nicht einfach eine Frage der ökologischen Technik, sondern in dialektischer Wechselwirkung mit veränderten wirtschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Strukturen verbunden. Welche strategischen Konsequenzen ergeben sich daraus für die Linke? Dazu wollen wir im folgenden noch einige Überlegungen anstellen und uns kritisch mit Aussagen der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ auseinandersetzen.

Wir halten dabei nichts von einer fundamentalistischen Kritik (wie sie insb. von VertreterInnen des Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen vorgebracht wurde), die hier nur eine Strategie modernisierter weltkapitalistischer Herrschaftssicherung sieht. Die mit den Begriffen der „Nachhaltigkeit“ oder „Zukunftsfähig-

Ökologischer Umbau ist nicht einfach eine Frage der ökologisierten Technik, sondern in dialektischer Wechselwirkung mit veränderten gesellschaftlichen Strukturen verbunden.

Foto: Stephan Hoppe, Köln (sechsteilige Arbeit)



Die ökologische Bewegung muß lernen, daß sie sich soziale Inkompetenz, neoliberalen Individualismus und Marktgläubigkeit auch um der Durchsetzung ihrer ökologischen Ziele willen nicht

keit“ verbundenen Inhalte und gesellschaftlichen Perspektiven sind umkämpft. Wir gehen davon aus, daß ein linker, sozialistischer Diskurs die Anforderungen der „Nachhaltigkeit“ konstruktiv aufgreifen und konzeptionell verarbeiten

muß. Wenngleich es auch an den ökologischen Analysen, Konzepten und Umbauforderungen der Studie sowie den dort beschriebenen Leitbildern für die Umgestaltung Kritik gibt, weisen diese u.E. in die richtige Richtung oder sind zumindest als Diskussionsgrundlagen geeignet.

#### **Soziale Spaltung im Namen der Ökologie ...**

Entschiedene - und bisher zuwenig vorgetragene<sup>5</sup> - Kritik ist aus sozialistischer Sicht aber an den gesellschaftspolitischen und sozialökonomischen Vorstellungen anzubringen, die in der Studie des Wuppertal-Instituts dargestellt werden. Während in Bezug auf die Nord-Süd-Frage die Widersprüche und Konflikte zumindest z.T. noch genannt und diskutiert werden, wird in den Kapiteln „Soziale Fairneß“ und „Wirtschaftsverträglichkeit“ eine teilweise ausgesprochen naive und unkritische Sicht präsentiert. Ganz im Sinne der neoliberalen Ideologie wird die Arbeitslosigkeit auf zu hohe Arbeitskosten und die Globalisierung zurückgeführt und vom Ziel existenzsichernder Erwerbstätigkeit für alle Abschied genommen. Allgemeine Arbeitszeitverkürzung wird entgegen jeglicher seriöser Analyse als ungeeignet bezeichnet, stattdessen werden Teilzeitarbeit und Eigenarbeit propagiert und ein Hohelied auf selbstorganisierte Gemeinschaften gesungen. Diese sollen den Staat von sozialen Aufgaben entlasten, gefördert durch einen Umbau des angeblich nicht mehr finanzierbaren Systems der sozialen Sicherung hin zu einem allgemeinen Grundeinkommen.

Soziale Verteilungsfragen werden in der Studie weitgehend ausgeblendet.<sup>6</sup> Damit sind auch solidarische gesellschaftlich organisierte Möglichkeiten der Finanzierung sowohl des Sozialstaats als auch des ökologischen Umbaus von vornherein aus dem Blickfeld genommen.

Dieses Konzept läuft hinaus auf eine vertiefte soziale Spaltung der Gesellschaft: einerseits in einen weltmarkt-orientierten Sektor mit hohen Löhnen (und Profiten), und die anderen werden - gefördert durch eine negative Einkommensteuer - zu „gesellschaftlich vereinbarten Niedrigeinkommen“ (S. 356 der Studie) beschäftigt oder dürfen „freiwillig“ unbezahlte Eigenarbeit leisten. So naiv, zu glauben, es ginge dann für alle Menschen in den verschiedenen Phasen ihres Lebens um „Erwerbsarbeit und Eigenarbeit für Männer und Frauen“ (S. 357), können die Autoren eigentlich nicht wirklich sein.

Stattdessen geht es ihnen darum, einen Weg aufzuzeigen, wie ihre Vorstellungen ökologischen Umbaus mit Kapitalinteressen und Anforderungen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit kompatibel gemacht und mit umweltrechtlichen Instrumenten und marktwirtschaftlichen Mitteln - als zentraler Hebel wird die ökologische Steuerreform betrachtet - umgesetzt werden können. Was hier als drohende Möglichkeit durchscheint und anscheinend von den AutorInnen nicht gesehen wird, ist die Perspektive einer relativen Ökologisierung durch verschärfte soziale Herrschaft und Monopolisierung von Ressourcen für wenige, weil ihre Nutzung nicht verallgemeinerbar ist. Ist das Ziel aber eine wirklich zukunftsfähige Entwicklung im Sinne der selbst definierten Kriterien, geht die harmonisierende Orientierung der AutorInnen an der Realität vorbei. Darauf haben nicht nur diverse linke Kritiker hingewiesen.<sup>7</sup> Auch die massiv ablehnende Haltung der Industrievertreter zeigt, daß man reale Widersprüche eben nicht einfach dadurch aus der Welt schaffen kann, daß man sie ignoriert oder leugnet.

**... oder solidarisch-ökologische Gesellschaftsreform?**

Das gilt natürlich ebenso für die Widersprüche gegenüber sozialen Interessen von Lohnabhängigen, deren relativer Wohlstand auf der bisherigen nicht zukunftsfähigen Produktions- und Lebensweise beruht. Die Perspektive kann nur darin liegen, den ökologischen Umbau konsequent mit einer Politik für Vollbeschäftigung und soziale Gerechtigkeit zu verbinden. Nur wenn soziale Sicherheit und Arbeitsplätze gewährleistet sind, können Mehrheiten für ökologischen Umbau gewonnen werden. Dazu ist aktive staatliche Politik nötig und allgemeiner Arbeitszeitverkürzung wird dabei eine wesentliche Rolle spielen.

Dabei ist die Einbeziehung aller Teile der Gesellschaft und der Abbau der Kluft zwischen arm und reich von entscheidender Bedeutung. So wird eine verschärfte Spaltung der Gesellschaft verhindert und durch Umverteilung der Spielraum für den Lohnausgleich bei der Arbeitszeitverkürzung vergrößert. Außerdem hängt die Bewertung der eigenen Lebenslage und das Erwerbsverhalten der Menschen weniger vom absoluten Niveau etwa des Geldeinkommens ab, sondern von der Relation zur gesellschaftlichen Normalität. Nur so kann auch verhindert werden, daß die Forderung nach einem ökologischen Wandel der Lebensstile auf eine unsoziale Verzichtsideologie hinausläuft, die das Lebensniveau der Einkommenschwächeren absenken soll, während der Luxuskonsum der Reichen weiter expandiert.

Strategisch kommt es darauf an, ein Bündnis für eine solidarisch-ökologische Gesellschaftsreform zu formieren und konzeptionell zu fundieren. Die ökologische Bewegung muß sich soziale Kompetenz aneignen und lernen, daß sie sich neoliberalen Individualismus und Marktgläubigkeit auch um der Durchsetzung ihrer ökologischen Ziele willen nicht leisten kann. Ökologischer Umbau hat integraler Bestandteil beschäftigungs- und sozial orientierter Wirtschaftspolitik zu sein. Das steht nur scheinbar im Widerspruch dazu, daß alternative, keynesianisch orientierte Wirtschaftspolitik zunächst auch auf Wachstum ausgerichtet ist - es darf nur kein blindes und bedingungsloses Wachstum sein, sondern muß zielgerichtet auf Felder ökologischen (und sozialen) Umbaus, also

durch demokratische Prozesse und nicht bloß vom Markt gelenkt werden. Letztlich erfordert ökologische und soziale Zukunftsfähigkeit die Dominanz solcher demokratischen Gestaltung und (Selbst-)Steuerung gesellschaftlicher Entwicklung anstatt der gegenwärtigen Dominanz kapitalistischer Ökonomie, also eine sozialistische Perspektive.

Je weiter die Gesellschaft auf diesem Weg vorangekommen ist, desto leichter wird sie in der Lage sein, nach den großen Investitionsprojekten des ökologischen Umbaus in eine zweite Phase nachhaltiger Entwicklung einzutreten, die durch eine demokratische und solidarische Selbstbeschränkung der materiell produktiven Aktivitäten geprägt wird und in der sich gesellschaftlicher Fortschritt nicht mehr im quantitativen Zuwachs materieller Konsummöglichkeiten ausdrückt, sondern v.a. in mehr freier Zeit, Bildung und Kultur, sozialer Gerechtigkeit und Integration, gesundheitlicher und ökologischer Verträglichkeit der Lebensweise. Erst dann läßt sich der Slogan der Wuppertal-Studie „Gut leben statt viel haben“ wirklich einlösen.

spw

- 1 BUND/MISEREOR (Hg.): *Zukunftsfähiges Deutschland: ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung*. Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Basel/ Berlin/Boston 1996.
- 2 Vgl. dazu den Beitrag von Joachim Spangenberg zu „Sustainable Europe“ in spw 6/95.
- 3 Vgl. dazu auch den Aufsatz von Gustav Sauer und Detlef Bimboes im Magazinteil in diesem Heft.
- 4 Die europäische Sonnenenergievereinigung Eurosolar hat kürzlich für die EU-Kommission ein Konzept für eine weltweite Initiative für die Elektrifizierung der Entwicklungsländer mit solaren Energien vorgelegt, die im Verlauf von 30 Jahren für 3 Mrd. Menschen eine elektrische Grundversorgung zur Verfügung stellen soll. Die Kosten werden auf 300 Mrd. DM geschätzt - weit unter 1% des Sozialprodukts der Welt in einem Jahr; vgl. *Das Solarzeitalter* 3/96, S. 17-25.
- 5 Vgl. zur bisherigen Aufnahme der Studie Hans Diefenbacher: Ein Jahr *Zukunftsfähiges Deutschland*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 11/1996.
- 6 Dabei ist die zugrundeliegende regulative Idee eigentlich eine originär linke - wenn sie denn auch gesellschaftlich ernst gemeint wäre: „Gleichheit ist eine für diese Studie zentrale Kategorie. Jeder Mensch ... hat das gleiche Recht, die der Menschheit gemeinsam gehörenden Güter im Rahmen der globalen Tragfähigkeit zu nutzen“ (S. 268).
- 7 Vgl. Elmar Altvater: *Der Traum vom Umweltraum*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 1/1996, und Hermann Bömer in diesem Heft.

Das Konzept der „Nachhaltigen Entwicklung“, also das Postulat, daß die Bedürfnisse heutiger Generationen befriedigt werden sollen, ohne die Bedürfnisse kommender Generationen zu gefährden, umfaßt wirtschaftliche wie soziale Entwicklungen, alternative Konsummodelle wie die Neuordnung internationaler Beziehungen. In diesem Artikel wird der Frage nachgegangen, welche Schlußfolgerungen aus den Maximen Nachhaltiger Entwicklung für die materielle Produktion zu ziehen sind. Ohne die konsequente Anwendung der Kriterien der Nachhaltigkeit auf die Wirtschaftsweise droht der Begriff „Sustainability“ zur bloßen Floskel zu verkommen. Andererseits kann gerade hier der Begriff in Stellung gebracht werden gegen eine Wirtschaftsweise, die die Nutzung der Naturstoffe den Verwertungsimperativen der Kapitallogik unterwirft. Nach einer Darstellung der stoffpolitischen Implikationen einer Nachhaltigen Entwicklung soll die Leistungsfähigkeit der Steuerungsmedien Markt und Recht anhand der aktuellen Debatten genauer untersucht werden.

## Nachhaltige Produktion durch Stoffstrommanagement und Kreislaufwirtschaft?

von Holger Thärichen\*

**Nachhaltigkeit durch Reduktion der Stoffumsätze**

Ein zentraler Ansatz der Nachhaltigkeitskonzepte besteht darin, nicht mehr allein die durch Produktion und Konsumtion hervorgerufenen Schadstoffemissionen als Um-

\* Holger Thärichen, Berlin, Rechtsreferendar

weltproblem aufzufassen, sondern die durch wirtschaftliche Tätigkeit verursachten *Stoffumsätze selbst*:

„Jedes Produkt und jede Dienstleistung ist auf dem ganzen Lebensweg mit Energie- und Stoffumsätzen verknüpft. Diese Umsätze stellen Eingriffe in die Natur dar. Sie schädigen die biologische Vielfalt, führen zu Emissionen, Abwässern, dissipativen Verlusten und Abfällen.“<sup>1</sup>

Die Problematisierung der Stoffumsätze als solcher stützt sich u.a. auf Arbeiten von Nicholas Georgescu-Roegen, der die Gesetze der Thermodynamik auf wirtschaftliche Prozesse übertragen hat. Wirtschaft wird danach als „entropischer Prozeß“ gedeutet, bei dem Materie ständig von einem Zustand niedrigerer Entropie, d.h. höherer Ordnung und Verfügbarkeit, in einen Zustand höherer Entropie, d.h. geringerer Ordnung und Verfügbarkeit bzw. größerer Zufälligkeit ihrer Verteilung übergeht.

Wenn nicht mehr nur die Schadstoffemissionen, sondern die Stoffumsätze als Problem erkannt sind, folgt

Ohne die konsequente Anwendung der Kriterien der Nachhaltigkeit auf die Wirtschaftsweise droht der Begriff „Sustainability“ zur bloßen Floskel zu verkommen.

daraus die Notwendigkeit des Übergangs von einem nachsorgenden Umweltschutz zu einem umfassenden „Stoffstrommanagement“. Für dieses Stoffstrommanagement sind im Rahmen

der Nachhaltigkeitsdebatte vier allgemeine Regeln aufgestellt worden, die die Reduktionserfordernisse konkretisieren:

1. Die Abbaurate erneuerbarer Ressourcen soll ihre Regenerationsrate nicht überschreiten.
2. Nicht-erneuerbare Ressourcen sollen nur in dem Umfang genutzt werden, in dem ein physisch und funktionell gleichwertiger Ersatz in Form erneuerbarer Ressourcen oder höherer Produktivität der erneuerbaren sowie der nicht-erneuerbaren Ressourcen geschaffen wird.
3. Stoffeinträge in die Umwelt sollen sich an der Belastbarkeit der Umweltmedien orientieren.
4. Das Zeitmaß anthropogener (von Menschen verursachter) Einträge bzw. Eingriffe in die Umwelt muß im ausgewogenen Verhältnis zum Zeitmaß der für das Reaktionsvermögen der Umwelt relevanten natürlichen Prozesse stehen.<sup>2</sup>

Entsprechend der Maßgabe, daß allen Menschen gleiche Rechte auf Nutzung der natürlichen Ressourcen zustehen, kommt die Studie des Wuppertal Instituts „Zukunftsfähiges Deutschland“ zu dem Ergebnis, daß der Verbrauch nicht-erneuerbarer Primärrohstoffe ohne Energieträger in Deutschland bis zum Jahr 2050 um 80 bis 90% reduziert werden muß. Die Ermittlung spezifischer Reduktionsziele für einzelne Stoffe ist damit noch nicht geleistet und setzt auch die Entwicklung zusätzlicher qualitativer Kriterien voraus. Dennoch wird aus diesen Zahlen deutlich, daß eine Nachhaltige Entwicklung ohne eine grundlegende Umorientierung der Wirtschaftsweise nicht zu haben ist.

### Stoff und Wert

Das Erfordernis der Reduktion der gesellschaftlichen Stoffumsätze zwingt dazu, nicht mehr nur die den Produktionsprozeß begleitenden Schadstoffemissionen zu problematisieren, sondern die *Produkte selbst*. „Im Gegensatz zu der landläufigen Meinung auch unter für den Umweltschutz engagierten Bürgern sind die wichtigsten Emissionen der Industrie nicht mehr die Abwässer und die Abgase, sondern die Produkte.“<sup>3</sup>

Die Steuerung der gesellschaftlichen Produktion und damit der „Emission“ der Produkte erfolgt in einer kapitalistischen Gesellschaft jedoch nicht von ihrer stofflichen, sondern von ihrer „Wert“-Seite her.

Die gesellschaftlichen Produkte sind Waren, die durch den Doppelcharakter von Wert und Gebrauchswert bestimmt sind. Der Herstellungsprozeß der Produkte läßt sich daher zugleich als Transformation von Werten (Wertbildungsprozeß und Verwertungsprozeß) und als Transformation von Stoffen und Energien begreifen.<sup>4</sup> Die Fetischform Wert basiert nun nicht auf den zum Gebrauchswert umgeformten Naturstoffen, sondern auf den in den Gütern inkorporierten Massen abstrakter Arbeitsquanta. Die konkurrenzvermittelte Steigerung der Produktivität führt dazu, daß immer mehr stoffliche Produkte mit immer weniger Arbeit erzeugt werden. Da somit die Produkte relativ immer weniger Wert enthalten, müssen zur Gewinnung konstanter oder steigender Profite immer mehr Naturstoffe in Waren umgeformt werden. Der Fetischismus der Warenproduktion äußert sich dann darin, daß die Produktion nicht mehr der Bedürfnisbefriedigung dient, sondern umgekehrt der Konsum in den Dienst der Produktion gestellt werden muß.<sup>5</sup>

Diese knapp skizzierte werttheoretische Erklärung für den ständig steigenden Warenumsatz wirft die Frage auf, inwieweit das Stoff-Wert-Verhältnis so verändert werden kann, daß trotz steigender Wertschöpfung der Naturverbrauch konstant bleibt oder sogar zurückgeht. Unter dem Stichwort „Dematerialisierung“ wird dabei die Strategie diskutiert, durch eine Steigerung der Ressourcenproduktivität die Wertschöpfung vom Ressourceneinsatz zu entkoppeln. Eine solche „Effizienzrevolution“ ist insbesondere die Patentlösung all derjenigen, die die Logik des Wirtschaftswachstums nicht grundsätzlich in Frage stellen wollen. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat jedoch gezeigt, daß die Entlastungseffekte durch eine verbesserte Ressourceneffizienz zumeist durch das gleichzeitige Mengenwachstum aufgehoben wurden. Im Ergebnis hat sich so der Naturverbrauch nicht verringert, obwohl das einzelne Produkt mit einem geringeren Energie- und Stoffeinsatz hergestellt werden kann.

### Stoffstrommanagement

#### durch Ausweitung der Marktsteuerung?

Obwohl die ökonomische Rationalität zur Quantifizierung und damit zur Abstraktion von der Natur als sinnlicher Qualität zwingt, soll nach weitverbreiteter Ansicht Nachhaltigkeit nicht durch eine Zurückdrängung, sondern umgekehrt durch eine Ausweitung dieser Logik erreicht werden. Durch eine Internalisierung der ökologischen Folgekosten in den Preis eines Produktes sollen die Akteure des Wirtschaftsgeschehens diejenigen Preissignale erhalten, die sie zu einer gesamtwirtschaftlich und ökologisch optimalen Güterallokation bewegen. Die Natur soll nicht mehr als „freies Gut“ kostenlos vernutzt werden dürfen, sondern durch Abgaben, Steuern, Zertifikate u.ä. monetarisiert werden, um die „Naturblindheit“ des ökonomischen Handelns auf den Wege einer ökologischen Faktorbeziehung zu kompensieren.<sup>6</sup>

Abgesehen davon, daß die Monetarisierung von Umweltnutzungen sehr bald an Erkenntnisgrenzen stößt, weil sich die Leistungen eines Ökosystems kaum in Geld ausdrücken lassen, liegt bei diesem Ansatz ein grundsätzliches Mißverständnis vor, auf das Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf hingewiesen haben: „Die Preise sollen endlich die ökologische Wahrheit sagen. Das können sie

nicht. Aus ökologischer Sicht können ökonomische Preise gar nicht anders als zu lügen. Sie sind Ausdruck einer Funktionslogik, die nicht die der ... Natur ist. Die Ökonomisierung der Ökologie, durch die die in jeder Hinsicht begrenzte Natur jener physische, d.h. auch zeitliche und räumliche Grenzen vernichtenden Logik unterworfen wird, ist daher nicht die Lösung, sondern ein Teil des Umweltproblems.<sup>77</sup>

Die Lösung des Umweltproblems *innerhalb* der ökonomischen Funktionslogik zu suchen, führt daher langfristig in die Irre. Dies bedeutet jedoch nicht, auf die Steuerungsfunktionen des marktwirtschaftlichen Preissystems von vornherein zu verzichten. Vielmehr muß auch die Implementierung ökonomischer Anreizstrukturen als ein Instrument zur Steuerung von Stoffströmen genutzt werden. Aufgrund der ökologischen Grenzen ökonomischer Rationalität sind jedoch gleichzeitig Steuerungsinstrumente zu entwickeln, die unmittelbar an der stofflichen Seite der Produktion ansetzen und insofern den Blick von der Wert- auf die Gebrauchswertebene lenken.

### Stoffstrommanagement und Kreislaufwirtschaft

Am 7.10.1996 ist das sog. Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG) in Kraft getreten, das nach § 1 den Zweck der "Förderung der Kreislaufwirtschaft zur Schonung der natürlichen Ressourcen und die Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen" verfolgt. Dieses Gesetz und die zu seiner Ausfüllung derzeit diskutierten Rechtsverordnungen spielen in der Nachhaltigkeits-Diskussion eine große Rolle, da wesentliche Forderungen der Nachhaltigkeit verbal aufgegriffen und die rechtlichen Regelungsansätze teilweise von der gefahrlosen Abfallbeseitigung in den Bereich der Produktion vorverlagert werden.

Hinter dem Konzept einer Kreislaufwirtschaft steht die Vorstellung, anthropogene Wirtschaftssysteme na-

türlichen Ökosystemen in zentralen Funktionsweisen nachzubilden, sich also insbesondere an den Stoffkreisläufen der Natur (z.B. Wasser-, Stickstoff-, Kohlenstoff/ Kohlendioxid-, Schwefel-, Calcium-Kreislauf) zu orientieren. Der Begriff Kreislaufwirtschaft ist jedoch insofern irreführend, als es einen entscheidenden Unterschied zwischen natürlichen und wirtschaftlichen Kreisläufen gibt: Während die natürlichen Kreislaufprozesse durch die Nutzung der Sonnenenergie eine wenigstens ausgeglichene Entropiebilanz aufweisen, fällt die ökonomisch-ökologische Gesamtbilanz aller industriezivilisatorischen Prozesse hochgradig ordnungszerstörend aus, d.h. die entropiesteigernden überwiegen die entropiesenkenden Prozesse bei weitem.<sup>8</sup>

Aufgrund der Gesetze der Thermodynamik erweist sich die vom Begriff „Kreislaufwirtschaft“ suggerierte Reversibilität von Stoff- und Energieumwandlungen als Illusion, da in einem geschlossenen System die natürliche Umwandlungsrichtung von Energie und Stoffen mit einer unumkehrbaren Qualitätsabnahme verbunden ist. D.h. daß auch die formale Kreislaufführung von Stoffen keinesfalls ein sinnvoller Schritt in Richtung Nachhaltigkeit sein muß, wenn nämlich auf den einzelnen Etappen zusätzliche Stoff- und Energieeinsätze notwendig werden, die die ökologische Gesamtbilanz des Zyklus auch in Anbetracht abnehmender Stoffqualitäten negativ ausfallen lassen. Es muß also außerdem versucht werden, die Stoffumsätze gering zu halten und möglichst ausschließlich regenerative Energiequellen und damit letztlich die dem System von außen zufließende Sonnenenergie zu nutzen.

Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat gezeigt, daß die Entlastungseffekte durch eine verbesserte Ressourceneffizienz zumeist durch das gleichzeitige Mengenwachstum aufgehoben wurden.



Foto: Stephan Hoppe, Köln

### Produktverantwortung des Herstellers

Das entscheidende Instrument der Kreislaufwirtschaft ist die Produktverantwortung, mit deren Hilfe die Wirtschaft dazu veranlaßt werden soll, "vom Abfall her zu denken". Nach § 22 Absatz 1 KrW-/AbfG sind zur Erfüllung der Produktverantwortung Erzeugnisse möglichst so zu gestalten, "daß bei deren Herstellung und Gebrauch das Entstehen von Abfällen vermindert wird und die umweltverträgliche Verwertung und Beseitigung der nach deren Gebrauch entstandenen Abfälle sichergestellt ist." Damit den Unternehmen die Verantwortung für den gesamten Lebenszyklus eines Produktes auferlegt werden kann, können durch Rechtsverordnungen nach dem KrW-/AbfG für einzelne Produkte Rücknahmepflichten geschaffen werden. Das Ziel der Rücknahmepflichten ist wiederum die Auslösung von Rückkoppel-Effekten, nach denen die produktspezifischen Entsorgungseigenschaften bereits auf der Produzentenebene in den einzelwirtschaftlichen Entscheidungs-

Durch der Zwischenschaltung der DSD-Verwertungsgesellschaften wurden die Stoffumsätze nicht reduziert, sondern in einen neuen expandierenden Wirtschaftszweig in Gestalt der Entsorgungswirtschaft umgelenkt.

prozeß einfließen. Bei dem Hersteller soll so das Interesse hervorgerufen werden, durch eine veränderte Produktgestaltung die Stoffumsätze zu reduzieren, da ja die steigenden Stoffmengen zu seinem eigenen Problem geworden sind. U.a. von der konsequenter Durchsetzung von

Rücknahmepflichten erhofft man sich folgende Innovationen:

- Nicht mehr der Absatz von Produkten steht im Vordergrund unternehmerischer Tätigkeit, sondern die Dienstleistung, die durch die Nutzung des Produktes erbracht wird.
- Langlebigkeit wird vorrangiges Konstruktionsprinzip - Produkte werden kaskadenartig möglichst lange auf den höchsten Nutzungsstufen eingesetzt. D.h.: durch Reparatur, Wiederaufarbeitung etc. können Teile auf einem Gebrauchsgütermarkt oder in der Herstellung neuer Produkte wieder eingesetzt werden.
- Durch modulare Konstruktion mit Trennung von Komponenten nach Lebensdauer und Funktion wird die Instandhaltung und Demontierbarkeit, aber auch die Anpassung an technischen Fortschritt und geänderte Anforderungen erleichtert.
- Die Rohstoffbasis wird soweit wie möglich auf natürliche Rohstoffe und Recyclingmaterialien umgestellt. Die gezielte Erfassung und Wiederverwertung von Werkstoffen auf hohem Niveau wird durch Schließung von Stoffkreisläufen beim Hersteller erleichtert.<sup>9</sup>

### Nachhaltige Produktgestaltung und Profitlogik

Das erklärte Ziel der Regelungen im KrW-/AbfG zur Produktverantwortung, nämlich "die Entwicklung, Herstellung und das Inverkehrbringen von Erzeugnissen, die mehrfach verwendbar und technisch langlebig" (§ 22 Abs. 2 Nr. 1) sind, widerspricht der kapitalistischen Logik, die Waren- und Stoffumsätze durch Beschleunigung der Produktzyklen zu erhöhen: "Zusehends problematisch wird, daß beim Verkauf einer Ware der Gebrauchswert sich ständig gegenüber dem Tauschwert relativiert. Um den Tauschwert zu realisieren, die Absätze zu sichern, muß das Produkt schnelllebig sein. Die kapitalistische Ware fällt so oft hinter die technischen Möglichkeiten der gegenwärtigen Produktivkraftentwicklung zu-

rück, was wiederum nichts anderes heißt, als das diese die Grenzen von jener zu sprengen beginnt. Der Gebrauchswert wird aktuell immer mehr zum Verbrauchswert, um den Tauschwert zu retten."<sup>10</sup>

Die künstliche Verkürzung der Funktionsdauer von Gebrauchsgütern geschieht auf dem Wege "planmäßiger Obsoleszenz". Unterschieden werden kann dabei zwischen funktioneller Obsoleszenz durch Einführung neuer, überlegener Produkte, qualitativer Obsoleszenz durch die Verkürzung der Lebensdauer von Gütern durch bewußt schnellen technischen Verschleiß und psychologischer Obsoleszenz durch die Entwertung an und für sich gebrauchstüchtiger Güter durch modische Veränderungen, wobei bei diesen Gütern die originären durch soziale Funktionen überlagert werden.<sup>11</sup> Inwieweit mithilfe rechtlicher Regelungen wie z.B. der Rücknahmepflichten im Rahmen der Produktverantwortung gegen diesen Trend anzukommen ist, läßt sich nur schwer beurteilen. Entscheidend ist hier u.a. die Wettbewerbsstruktur in dem jeweiligen Marktsegment, weil hiervon abhängig ist, ob sich einzelne Anbieter Konkurrenzvorteile von einer "Strategie der Langlebigkeit" für ihre Produkte versprechen können. In monopolistisch beherrschten Marktsegmenten, in denen die Langlebigkeit der Produkte eines Herstellers unmittelbar negativ auf seine Absatzchancen zurückwirkt, müßte die Dichte rechtlicher Regelungen wohl auch höher sein.

### Die Rechtsverordnungen zur Produktverantwortung

Aus dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz selbst folgen noch keine Rechtspflichten für Hersteller oder Vertrieber im Rahmen der Produktverantwortung. Diese müssen erst durch einzelne Rechtsverordnungen geschaffen werden. Geplant sind Rechtsverordnungen mit teilweisen Rücknahmepflichten für die Bereiche Altpapier, Batterien, Elektro- und Elektronikgeräte und Altfahrzeuge.

Als Prototyp für diese Verordnungen gilt die Verpackungsverordnung von 1991. Auch diese sah umfangreiche Rücknahmepflichten vor, von denen sich jedoch diejenigen Hersteller und Vertrieber von Verpackungen befreien lassen können, die sich an dem "Dualen System" beteiligen. Das zentrale Problem des Dualen Systems besteht darin, daß die mit den Rücknahmepflichten intendierten Rückkoppel-Effekte durch pauschale Abnahme- und Verwertungsgarantien durch die an das Duale System angeschlossenen Gesellschaften aufgehoben wurden und der Packmittelhersteller mit der Zahlung der Lizenzgebühr für den "Grünen Punkt" das Problem der stofflichen Verwertbarkeit seiner Verpackung los ist. Durch der Zwischenschaltung der DSD-Verwertungsgesellschaften wurden die Stoffumsätze nicht reduziert, sondern in einen neuen expandierenden Wirtschaftszweig in Gestalt der Entsorgungswirtschaft umgelenkt, der seinerseits wieder von steigenden Stoff- und Energieumsätzen profitiert. Der gegenwärtige Gesamtumsatz der Entsorgungswirtschaft liegt bundesweit bei ca. 80 Mrd. DM pro Jahr. Nach Schätzungen der Branche wird der Umsatz in den nächsten 10 Jahren auf 180-200 Mrd. DM ansteigen.<sup>12</sup>

Aufgrund der Erfahrungen mit der Verpackungsverordnung und einer Analyse der vorliegenden Verordnungsentwürfe ist davon auszugehen, daß durch die geplanten Regelungen wiederum fragwürdige Verwertungsaktivitäten ausgelöst werden, während die Stoffumsätze als solche eher weiter ansteigen. So kommt eine

Studie des Kieler Instituts für Weltwirtschaft zu den "Ökonomischen Aspekten der Abfallgesetzgebung" zu dem Ergebnis, daß "das Spektrum des induzierten technischen Fortschritts ausschließlich auf solche Produktinnovationen beschränkt [bleibt], die der stofflichen Verwertung dienlich sind."<sup>13</sup>

Zusammenfassend kann daher festgestellt werden, daß die derzeit geplanten rechtlichen Regelungen trotz verbaler Anschlußfähigkeit an den Nachhaltigkeits-Diskurs (Kreislaufwirtschaft, Produktverantwortung) den inhaltlichen Anforderungen in keiner Weise entsprechen.

### Ein integriertes Stoffstromrecht als Ausweg?

Das Nachhaltigkeitsprinzip der Steuerung und Reduktion der anthropogenen Stoffströme legt den Gedanken nahe, auch die einschlägigen Rechtsmaterien nach diesem Prinzip umzustrukturieren und zu erweitern. Die damit zusammenhängenden Fragen werden unter dem Begriff "Stoffstromrecht" diskutiert. "Der noch ungewohnte Begriff meint solches Recht, das Stoffe 'in Strömen' erfaßt, ihr Schicksal von der Entstehung, genauer: ihre Herausbildung aus einem oder mehreren Rohstoffen, über die Nutzungsphase bis zum endgültigen Verbleib", wobei "die Steuerungswirkung auf umweltbelastende Stoffe bezogener Regelungen nicht vornehmlich auf das Ende des Zyklus der Produktion und des Warenaustausches bezogen bleiben darf, sondern stärker dessen Anfang ergreifen muß."<sup>14</sup>

Umweltrechtliche Regelungen sollen sich nicht mehr an Umweltmedien oder bestimmten Anlagen orientieren, sondern "am Stoffstrom entlang" konzipiert werden. Hierzu wären zunächst stoffstromrechtliche Regelungen aus bereits bestehenden Gesetzen wie dem Chemikaliengesetz, dem Bundesimmissionsschutzgesetz oder dem Wasserhaushaltsgesetz zusammenzufassen, wobei aus dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz die produktbezogenen Verordnungsermächtigungen in ein solches Regelwerk überführt werden könnten. Die Diskussion um ein einheitliches Stoffstromrecht steht noch am Anfang. Interessant ist sie deshalb, weil schon vom Begriff her ein erhöhter Regulationsbedarf der kapitalistischen Produktion zugestanden wird und Ansatzpunkte für eine Politisierung und damit Demokratisierung ökonomischer Entscheidungen geschaffen werden, die bis in den Bereich der Produktgestaltung hineinreichen können.

spw

### Literatur

- Altvater, Elmar (1991): Die Zukunft des Marktes - Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des "real existierenden Sozialismus", Münster 1991
- Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (1996): Grenzen der Globalisierung - Ökonomie, ÖkologiePolitik in der Weltgesellschaft, Münster 1996
- Böcke, Torsten: Das Duale System: Verpackungsmüll verwerten statt vermeiden?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/1994, S. 359-362
- BUND/Misereor (Hrsg.): Zukunftsfähiges Deutschland - Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Basel 1996
- Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt", Zwischenbericht: Verantwortung für die Zukunft - Wege zum nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen, 1993, Bundestags-Drucksache 12/5812
- dies.: Abschlußbericht: Die Industriegesellschaft gestalten - Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen, 1994, Bundestags-Drucksache 12/8260
- Ewen, Christoph: Kreislaufkollaps absehbar - Dem neuen Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz liegt ein unzureichendes Verständnis von Vermeidung zugrunde, in: Müllmagazin 4/1994, S. 58-59
- Friege, Henning: Auf dem Weg zum Stoffrecht, in: Zeitschrift für Umweltrecht 1995, S. 241-248

- Fritz, Klaus: Kreislauf oder Kollaps im Abfallwirtschaftsrecht?, in: UPR 1994, S. 431-437
- Glück, Hans: Milliardengeschäfte mit Müll, in: Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft (spw), 6/1993, S. 12f.
- Gorz, Andre': Kritik der ökonomischen Vernunft, 3. Aufl., Berlin 1990
- Huber, Joseph: Nachhaltige Entwicklung - Strategien für eine ökologische und soziale Erdpolitik, Berlin 1995
- Kersting, Andreas: Das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz - eine Chance?, in: DVBl. 1994, S. 273-278
- Kreibich, Rolf: Perspektiven für eine ökologische Werstoffwirtschaft, in: Kreibich u.a. (Hrsg.), Vermeiden statt Entsorgen - Präventive Abfallpolitik, Weinheim und Basel 1993
- ders.: Perspektiven für eine "sustainable economy" durch Kreislaufwirtschaft, in: Zukünfte, Nr. 10, 12/1994, S. 10-17
- ders. (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung - Leitbild für die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft, Weinheim und Basel, 1996
- Kunig, Philip: Von der Wegwerfgesellschaft zur Kreislaufwirtschaft: Überlegungen zum Stoffstromrecht, in: Jahrbuch des Umwelt- und Technikrechts 27 (1994), S. 277-295
- Kurz, Rudi: Innovationen für eine zukunftsfähige Entwicklung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7/1996, S. 14-22
- Lahl, Uwe/Zeschmar-Lahl, Barbara: Das System verändern - Abfallvermeidung sollte in erster Linie eine Verringerung des Konsumniveaus bedeuten, in: Müllmagazin 3/1994, S. 28-31
- Michaelis, Peter (1993) Ökonomische Aspekte der Abfallgesetzgebung, Tübingen 1993
- Rat von Sachverständigen für Umweltfragen: Sondergutachten "Abfallwirtschaft", September 1990, Bundestags-Drucksache XI/8493
- Runge, Martin (1989): Müllvermeidung, München 1989
- Schandl, Franz: Dimensionen des Mülls, in: Krisis - Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft, Nr. 18, 1996, S. 143-155
- Schwanhold, Ernst: Der Blick für's Ganze: Ökologisches Stoffstrom-Management, in: Zukünfte, Nr. 10, 12/1994, S. 18-21
- Simonis, Udo E.: Ökologische Umorientierung der Industriegesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7/1996, S. 3-13
- Tjaden, Karl Hermann: Wir brauchen eine Politische Ökonomie der Stoff- und Energieströme, in: Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft (spw), 1/1991, S. 41-47
- Versteyl, Ludger-Anselm: Die Verpackungsverordnung - Anfang vom Ende der Wegwerfgesellschaft?, in: NVwZ 1991, S. 848-852
- Wuppermann, Beatrix: Töpfers Verpackungsverordnung auf dem Prüfstand: Verwertung vor Vermeidung, in: WSI Mitteilungen 8/1991, S. 499-508

Schon vom Begriff des integrierten Stoffstromrechtes her werden ein erhöhter Regulationsbedarf der kapitalistischen Produktion zugestanden und Ansatzpunkte für eine Politisierung und damit Demokratisierung ökonomischer Entscheidungen geschaffen.

- 1 Bund/Misereor: Zukunftsfähiges Deutschland - Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Birkhäuser Verlag 1996, S. 29.
- 2 S. hierzu ausführlich: Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt": Die Industriegesellschaft gestalten - Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen, 1994, S. 42-53.
- 3 Henning Friege: Auf dem Weg zum Stoffrecht, Zeitschrift für Umweltrecht 5/1995, S. 241.
- 4 Vgl. Elmar Altvater: Die Zukunft des Marktes, 1991, S. 248.
- 5 André Gorz, Kritik der ökonomischen Vernunft, 1989, S. 164f.
- 6 S. hierzu z.B. Karl Hermann Tjaden, spw 1/1991, S. 41-47.
- 7 Altvater/Mahnkopf, Grenzen der Globalisierung, 1996, S. 91.
- 8 Vgl. Kreibich in Zukünfte 12/1994, S. 10, 14.
- 9 Bund/Misereor, Zukunftsfähiges Deutschland, 1996, S. 302.
- 10 Franz Schandl in Krisis 18, 1996, S. 143, 152.
- 11 Martin Runge, Müllvermeidung, 1989, S. 110f.
- 12 S. Hans Glück, spw 6/1993, S. 12f.
- 13 Peter Michaelis, Ökonomische Aspekte der Abfallgesetzgebung, 1993, S. 91.
- 14 Philip Kunig, in: Jahrbuch des Umwelt- und Technikrechts 27 (1994), S. 277-295.

# Gesamt- und regionalwirtschaftliche Steuerungsprobleme nachhaltiger Entwicklung

von Hermann Bömer\*

## Problemstellung: Wirtschaftspolitische Implementierung der neuen quantifizierten ökologischen Rahmenpläne

Das Neue in Studien wie "Zukunftsfähiges Deutschland" ist die Quantifizierung der globalen ökologischen Probleme und die Formulierung der "ökologischen Leitplanken" für einzelne Länder wie die BRD. Die richtige Formulierung dieses ökologischen Rahmenplans ist jedoch keine Garantie dafür, daß die wirtschaftspolitischen Implementierungsstrategien der Autoren vernünftig sind, ob z.B. die vom Wuppertal-Institut vorgeschlagene Spaltung des Arbeitsmarktes in den weltmarktorientierten Hochlohnsektor und einen binnenorientierten Niedriglohnsektor akzeptabel und beschäftigungsfördernd ist usw.

Eine derartige makroökonomische Steuerung erfordert die Rückgewinnung des Primats der Politik über die Wirtschaft, im Sinne einer Gemischtwirtschaft, in der die Politik die Entwicklungsrichtung vorgibt.

Im Prinzip stehen sich auf diesem Feld alle relevanten Theorien und politischen Strategien mit der gleichen Schärfe gegenüber wie bei der Frage der Vollbeschäftigungspolitik, sozialen Sicherheit und internationalen Gerechtigkeit. Der Neoliberalismus versucht, die Debatte um Nachhaltigkeit der Entwicklung in den Grenzen "nachhaltigen Wirtschaftswachstums" zu diskutieren und zu lösen, was jedoch vollkommen unmöglich ist, wie einfache Modellrechnungen zeigen. Wenn man die in Tabelle 1 angestrebten Reduktionsziele ernsthaft anstrebt, sind weiter permanente Steigerungen des Bruttosozialprodukts in einer Größenordnung von 2% pro Jahr total kontraproduktiv.

Tabelle 1:  
Reduktionsziele für ein „zukunftsfähiges Deutschland“

Ressourcenverbrauch	2010	2050
Primärenergie	- 30%	- 50%
Fossiler Energieverbrauch	- 25%	- 80-90%
Nicht erneuerbares Material	- 25%	- 80-90%
Erneuerbare Energie	+ 3-5% pro Jahr	
Energieproduktivität	+ 3-5% pro Jahr	
Produktivitätssteigerung bei erneuerbarem Material	+ 4-5% pro Jahr	

Quelle: BUND/MISEREOR, Zukunftsfähiges Deutschland, S. 80

\* Dr. Hermann Bömer, lehrt Politische Ökonomie am Fachbereich Raumplanung der Universität Dortmund und arbeitet in der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandum-Gruppe) mit.

Bei einem jährlichen Wachstum des Bruttosozialprodukts von 2% in den nächsten 50 Jahren müßte der Reduktionsfaktor, der in der obigen Tabelle die Werte 5-10 annimmt, auf 25 steigen, was auch bei einer noch so radikalen Effizienzrevolution unmöglich erscheint. Der Faktor 10 erscheint andererseits nur auf den ersten Blick ebenfalls utopisch. Nimmt man aber an, daß ca. ein Drittel dieses Werts durch Effizienzsteigerung, ein weiteres durch Verlängerung der Lebensdauer der Produkte sowie das letzte Drittel durch Konsumreduzierung (Suffizienzrevolution) erreicht wird, rücken die Ziele in den Bereich des Machbaren, allerdings nur unter der Bedingung, daß die Gesellschaft mehrheitlich bereit und dann auch fähig ist, den Wachstumsautomatismus der kapitalistischen Reproduktion zu durchbrechen.

Wie Elmar Altvater in einer ersten Besprechung der Studie des Wuppertal Instituts anmerkte (Altvater, 1996), muß man beim "Traum vom Umweltraum" bereit sein, diesen Kern des Kapitalismus explizit offenzulegen und nach Steuerungssystemen Ausschau halten, die zur Umsteuerung tatsächlich in der Lage sind. Man muß zugleich nüchtern konstatieren, daß dies nicht im Konsens gehen wird, sondern daß es Verlierer, insbesondere Verliererbranchen wie die Automobil- und Chemieindustrie gibt, die sich dagegen mit Macht wehren werden. Folglich stehen Fragen weitgehender Umverteilung von Einkommen und Vermögen, der Sperrung von bestimmten Feldern für die private Kapitalakkumulation sowie neue Lebens- und Konsumtionsweisen auf der Tagesordnung, die nicht jedermanns Vergnügen sein werden.

Wie die Erfahrungen des Zusammenbruchs des Realsozialismus, aber etwa auch schon das Scheitern der idealistischen Konzeption Che Guevaras gezeigt haben, sind geldlose Planwirtschaften ebenfalls - wenn auch aus anderen Gründen - nicht in der Lage, die ökologischen Restriktionen zu erfüllen. Daher dürfte ein gemischtwirtschaftlicher Ansatz, bei dem die Politik mit Hilfe der Makrosteuerung und einem starken öffentlichen Sektor die Entwicklungsrichtung und die Einhaltung des ökologischen Rahmenplans garantiert, und Markt und Gewinnstreben in bestimmten Sektoren die kosteneffiziente Umsetzung realisieren, erforderlich sein.

## Theoretischer Ansatz: Keynes' Stagnationstheorie

Es erstaunt nur auf den ersten Blick, daß man Keynes' Analyse der Ursachen der Stagnation des modernen Kapitalismus in der Krise und seine Lösungsvorschläge, die eindeutig auf Wachstum ausgerichtet waren, für die Zwecke der Modellierung eines Schrumpfkapitalismus heranziehen sollte. Wesentliche Krisenursachen sind die abnehmende Konsumneigung bei steigendem Einkommen und damit die ungleiche Einkommensverteilung. "Einkommen, das keine Verwendung findet, entsteht nicht" (Schui, 1991, S. 41). Oder mit Kalecki gesprochen: "Die Arbeiter geben aus, was sie einnehmen, die Kapitalisten nehmen ein, was sie ausgeben" (für Investitionen und Eigenkonsum) (Schui, 1991, S.51). Keynes' Krisenüberwindungsansatz war nun einerseits die Erhöhung der Investitionen durch deren Sozialisierung, d.h. durch das relative Unabhängigmachen der Investitionen von den Gewinnerwartungen und Kapitalmarktinzinsen. Zweitens sollte die steigende staatliche Nachfrage nicht kapazitätswirksam sein, d.h. das Angebot an Waren und Dienstleistung, die von Privaten angeboten werden, nicht erhöhen. Drittens sollte diese Aktivität langfristig durch die progressive Einkommenssteuer,

kurzfristig aber durch staatliche Kreditaufnahme finanziert werden.

Geschichtlich ist dieser Ansatz sowohl von den Faschisten (als Rüstungskeynesianismus) als auch den Demokraten in den USA (für den New Deal) nutzbar gemacht worden, und es gibt keinen theoretischen Grund, warum man ihn nicht auch für den ökologischen Umbau verwenden kann. Da aber auch ein einfacher Ökokeynesianismus noch als Wachstumsgesellschaft ausgestaltet werden kann (dies ist der Vorwurf, den E. Stratmann-Mertens permanent gegen die Memorandumgruppe richtet, vgl. Stratmann-Mertens, 1995) - muß die Absorption von in der Privatwirtschaft erzeugtem Mehrwert und von hohen Einkommen vergrößert werden und für die soziale und ökologische Reproduktion der Gesellschaft verwendet werden.

## **Absorptionsfelder Staat (öffentlich finanzierter Sektor), Dritte Welt, Entschleunigung, Arbeitszeitverkürzung**

Je höher die Arbeitsproduktivität ist, desto stärker muß in einem derartigen Konzept bei vorgegebenem ökologischen Rahmenplan die Absorptionswirkung der öffentlichen Eingriffe sein. Sie kann prinzipiell in die folgenden vier Richtungen wirksam werden:

- Ausdehnung des öffentlich finanzierten nicht gewinnorientierten Beschäftigungssektors, der Dienstleistungen erstellt, die nicht in Konkurrenz zum Privatsektor treten;
- Ausdehnung aller Formen der Hilfe für die Länder der Dritten Welt, also höhere Preise für den Import von Rohstoffen, Transfers zum Abbau der Verschuldung (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, 1988) sowie eine höhere und tatsächlich wirksame Entwicklungshilfe, die insbesondere auch die Unterstützung bei der Nutzung und Entwicklung von ökologisch sinnvollen Technologien beinhaltet;
- Produktivitätsverluste, die durch Entschleunigungs- und Dematerialisierungsregeln entstehen;
- Arbeitszeitverkürzung.

Die Arbeitszeitverkürzung ist dabei die Stellschraube, die die Differenz zwischen der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazität und dem ökologisch zulässigen Produktionsvolumen ausgleichen kann und muß, damit die ökologische Umsteuerung nicht zur Massenarbeitslosigkeit führt oder sie gar noch verschärft. Es liegt auf der Hand, daß eine derartige makroökonomische Steuerung die Rückgewinnung des Primats der Politik über die Wirtschaft erfordert, allerdings nicht im Sinne einer totalen Planwirtschaft, sondern einer Gemischtwirtschaft, in der die Politik die Entwicklungsrichtung vorgibt. Dies bedeutet, daß alle neoliberalen Ansätze einer weiteren Entfesselung der Märkte, einer Zurückdrängung des Staates und eines Abbaus des Sozialstaates in fundamentalem Widerspruch zu diesem Konzept stehen.

## **Planung und Steuerung der Märkte**

Für die Gesamtwirtschaft und insbesondere für die vom Privatkapital auch in Zukunft beherrschten Sektoren und Märkte ist ein durch die Gesellschaft und per Gesetz kontrolliertes Regulationssystem zu entwerfen, das mit Hilfe geeigneter Instrumente wie Ökosteuern, Umweltzertifikaten, Grenzwertaufgaben und Ge- und Verboten sowie mit staatlicher Struktur- und Regionalpolitik eine möglichst umweltverträgliche Produktions- und Konsumtionsweise herbeiführt und die alltäglichen Entscheidun-

gen der Wirtschaftssubjekte eher durch ökonomische statt durch moralisch-ethische Impulse steuert (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, 1990). Seit Jahren schon haben die Diskussionen und Kämpfe etwa um die Energiewende (Müller/Hennicke, 1995) oder die Verkehrswende (Enquete-Kommission, 1994), für den ökologischen Umbau der Landwirtschaft usw. für einzelne Sektoren detailliert aufgezeigt, wie der Instrumentenmix aus Plan- und Marktsteuerung ausgestaltet sein muß, um externe Effekte zu internalisieren und die Sektoren umzusteuern (Hennicke 1996).

Dabei ist es wichtig darauf zu verweisen, daß naive Lösungen vermutlich oft auch ökologisch und sozial ineffiziente Lösungen sein werden. Häufig wird z.B. pauschal der Regionalisierung der Wirtschaftskreisläufe das Wort geredet und damit insbesondere der Reduzierung des Güterferntransports Gewicht beigemessen. Eine Erhöhung der Transportwiderstände mit preislichen, aber

Ich vermute, daß aus Effizienzsteigerung, Verlängerung der Lebensdauer der Produkte und einer durchschnittlichen Verbrauchsreduzierung der privatwirtschaftliche Sektor absolut und relativ schrumpfen wird.



Foto: Stephan Hoppe, Köln

auch mit administrativen Mitteln wird jedoch nicht den interregionalen und internationalen Handel schlechthin einschränken, sondern hauptsächlich dessen Struktur ändern. Transportkostenintensive Güter (mit hohem Gewicht pro Einheit Wertschöpfung), z.B. Baustoffe, Getränke usw.) werden, wenn die Produktionskosten nicht besonders stark differieren, dann wieder verstärkt in den Regionen produziert, in denen sie auch verbraucht werden, während vor allem die Waren der Investitionsgüterindustrie und hochwertige Konsumgüter ihr Weltmarktdasein weiter ausprägen werden (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, 1994 und 1995).

Für die deutsche Investitionsgüterindustrie z.B. wird dann der Weltmarkt auch weiterhin der relevante Markt bleiben, und zugleich werden sich aber bei veränderten Transportwiderständen die Zuliefererstrukturen ändern. Im Anlagenbau etwa werden wichtige Bestandteile wie der Stahlbau und einzelne Komponenten in den Ländern produziert werden, in denen die Anlagen installiert werden. Wo die "economies of scale", also die Kostenreduzierung aufgrund der Produktion großer Stückzahlen (etwa im Maschinenbau oder der Computerindustrie), weiterhin ein hohes Gewicht haben werden und/oder wo geologische oder geographisch-klimatische Bedingungen zu hohen Produktionskostenunterschieden führen, wie etwa bei der Steinkohlenproduktion, werden - falls ökologisch günstige Transportmöglichkeiten wie der See- und Binnenschiffsverkehr nutzbar sind - auch weiterhin weltumspannende Handels- und Transportbeziehungen dominieren und sich sogar noch weiter ausdehnen.

Die Gesamtheit dieser Maßnahmen und Strategien wird eine nur empirisch bestimmbare Menge an gesellschaftlicher Arbeit für den Transport von Gütern und

Je entschlossener und härter der ökologische Umbau in Angriff genommen wird, desto stärker wird vermutlich zunächst ein neuer gesamtwirtschaftlicher Wachstumsschub damit verbunden sein.

Diensten erfordern. Während vermutlich die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs und des LKW-Verkehrs und der entsprechenden Investitionen in die Straßennetze nach einem längeren Anpassungszeitraum zu einer massiven Reduzierung

der Arbeitsplätze im autoindustriellen Sektor führen wird, wird die Expansion der öffentlichen Verkehrsträger hier keine volle Kompensation leisten können. Der bezahlte gesamtgesellschaftliche Transportarbeitsaufwand wird deutlich abnehmen, was nicht ausschließt, daß durch die verstärkte Nutzung des Umweltverbundes (Öffentlicher Verkehr, Fahrrad und Fußgängerverkehr) die tatsächlich verausgabte (bezahlte und unbezahlte) Zeit zur Befriedigung der Mobilitätsbedürfnisse zunehmen wird.

Auch an den Beispielen Energiewirtschaft und ökologischer Landbau läßt sich zeigen, daß die Umstellung auf nachhaltige Produktionsstrukturen die Arbeitsproduktivität *senken* kann. Faire und ökologisch sinnvolle Preise für fossile Energiequellen und erst recht der Wechsel etwa von der Nutzung fossiler Energiequellen wie Erdöl und Erdgas hin zur Nutzung regenerativer Energiequellen wird ein hohes Investitionsvolumen erfordern, das zunächst einmal zu einer Erhöhung des gesellschaftlichen Arbeitsaufwandes pro erzeugte Energiedienstleistungseinheit führt. Wird statt intensiver Masttierhaltung auf artgerechte Tierhaltung umgestellt, werden sich die Produktionskosten vermutlich selbst dann erhöhen, wenn

der Masttierhaltung die derzeitigen externen Kosten angelastet würden.

Es ist daher durchaus denkbar (und dies ist eine ausschließlich empirische Frage), daß ein verringertes Produktions- und Dienstleistungsvolumen mit einem erhöhten Arbeitsaufwand hergestellt werden wird, was das oben benannte Absorptionsvolumen reduzieren und/oder nicht weiter anwachsen lassen würde. Unmittelbar einsichtig ist dieses Ergebnis auch, wenn man etwa annimmt, daß für die aus der Dritten Welt importierten Rohstoffe endlich faire und ökologisch vernünftige Preise bezahlt werden müßten.

#### **Konsequenz: wachsender Staatsanteil und eingegengter privater Akkumulationsspielraum**

Wie oben bereits erläutert, ist es letztlich eine empirische Frage, ob durch die umweltgerechte komplexe Steuerung der materiellen Reproduktionsprozesse der gesellschaftliche Arbeitsaufwand, der im Rahmen des zulässigen Gesamtverbrauchs an ökologischen Ressourcen erforderlich ist, steigt oder sinkt. Meines Wissens liegen hierzu keine qualifizierten Berechnungen vor.

Ich vermute aber summarisch, daß aus Effizienzsteigerung, Verlängerung der Lebensdauer der Produkte und einer durchschnittlichen Verbrauchsreduzierung als Resultat der Durchsetzung anderer Modelle guten Lebens im Bereich Verkehr, Ernährung, Städtebau und Wohnen usw. der derart ausgestaltete privatwirtschaftliche Sektor in Ländern wie der BRD absolut und relativ schrumpfen wird und daß man daher - wenn man Massenarbeitslosigkeit vermeiden will - die Vergrößerung der öffentlichen Beschäftigungssektoren und/oder die Senkung der Arbeitszeit pro Beschäftigten anstreben muß.

Ich teile die Auffassung Binswangers (1995) zum Thema "Monetäre Dynamik und Nachhaltigkeit", wenn er schreibt, daß dem dem heutigen Weltwirtschaftssystem immanenten Wachstumszwang (der dadurch existiere, daß die Verzinsung heutigen Geldvermögens von der Erwartung künftigen Wachstums abhängt) nur mit einer Änderung des Wirtschaftssystems zu begegnen sei, wobei meiner Meinung nach eine neue Gewichtung zwischen öffentlich-nichtgewinnwirtschaftlichem und profitorientiertem Sektor dieses qualitativ Neue darstellt.

Dabei ist es müßig, darüber zu spekulieren, ob dieses neue System noch mit dem Begriff Kapitalismus richtig bezeichnet wäre. Inhaltlich wird es eine Gemischtwirtschaft mit einem nach sozialen und ökologischen Kriterien neu reguliertem und vermutlich verkleinertem privatwirtschaftlichem Sektor sein. Geschichtlich wäre dies ein zumindest gleichwertiger Umbruch wie der vom Manchester- zum wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus (Hobsbawm, 1995). Diese neue Struktur muß gegen die Expansionsinteressen der größten und stärksten Kapitalgruppen und Branchen und ihre analogen staatlichen Machtzentren (Huffschild, 1995,1) durchgesetzt werden und stellt auch enorme Anforderungen an die Bereitschaft der Beschäftigten, sich auf neue Erwerbs- und Konsumtionsstrukturen einzulassen. Da sie keine Wachstumsgesellschaft mehr wäre, sind die Verteilungskonflikte entsprechend härter, und der Spielraum für Kompromisse ist wesentlich geringer.

#### **Dienstleistungskonzepte und Probleme der Suffizienzrevolution**

Ökonomen können hierzu nicht besonders viel beitragen.

Relativ neu - seit etwa 15 Jahren in der Diskussion - ist das Konzept, möglichst Dienstleistungen zu verkaufen und nicht die für sie benötigten Inputs. Beispiel Energie: Verkauf von Wärme, Licht und Kraft, nicht aber von Öl, Strom usw. Analogbeispiel Gesundheitssystem: es sollen „gesundes Leben“ und nicht möglichst viele Arzneimittel und operative Tätigkeiten usw. angeboten werden. Dieses Dienstleistungskonzept ist einerseits ein Beitrag zur Steigerung der Effizienz des Angebots eines Nutzenbündels (Gebrauchswertpakets), andererseits greift es selbst weitgehend in die Lebensstildiskussion ein, steigert also Effizienz und Suffizienz gleichmaßen (BUND/MISEREOR, 1996).

Kulturelle Neuorientierungen müssen durch neue ökonomische Strukturen gestützt werden, in erster Linie: gerechtere Einkommensverhältnisse, neue Kontrollstrukturen auf dem Mediensektor, aber z.B. auch durch ein neues Stabilitätsgesetz, in dem auf das Wachstumsziel verzichtet und stattdessen Vollbeschäftigung, Nachhaltigkeit, Verteilungsgerechtigkeit, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und Preisstabilität als Ziele fixiert sind.

Neue Lebensweisen bzw. Leitbilder müssen entwickelt (BUND/MISEREOR, 1996) und für ihre Akzeptanz muß das kulturelle Umfeld gestützt werden.

Verbraucherpolitik gewinnt diesbezüglich einen höheren Stellenwert.

**Gesamt- und regionalwirtschaftliche Effekte der Umbaupolitik**

Zahlreiche Studien (DIW-Greenpeace 1994; Greenpeace-PIW 1994), aber auch theoretische Überlegungen (Schui, 1991) zeigen, daß in der Umbauphase mit einer massiven Neuanlage von fixem konstanten Kapital, aber auch mit einer massiven Neustrukturierung des Forschungs- und Entwicklungspotentials sowie des Qualifikationspotentials der Arbeitskräfte zu rechnen ist. Der gesamtwirtschaftliche Beschäftigungseffekt wird positiv sein, wiewohl es natürlich Verliererbranchen und auch -regionen geben wird. Dies macht eine harte Struktur- und Regionalpolitik erforderlich, die in Zusammenhang mit der Neustrukturierung der Gesamtnachfrage die neuen Märkte schafft und deren Wachstum räumlich verteilt (Greenpeace/PIW, 1994).

In Tabelle 2 sind Netto-Beschäftigungseffekte des Aufbaus einer ökologisch orientierten Energiewirtschaft im Vergleich zur Trendentwicklung ausgewiesen (Greenpeace/PIW, 1994, S. 9). In Spalte 3 sind die Regionen benannt, die von dieser Umstrukturierung positiv oder negativ tangiert werden.

Es zeigt sich an diesem Beispiel deutlich, daß sich die Arbeitsplatzverluste räumlich sehr viel stärker konzentrieren als die Zugewinne, weil bei letzteren die indirekten Effekte überwiegen (3 und 4).

Für die ausgleichende Struktur- und Regionalpolitik bedeutet dies, daß es nur sehr schwer möglich sein wird, im Rahmen dieses begrenzten Umbaufeldes "ökologisch orientierte Energiewirtschaft" für die Stein- und Braunkohlenregionen ausreichend Ersatzarbeitsplätze zu schaffen. Folglich muß das gesamte struktur- und regionalpolitische Instrumentenbündel eingesetzt werden, mit dem die Bundesländer NRW und Saarland jedoch ausreichende Erfahrung gesammelt haben: für die schrumpfenden Branchen müssen zeitlich gestreckte Reduktionspläne garantiert werden, die einerseits einen "sozialverträglichen" Beschäftigungsabbau über Sozialpläne, Frühverrentungen usw. ermöglichen, andererseits den "Restbestand" auf modernstem Niveau reproduzie-

Tabelle 2:

Zusammengefaßte jahresdurchschnittliche Netto-Beschäftigungseffekte des Aufbaus einer ökologisch orientierten Energiewirtschaft im Vergleich zur Trendentwicklung

Maßnahmen	Beschäftigte (Greenpeace-Szenario minus Trendszenario)	Gewinnerregionen- Verliererregionen
(1) direkte und indirekte Produktionsimpulse infolge der Umstrukturierung des Kraftwerksparks	15000	Kraftwerksanlagenaubauer (Ruhrgebiet/Nürnberg)
(2) kaufkraftinduzierte Impulse aus (1)	17000	wie (1) und überall
(3) Erhöhte Nachfrage der privaten Haushalte aufgrund der Einsparungen beim Stromverbrauch	79000	überall
(4) Investitionsinduzierte Effekte aufgrund der Einsparungen beim Stromverbrauch bei der Industrie und den Kleinverbrauchern	59000	überall
(5) Stilllegung der AKW	-6000	AKW-Standortgemeinden
(6) Rückgang der Braunkohleverstromung	-10000	Braunkohlereviere
(7) Rückgang der Verstromung von Steinkohle	-33000	Ruhrgebiet/Saarland
(8) Saldo	+121000	

Quelle: Greenpeace/PIW 1994, S. 9 und eigene Überlegungen

ren. Durch innovationsorientierte Regionalpolitik und eine entsprechend ausgerichtete Hochschul- und Forschungspolitik müssen die Regionen zur Partizipation an neu entstehenden Zukunftsmärkten befähigt werden. Die Arbeitsmarktpolitik muß quantitativ und qualitativ ausreichende Beschäftigungsbrücken bauen usw. Es liegt auf der Hand, daß für diese Ansätze ausreichend viele öffentliche Mittel bereitgestellt werden müssen. In Zeiten austeritätsorientierter Haushaltspolitik sind daher natürlich die Möglichkeiten der Regional- und Strukturpolitik, wirksam regional konzentrierte Beschäftigungseinbrüche zu kompensieren, sehr begrenzt.

Es wird also asymmetrisches Wachstum und Schrumpfen von regionalen Arbeitsmärkten geben. Der Gesamteffekt hängt vom Tempo des Umbaus, von seiner Härte und den sonstigen ökonomischen Rahmenbedingung ab, von der Verteilung der Gesamtabsoption auf die verschiedenen Teilabsorptionen des Überschusses usw. Dabei tritt das Paradox auf, daß je entschlossener und härter der ökologische Umbau in Angriff genommen wird, desto stärker vermutlich zunächst ein neuer gesamtwirtschaftlicher Wachstumsschub damit verbunden sein wird.

Nach der Realisierung der Umbauphase, die sicherlich 30- 50 Jahre dauern wird, kann und muß dann das ökonomische Aktivitätsniveau drastisch gesenkt werden (Arbeitszeitverkürzung, bessere soziale Dienste aller Art, globale Umverteilung).

Nach der Realisierung der Umbauphase, die sicherlich 30- 50 Jahre dauern wird, kann und muß dann das ökonomische Aktivitätsniveau drastisch gesenkt werden (Arbeitszeitverkürzung, bessere soziale Dienste aller Art, globale Umverteilung).

### Global denken, lokal handeln? Zur Bedeutung der vertikalen Politikverflechtung - Kritik der Regionalismuskritik

Die erste Formel ist zwar populär, aber dennoch borniert: während man früher fast ausschließlich auf die nationale makroökonomische Globalsteuerung starre und die Erfordernisse der Neu- und Feinregulierung auf der kommunalen und regionalen Ebene ignorierte, wird es heute häufig umgekehrt gemacht: die regionale oder lokale Ebene wird als die zentrale Handlungsebene fokussiert, und die nationale und internationale entweder als scheinbar komplett entregulierte dethematisiert oder gar als quasi naturgesetzliche Rahmenbedingung hingenommen. Dieses Interpretationsschema ist ein wesentlicher Mangel z.B. der "regionalisierten Struktur- und Industriepolitik" in NRW und ihrer theoretischen Fundierungsversuche (vgl. etwa Kilper/Lehner/Rehfeld/Schmidt-Bleek, 1996, S. 29) oder auch zahlreicher Versuche, Konzepte für nachhaltige Stadtentwicklung zu entwickeln, ohne die harten Restriktionen oder auch Möglichkeiten der vertikalen Politikverflechtung im Bereich der Umwelt- und Regionalpolitik zu berücksichtigen. (Vgl. als Gegenposition etwa Netzbandt, 1994; Institut für Raumplanung, 1995, und Huffscheid, 1995 (2), (3).)

Spezialanalysen der einzelnen Umweltsektoren zeigen, daß in der Regel in jedem Sektor ein anderer Ebenen-Mix von Regelungen (vertikale Fach- und Allgemeinpolitikverflechtung) erforderlich ist, der jeweils problemorientiert entwickelt werden muß (für die Energiewendepolitik vgl. Müller/Hennicke, 1995). Zur politischen Durchsetzung bedarf es dabei immer der Masseninitiativen und des Drucks von unten.

Dies ist also nicht nur ein wissenschaftlicher Prozeß, sondern zugleich einer der Politik und der Demokratie. Die Konzepte der Energiewende und Verkehrswende, die heute hervorragend wissenschaftlich abgesichert sind, zeigen diese Komplexität und Dialektik des Zusammenwirkens von „oben“, „dazwischen“ und „unten“ sehr gut auf.

spw

#### Literatur

Altwater, E., 1996 (1): Der Traum vom Umweltraum. Zur Studie des Wuppertal Instituts über ein „Zukunftsfähiges Deutschland“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 1/1996

- Altwater, E./Mahnkopf, B., 1996 (2): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster, Verlag Westfälisches Dampfboot
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, 1988: Schuldenerlaß statt Erpressung. Sondermemorandum zur Jahrestagung des IWF und der Weltbank. In: Memo-Forum. Zirkular der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ Nr. 13, Bremen
- dies., 1990: Memorandum '90 - Im deutsch-deutschen Umbruch: Vorrang für sozialen und ökologischen Umbau. Köln
- dies., 1994: Memorandum '94 - Wirtschaftsreformen statt Standortparolen: Politik gegen Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Umweltzerstörung. Köln
- dies., 1995: Memorandum '95 - Stärkung des Sozialstaates - Wirtschaftspolitik für Arbeit und ökologischen Umbau. Köln
- Binswanger, Mathias, 1995: Monetäre Dynamik und Nachhaltigkeit. In: IÖW/VÖW Informationsdienst Nr. 5-6 1995, S. 9-11
- Bulmahn, E./von Oertzen, P./Schuster, J. (Hrsg.), 1995: Jenseits von Ökosteuern. Konturen eines ökologisch-solidarischen Reformprojektes im Übergang zum Postfordismus. spw-Jahrbuch 1995/96
- BUND/MISEREOR (Hrsg.), 1996: Zukunftsfähiges Deutschland - Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Basel/ Berlin/Boston
- Düe, Dietmar/Tjaden, Karl Hermann, 1993: Das „wirkliche Leben“ jenseits der „Aufhebung des Privateigentums“. Zur Kritik der kapitalistischen Produktionsweise und des Sozialismuskonzepts und zur Frage, wie es weitergehen könnte. In: „Z“ Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 16, Dez. 1993
- Enquete-Kommission "Schutz der Erdatmosphäre" des 12. Deutschen Bundestages, 1994: Mobilität und Klima. Wege zu einer klimaverträglichen Verkehrspolitik. Bonn
- Friends of the Earth Europe (Eds.), 1995: Towards Sustainable Europe. A Study from the Wuppertal Institute. Coordination: Joachim Spangenberg. Second revised Edition, Wuppertal, August 1995
- Greenpeace/Progress-Institut für Wirtschaftsforschung (PIW), 1994: Strom ohne Atom: Jobkiller oder Jobknüller? Die Beschäftigungswirkungen eines Ausstiegs aus der Atomenergienutzung in Verbindung mit einer ökologisch orientierten Energiewirtschaft. Verfasser: Speiser, Hans-Peter/Hickel, Rudolf. Hamburg
- Hennicke, Peter, 1996: Umkehr der Anreizstrukturen durch die Ökonomie des Vermeidens. In: Werner Fricke (Hg.): Jahrbuch Arbeit und Technik 1996. Bonn
- Hickel, Rudolf, 1991: siehe Stratmann-Mertens
- Hobsbawm, Eric, 1995: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. Aus dem Englischen von Yvonne Badal. München, Wien
- Huffscheid, Jörg, 1995 (1): Weder toter Hund noch schlafender Löwe. Die Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus. In: spw-Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 2/1995
- Huffscheid, Jörg, 1995 (2): Steuern gegen die Spekulation. Der Tobin-Vorschlag und seine Erweiterungen. In: Memo-Forum Nr. 23, Sept. 1995, Bremen
- Huffscheid, Jörg, 1995 (3): Gemeinschaftliche Wirtschaftspolitik zum „außenwirtschaftlichen“ Gleichgewicht innerhalb der EU. In: Memo-Forum Nr. 23, Sept. 1995, Bremen
- Institut für Raumplanung (IRPUD), Fakultät Raumplanung Universität Dortmund (Hrsg.), 1995: Dortmund und Liverpool. Nachhaltige Stadtentwicklung in altindustrialisierten Regionen. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung P/17, Dortmund

**Jetzt schon vormerken:**

**14., 15. und 16. März 1997**

## **Marxismus an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Bilanz und Perspektive**

**Bundesweite offene wissenschaftliche Tagung an der Uni Hannover**  
**Referate, Podiumsdiskussionen, Einführungsvorträge, ca. 30 Workshops**  
*Initiatorenkreis: Joachim Bischoff (Hamburg), Frank Deppe (Marburg), Uwe-Jens Heuer (Berlin/Bonn), Heinz Jung (Frankfurt/M.), Fred Schmid (München/Essen). Unterstützt von Zeitschriften, Vereinigungen, Arbeitsgruppen der marxistischen Linken der Bundesrepublik.*

**Kontakte, Informationen, Anmeldungen:**

**Marxismus-Tagung, c/o IMSF e.V., Kölner Straße 66, 60327 Frankfurt/M.**

Besprechung zu: Friedrich Hinterberger, Fred Luks, Markus Stewen: *Ökologische Wirtschaftspolitik: zwischen Ökodiktatur und Umweltkatastrophe*, 1996, 344 Seiten, 39,80 DM, Wuppertal Paperback, Birkhäuser Verlag, ISBN 3-7643-5366-X

Wie soll eine Umweltpolitik aussehen, die den heutigen Erkenntnissen aus der Ökologie, den Gesellschaftswissenschaften und der Ökonomie gerecht wird? Dieser Frage gehen die Autoren Friedrich Hinterberger, Fred Luks und Markus Stewen in ihrem Buch „ökologische Wirtschaftspolitik zwischen Ökodiktatur und Umweltkatastrophe“ nach. Dabei muß das doppelte Komplexitätsproblem berücksichtigt werden, daß zum einen in Bezug auf die Natur erhebliche Wissenslücken und unerforschte Interdependenzen zwischen verschiedenen Prozessen und Eingriffen und allgemein das Vorsichtsprinzip zu beachten sind, zum anderen die Strukturen und Anforderungen sozioökonomischer Systeme (Verhalten, wirtschaftliche Stabilität, Wettbewerb, Institutionen, ...) zwingend berücksichtigt werden müssen. Dieser Problematik wird nach Ansicht der Autoren nur das ökologische Konzept der Dematerialisierung oder Entstofflichung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems gerecht, also auf allen Stufen von Produktion, Distribution und Konsum den Umfang der dabei in Gang gesetzten Stoffströme zu minimieren.

#### Dematerialisierung der Ökonomie als Ziel

Als Instrument für die Bemessung der Natureingriffe und der Zuordnung zu einem bestimmten Typ von Dienstleistung (z.B. Durstlöcher, Mobilität, etc.) dient das Konzept MIPS, *Material-Input pro Serviceeinheit* mit der Einheit t/S (Serviceeinheit). Über die Analyse und Aggregation der Stoffströme, die unserem Wirtschaftsprozeß zugrunde liegen, können diese Ströme in Form eines Summenfaktors (MIPSwert) den einzelnen Produkten zugeordnet werden, sei es Orangensaft oder Goldring, Kühlung oder Transport, vom ersten Spatenstich, der für die Samen eines Orangenbaums gesetzt wird (Wiege), bis zum Regal im Supermarkt (Bahre).

Da es sich bei den Autoren um Ökonomen handelt, nehmen bei der Suche nach neuen Wegen die ökonomischen Ansätze naturgemäß den größten Raum ein. So reicht das Spektrum bestehender Betrachtungen von Eucken, Coase, Pigou bis zu der Neuen Politischen Ökonomie und weiter über Pearce, Daly bis hin zur Ökologischen Ökonomie, um nur einige Anhaltspunkte zu nennen. Aber auch die Sozialwissenschaften, und da seien stellvertretend nur Ulrich Beck und Niklas Luhmann genannt, werden nach Lösungsansätzen für die ökologische Problembewältigung durchsucht.

Das Besondere an dem Buch liegt darin, daß es sich nach Darstellung der Autoren an die Leserinnen und Leser wendet, „die normalerweise weder in Fachjournalen wie *American Economic Review* oder *Ecological Economics* blättern, noch umweltökonomische Lehrbücher zur Hand nehmen.“ (S. 151f.)

Ökologische Wirtschaftspolitik „im Sinne einer Dematerialisierung unter den Bedingungen einer demokratischen Marktwirtschaft“ (S. 240) hat als Ausgangspunkt das Leitbild des ökologischen Ordnungsrahmens, der ökologische Leitplanken. Aus dem Wissen um die Probleme der Steuerbarkeit sozioökonomischer Prozesse und der Komplexität natürlicher Systeme propagiert man eine

# Ökologische oder klassische Wirtschaftspolitik?

von Isabel da Silva Matos\*

Umweltpolitik, die einen ökologischen Strukturwandel anstößt, statt ihn zu planen (vgl. S. 262).

Die Aufgabe des Staates liege in der Festlegung des ökologischen Ordnungsrahmens. Die Menschen tragen und akzeptieren eine solche Richtungsentscheidung aber nur, wenn es für die Mehrheit nachvollziehbar ist (Information und Aufklärung) und der einzelne Mensch sich damit identifizieren kann (Wertewandel, Verantwortung für die Umwelt). Durch diese staatliche Rahmensetzung bleiben Innovation (Standortfaktor) und Freiräume gewährleistet.

Bei dem Thema Dematerialisierung in Verbindung mit dem neuen Unternehmensleitbild steht die Entwicklung umweltfreundlicher Produkte und deren Herstellung im Mittelpunkt. Es wird deutlich gemacht, „daß das Streben nach Gewinn das Ziel unternehmerischer Aktivitäten ist und bleibt. Unternehmen werden nicht gegründet, um die Umwelt zu schützen, genauso, wie es nicht zu ihren Aufgaben zählt, zur Sicherung des Weltfriedens beizutragen. Unternehmer unternehmen etwas, um Gewinne zu erwirtschaften. Diese Funktion ist auch weitgehend akzeptiert.“ (S. 251)

#### Schwächen bei den Lösungsmustern

Der logisch richtigen und inhaltlich spannend aufgebauten Begründung für den ökologischen Wandel, folgt eine schwache Präsentation, was die Lösungsmuster für das Ziel der Dematerialisierung betrifft. Allein der Hinweis, daß die Mittel dazu solange keine Rolle spielen, wie sich der gesamte Prozeß der ökologischen Wirtschaftspolitik in der Marktwirtschaft abspiele, erscheint etwas zu einfach, insbesondere angesichts der dargestellten Komplexitäten. Die Autoren erklären aber auch an einigen Stellen, daß sie sich vom „Schumpeterschen dynamischen Unternehmer“ viel versprechen und ihm deshalb auch möglichst viele Freiheiten einräumen möchten. Entscheidend sei, daß „*unternehmerische Handlungsfreiheit gewährleistet*“ wird und „*neue ökonomische Freiräume*“ für Investitionen und Innovation geschaffen werden (S.297).

Auch wird von Umverteilung gesprochen, aber außer dem Hinweis auf ein Grundeinkommen, das hier als (pro-

Das Buch setzt an der richtigen Stelle an, indem der Gedanke der Ökologisierung am Wirtschaften an sich angesetzt wird. Die Lösungsvorschläge orientieren sich aber zu sehr an klassischer Wirtschaftspolitik.

\* Isabel da Silva Matos, Diplom-Ökonomin, arbeitet für die lokale Agenda 21 Dresden

blematische und umstrittene!) negative Einkommenssteuer definiert wird, hält man sich bedeckt. Der Instrumentenmix, wie er am Ende des Buches vorgestellt wird, bringt dann insoweit auch keine neuen Erkenntnisse, sondern kombiniert nur Altbekanntes zu einer Mixtur, die bekannt ist und bei deren Anwendung die Zielerreichung zu wünschen übrig läßt (siehe auch die Ergebnisse beim Öko-Audit).

Ökologische Wirtschaftspolitik braucht genauso wie wachstumsorientierte (d.h. herkömmliche und materialgebundene) Wirtschaftspolitik Akteure, Ziele, Handlungsfelder u.a.m. Das Ziel und die Grenzen der ökologischen Wirtschaftspolitik werden hier definiert, es wird auch dargestellt, wie soziale Abfederung angesichts der Unsicherheiten eines (ökologischen) Strukturwandels aussehen soll, nämlich über eine negative Einkommenssteuer. Außer dem Staat und den Unternehmern werden aber keine weiteren Akteure für einen solchen Prozeß genannt.

Gewerkschaften, Verbände, Belegschaften, Bürgerinitiativen, Vereine, alle diese wichtigen Akteure auf der politischen und wirtschaftspolitischen Bühne werden weder als mögliche Träger genannt, noch mit neuen Aufgaben bedacht. Wer sind die neuen Träger wirt-

schaftspolitischer Maßnahmen im Sinne der Ökologisierung der Wirtschaft? Welche Aufgaben haben welche Akteure?

Die Autoren setzen Signale, stellen Forderungen an die jetzige Wirtschaftspolitik, wie Abbau von Subventionen, die überwiegend ökologisch schädlich wirken, Produktion langlebiger Erzeugnisse, ökologische Steuerreform, eine Orientierung weg von der Produktionsgesellschaft hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft u.a.m. Kann das aber ausreichen, um im Jahr 2050 mit 10 bis 20 Prozent der heutigen Naturverbräuche auszukommen? Sicher sind es die ersten wichtigsten Schritte dorthin, aber ohne grundlegende, gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen bleibt das Ziel eine Utopie. Niemand weiß, was sich genau ändern, wie sich wirtschaftspolitische Steuerung auswirken wird, wie sich welche Parameter verändern und welche Konsequenzen diese wiederum auf die Zielerreichung schlußendlich haben werden. Aber eines erscheint sicher: es reicht nicht aus, der heutigen Gesellschafts- und Wirtschaftsform einfach nur ein neues Kleid/Leitplanken überzustülpen; dies kann nicht funktionieren.

### Grundlegende gesellschaftliche Veränderungen sind nötig!

Es geht um die Neuverteilung der Güter, der materiellen, pekuniären, natürlichen und der immateriellen. Die Verteilung der natürlichen Ressourcen wird im Buch angesprochen und es wird in Übereinstimmung mit vielen, die sich mit Nachhaltigkeit und Ökologischer Ökonomie beschäftigen, festgehalten, daß jedem Menschen die gleiche Menge an natürlichen Ressourcen innerhalb des dem Menschen zur Verfügung stehenden Umweltraumes zusteht. Anhand dieser theoretischen Zuordnung von Ressourcen kann nachvollzogen werden, wer weltweit zuviel und wer wenig verbraucht (Grundlage: Stoffströme). Wäre es nicht wichtig an diesem Punkt anzuknüpfen und zu fragen, wie kann diese normative Gleichverteilung praktisch gewährleistet werden, nämlich so, daß die Allokation der natürlichen Ressourcen effektiv im Sinne aller Menschen, die einen Anspruch darauf haben (heutige und zukünftige), genutzt werden? Was bedeutet dies im Zusammenhang mit einer nachhaltigen Produktion und nachhaltigen Unternehmen?

Von der heutigen Situation ausgehend bedeutet das Verfügen über Geld (Kapital) auch Verfügen über natürliche Ressourcen, was umgekehrt sicherlich nicht immer der Fall ist. Dies bedeutet aber auch, daß die gegenwärtige extrem ungleiche Verteilung und Macht über die Verwendung natürlicher Ressourcen Resultat der ungleichen weltweiten und gesellschaftlichen Vermögens- und Einkommensverteilung ist. Daran wird deutlich, wie grundlegend sich heutige gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen verändern müßten, wenn das Ziel globaler Nachhaltigkeit erreicht werden soll.

Das vorliegende Buch „Ökologische Wirtschaftspolitik“ setzt an der richtigen Stelle an, indem uns keine Neuauflage (klassischer) Umweltpolitik präsentiert wird, sondern der Gedanke der Ökologisierung am Wirtschaften an sich angesetzt wird. Die Lösungsvorschläge orientieren sich aber zu sehr an klassischer Wirtschaftspolitik, obwohl das Ziel, drastische Reduzierung der Stoffströme, kein klassisches Ziel von Wirtschaftspolitik ist. In diesem Sinne ist das vorliegende Buch als ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung zu werten, dem aber weitere folgen müssen.

spw

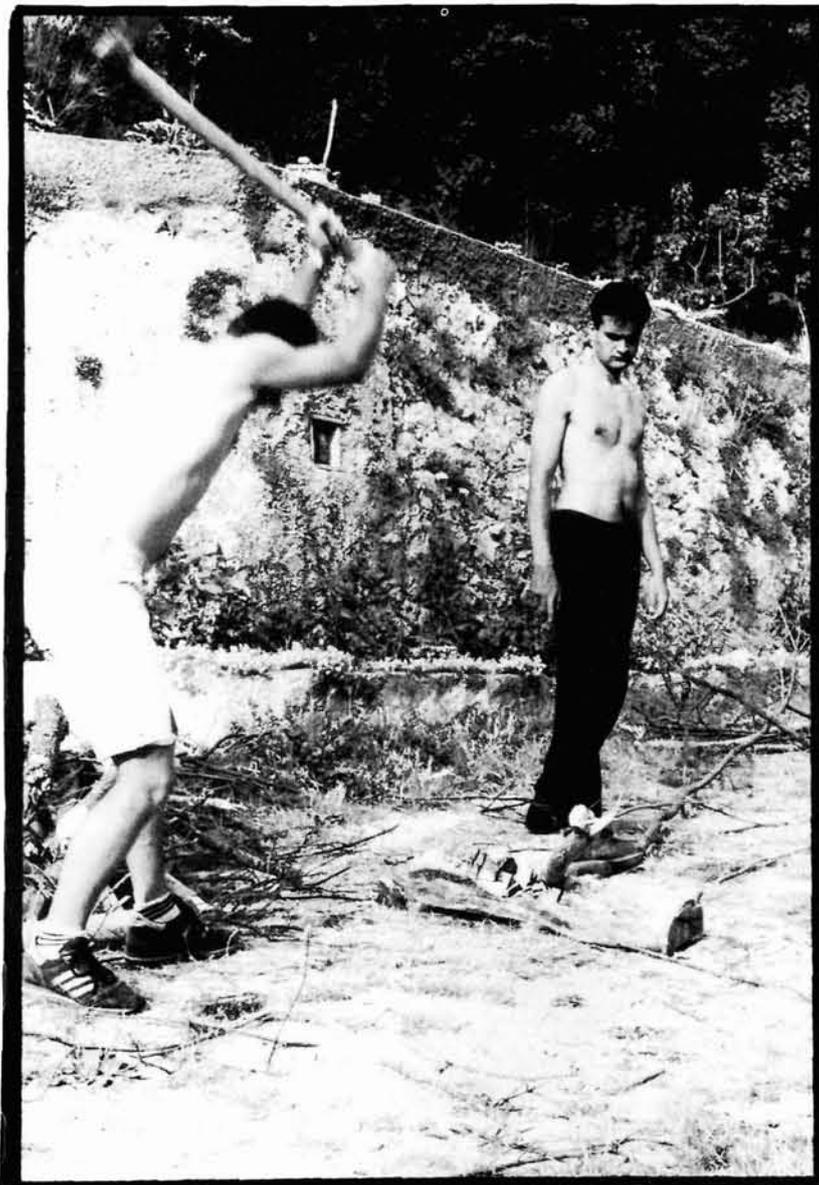


Foto: Stephan Hoppe, Köln

Die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Nord und Süd sind ein integraler Bestandteil der Auseinandersetzungen um sustainable development (zukunfts-fähige Entwicklung!). Die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung schreibt in ihrem Bericht (Brundtland-Bericht), der die weltweite Rezeption der Worthülse 'sustainable development' auslöste: Die Entwicklungsländer sollen sich „in einer Welt behaupten, in der die zwischen ihnen und der industriellen Welt klaffende Rohstofflücke immer grösser wird, in der die Industrieländer in den wichtigsten internationalen Gremien den Ton angeben und im übrigen bereits einen Grossteil des weltweit vorhandenen ökologischen Kapitals aufgezehrt haben. Das darin zum Ausdruck kommende Ungleichgewicht ist das Umwelt- und Entwicklungsproblem unseres Planeten schlechthin.“<sup>2</sup>

Der Brundtland-Bericht enthält jedoch keine überzeugende Analyse und kein widerspruchsfreies Programm, sondern ist ein wissenschaftliches und politisches Konsensdokument. Gerade dessen Unschärfe und Widersprüchlichkeit waren entscheidend für seinen Erfolg. Der Bericht besitzt den Charme eines Poesie-Albums: es finden sich unzählige gute Ratschläge jedwelter Provenienz. Es kann deshalb nicht von *einem* neuen hegemonialen Diskurs oder *einem* neuen Paradigma 'sustainable development' gesprochen werden, denn die Auseinandersetzung darüber, was nachhaltige Entwicklung bedeutet, womit also der Containerbegriff gefüllt werden soll, tobt mit unverminderter Heftigkeit. Dies gilt ganz besonders für die Notwendigkeit und den Stellenwert internationaler Reformen um eine global zukunfts-fähige Entwicklung zu erreichen.

In diesem Artikel wird zunächst eine umfassende Vorstellung von zukunfts-fähiger Entwicklung skizziert. Ein Überblick über die Reformdiskussion der letzten Jahrzehnte zeigt dann die Schwierigkeiten, mit denen ihre Umsetzung konfrontiert ist.

### Die Dreifaltigkeit der Zukunftsfähigkeit

#### 1. Umweltverträgliche Wachstums- und Armutsbekämpfungsstrategien im Süden

Die Überwindung der Armut ist zentraler Bestandteil der konsensualen Nachhaltigkeitsdefinition der Brundtland-Kommission. Zwei Aspekte sind hier besonders zu beachten: Zum einen bedeutet wirtschaftliches Wachstum, wie das jahrzehntelange Warten auf den „trickle down“-Effekt<sup>3</sup> gezeigt hat, nicht automatisch eine Verminderung der Armut, deshalb braucht es auch gezielte Armutsbekämpfung jenseits der Wachstumsbelebung. Zum anderen ist der Süden weniger denn je ein homogener Raum, weshalb von „Strategien“ im Plural gesprochen werden muss.

Eine erste grobe Grenze lässt sich zwischen denjenigen Ländern ziehen, die der *passiven* Weltmarktintegration unterworfen sind - die klassischen Rohstoffexporteure, die auf Gedeih und Verderb an einem oder wenigen Exportprodukten hängen - und den teilindustrialisierten Ländern, die eine *aktive* Weltmarktintegration anstreben können. Für reine Rohstoffexporteure ist ein teilweiser Rückzug vom Weltmarkt, die Konversion von Exportmonokulturen, Landreform und die Fokussierung auf die Deckung des Subsistenzbedarfs anzustreben.

Die teilindustrialisierten Länder sollten sich dagegen selektiv und behutsam dem Weltmarkt aussetzen. Die abgeschotteten Ökonomien haben nicht nur mangelhafte Produkte und deformierte politische Einflusststruktu-

# Neue Weltwirtschaftsordnung und zukunfts-fähige Entwicklung

von Andreas Missbach\*

ren „produziert“. Auch in ökologischer Hinsicht sind sie relativ - gemessen an der Belastung pro Einheit des Brutto-sozialproduktes - weit schlimmere Ressourcen- und Energieverschwender als die Industrieländer.<sup>4</sup>

Da jedoch in den teilindustrialisierten Ländern, selbst wenn sie nicht durch Schockliberalisierung deindustrialisiert werden, der moderne Sektor in absehbarer Zeit nicht die Integrationskraft entwickeln wird, die er in den Industrieländern zumindest bis 1973 hatte, sind auch in diesen Ländern aktive Massnahmen gegen die ländliche und urbane Armut nötig.

#### 2. Gesundheitskrumpfen und ökologischer Umbau der Industriegesellschaft im Norden

Die Ökonomien des Nordens müssen umgebaut werden. Dabei reichen „ökologische Modernisierung“ und Effizienzsteigerungen nicht aus - deren Auswirkungen werden im Ergebnis doch nur vom absoluten Wachstum aufgezehrt. Eine *strukturelle Ökologisierung* muss den Energie- und Rohstoffdurchsatz verringern und die globalen Senken entlasten, damit sie den vorübergehenden Anstieg von Emissionen aus dem Süden verkraften.

Die Forschungs-, Technologie- und Subventionspolitik muss radikal verändert werden, um mittelfristig einen Ausstieg aus den fossilen und nuklearen Brennstoffen zu ermöglichen.

Nur so kann der Norden ein nachhaltiges Beispiel für die nachholende Entwicklung des Südens abgeben.

#### 3. Reform der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Strukturen

Weder die Veränderungen im Süden noch diejenigen im Norden sind unter den gegebenen Strukturen der Weltwirtschaft möglich. Der Sachzwang zum Raubbau im Süden muss durch eine umfassende Entschuldung gemindert werden. Die Produkte des Südens müssen vor ruinösen Mengen-Preis-Spiralen geschützt werden und Mechanismen gegen Rohstoffpreisdumping auf Kosten der Umwelt entwickelt werden. Ohne grosszügige, aber dennoch gebundene finanzielle Unterstützung aus dem Norden können die „ausgepowerten“ Länder des Südens keine Re-

Weder die Veränderungen im Süden noch diejenigen im Norden sind unter den gegebenen Strukturen der Weltwirtschaft möglich.

\* Andreas Missbach ist Historiker und Soziologe. Er promoviert am Soziologischen Institut der Universität Zürich zum Thema: „Das Klima zwischen Nord- und Süd-Konflikt und Kooperation in der Weltgesellschaft.“ Das Forschungsprojekt wird vom Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung unterstützt.

formen durchführen. Dabei sollten die Fehler der Entwicklungshilfe, die megalomane Projekte lancierte und Exportförderung betrieb, nicht wiederholt werden.

Ökoklauseln im Welthandel sollten sicherstellen, dass Pioniere nicht bestraft werden und der „Weltmarktdruck“ die nationalen Umweltpolitiken nicht nach unten nivelliert, ohne dass solche Klauseln protektionistisch missbraucht werden können.

In einer Situation, wo der Umsatz einiger Multis ein Vielfaches des Bruttosozialproduktes der meisten Staaten der Welt beträgt und ein grosser Teil des Welthandels innerhalb von Konzernstrukturen stattfindet, reichen zwischenstaatliche Regelungen nicht aus, sondern es müssen auch Regulationsformen für die Aktivität multinationaler Konzerne gefunden werden.

Von herausragender Bedeutung wäre ein umfassendes Transferregime für Know-How und Umwelttechnologie. Nur so könnte sichergestellt werden, dass sich entwickelnde und industrialisierende Länder des Südens frühzeitig auf umweltverträglichere Technologien und erneuerbare Energien setzen können. Der umfassende Patentschutz und die private Verfügungsgewalt über überlebenswichtiges Wissen kann dabei nicht sakrosankt bleiben.

Soll verhindert werden, dass die privilegierte Minderheit des Planeten ihre ökonomische Überlegenheit zum dauerhaften Ausschluss von Lebenschancen der Mehrheit missbraucht, so muss der Süden grösseren Einfluss

auf die weltpolitischen Entscheidungsprozesse erhalten. Dieser darf jedoch nicht auf die Regierungen beschränkt bleiben, die oft genug nur die privilegierte Minderheit des eigenen Landes vertreten. Institutionelle Innovationen

sollten Basisbewegungen und Bürgerorganisationen jenseits der fragwürdigen Vertretung durch „NGO-Paralldiplomaten“ den direkten Zugang zur internationalen Politik öffnen.

#### **Der Nord-Süd-Konflikt um eine Neue Weltwirtschaftsordnung**

Akzeptiert man das skizzierte Programm als groben Wegweiser für die Richtung der notwendigen (und Notwendenden) Reformen, so zeigt sich, dass bereits Konflikte um zukunftsfähige Entwicklung existierten, lange bevor es den Begriff „sustainable development“ gab. Zwar spielten Umweltthemen in den Reformdiskussionen der siebziger Jahre keine Rolle, dafür stand die Neuordnung der Weltwirtschaft auf der internationalen Agenda, ohne die eine substantielle Strategie für nachhaltige Entwicklung nicht zu verwirklichen ist.

Am 1. Mai 1974 wurde mit viel Sinn für Symbolik die UNO-Deklaration über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung verabschiedet. Für sieben Jahre dominierten danach die Forderungen des Südens die Politik der Vereinten Nationen.

Einige der Fragen, die damals in offiziellen Foren diskutiert wurden, würde man in den Neunzigern allenfalls noch in den Publikationen weltfremder NGOs vermuten. So diskutierte man ein umfassendes Programm für die Stabilisierung der Rohstoffpreise und deren Bindung an die Preise für Industriegüter, die Verknüpfung der Sonderziehungsrechte des Währungsfonds mit den Bedürfnissen der Entwicklungsfinanzierung, oder die straffe

Kontrolle von transnationalen Konzernen zum Nutzen des Gastlandes. Viele alte Forderungen des Südens erweckten nun zum ersten Mal wirklich Aufmerksamkeit, wie verbindliche Hilfszusagen (zeitweise wurde 1% des Bruttosozialproduktes des Nordens gefordert), Technologietransfer, verbesserter Zugang zu den Kapitalmärkten und Entschuldung.

Neben wirtschaftlichen Anliegen wurde auf Demokratisierung des UNO-Systems und vor allem der Bretton-Woods-Institutionen gedrängt. Am weitesten gingen vielleicht die Verhandlungen der Seerechtskonvention, welche die Schaffung einer Meeresbodenbehörde beinhaltete, die die Manganknollen der Tiefsee abbauen und aus den Erlösen Entwicklungsfinanzierung betreiben sollte. Die Seerechtsverhandlungen euphorisierten ganze Generationen von Völkerrechtlern. Sie hofften, es gelänge, die Staatengesellschaft als Solidargemeinschaft zu konstituieren und sahen im Meeresbodenregime nur die Vorstufe zu neuen Mechanismen für eine kontinuierliche Umverteilung zugunsten des Südens.

Dass in den siebziger Jahren die Forderungen des Südens ernsthaft diskutiert wurden, war nicht der Einsicht des Nordens zu verdanken, sondern der Einigkeit des Südens und der Ölwanne. Die radikaleren OPEC-Mitglieder unter der Führung Algeriens setzten nach der Vervielfachung des Ölpreises Ende 1973 durch, dass mit dem Norden nur dann über den Ölpreis verhandelt würde, wenn dieser gleichzeitig bereit sei, über alle Themen des Südens zu sprechen.

Die darauffolgenden Verhandlungsjahre führten jedoch in keinem einzigen entscheidenden Punkt zu Fortschritten. Die Industrieländer und vor allem die USA spielten auf Zeit. Ihr Verhandlungsziel war Schadensbegrenzung. Die Position der USA verhärtete sich, als mit Reagan ein Präsident mit dem Willen zur Konfrontation an die Macht kam. Der Nord-Süd-Konflikt wurde nun in Analogie zum Ost-West-Konflikt gesehen, und die neue Strategie hiess Zurückweisung. Ein Gipfeltreffen in Cancun 1981, zu dessen Teilnahme Reagan gerade noch überredet werden konnte, bedeutete das Ende der Nord-Süd-Verhandlungen. Im darauffolgenden Jahr lehnten die USA die Seerechtskonvention nach neun Jahren Verhandlungen ab.

Die USA machten keinen Hehl aus ihrer Feindseligkeit gegenüber den Vereinten Nationen. Verhandlungen und Entscheide sollten von der Generalversammlung wieder zurück zu den US-dominierten Spezialorganisationen geholt werden. Entscheidend für die erfolgreiche „Säuberung“ der weltpolitischen Agenda war die schwere Wirtschaftskrise, die den Süden Anfang der achtziger Jahre traf. Reagan selbst hatte in einer Rede in Cancun darauf hingewiesen, dass jedes Prozent Zinssenkung durch niedrigere Inflationsraten in den USA die Zahlungsbilanz der Entwicklungsländer um eine Milliarde Dollar entlasten würde. Tatsächlich bewirkten seine „Voodoo Economics“ einen dramatischen Zinsanstieg und lösten damit die Verschuldungskrise des Südens aus.<sup>5</sup>

Die Verschuldungskrise hat wesentlich dazu beigetragen, den Süden als kollektiven Akteur auszuschalten. Im Notstands- und Krisenmanagement versuchten alle, sich mit dem Norden so gut wie möglich zu arrangieren. Die Bretton-Woods Institutionen, Währungsfonds und Weltbank, wurden durch ihre Rolle im Schuldenmanagement zu dem unbestrittenen Ort der internationalen Wirtschaftspolitik, den ihnen die Industrieländer zugedacht hatten.

Dass in den siebziger Jahren die Forderungen des Südens ernsthaft diskutiert wurden, war nicht der Einsicht des Nordens zu verdanken, sondern der Einigkeit des Südens und der Ölwanne.

### Die Nachhaltigkeitsdebatte als Rückzugsgebiet des Südens

Schaut man sich an, was sich in den Foren des Nord-Süd-Konflikts tat, als „nachhaltige Entwicklung“ die UNO-Politik zu besetzen begann, offenbart sich das Ausmass der Niederlage des Südens. 1987, als der Brundtland-Bericht weltweit verbreitet wurde, schickten die USA eine Delegation an die UNCTAD VII<sup>6</sup>, die von einem so niederen Beamten geleitet wurde, dass der sich selbst als eine wandelnde Beleidigung der UNCTAD bezeichnete. Die Neue Weltwirtschaftsordnung verschwand von ihrer Agenda, dafür hiess es im Schlussdokument, dass jedes Land für seine Entwicklung selbst verantwortlich sei. 1992, im Jahr der Rio-Konferenz, akzeptierte UNCTAD VIII, einst stolze Bastion der radikalsten 3. Welt-Position, einen Passus der Resolution, wonach marktorientierte Wirtschaftspolitik die Grundlage für Entwicklung bilde.

Der Brundtland-Bericht konnte natürlich von dieser weltpolitischen Klimaveränderung nicht unbeeinflusst bleiben, dennoch wird positiv auf die siebziger Jahre Bezug genommen: „Die Entwicklungsländer haben über viele Jahre grundsätzlich die internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu verändern versucht, um sie gerechter zu machen, insbesondere in Hinsicht auf den Finanzfluss, den Handel, zwischenstaatliche Investitionen und den Technologietransfer. Ihre Argumente müssen neu überdacht werden, um den ökologischen Dimensionen Rechnung zu tragen, die bisher häufig übersehen wurden.“<sup>7</sup> Aber gleichzeitig wird der Rahmen beschränkt: „Da es kein globales Management von Wirtschaft oder Umwelt gibt, muss die Aufmerksamkeit aus praktischen Gründen auf die Verbesserung von Regelungen in Bereichen gerichtet werden, in welchen das Ausmass an Zusammenarbeit bereits umrissen ist: Entwicklungshilfe, Handel, zwischenstaatliche Gesellschaften<sup>8</sup> und Technologietransfer.“<sup>9</sup> In diesen Feldern werden die alten Forderungen aufgenommen und - durch ökologische Begründungen ergänzt - neu in die Diskussion gebracht.

Der Erfolg des Brundtland-Berichtes und des Begriffs „sustainable development“ als neuer Leitplanke der Vereinten Nationen ist auch in der Schwäche des Südens begründet. Der Bericht wurde vom Süden deshalb so dankbar aufgenommen, weil er selbst nicht mehr in der Lage war, seine wirtschaftlichen Anliegen eigenständig auf die Agenda der Vereinten Nationen zu setzen. Der Süden als kollektiver Akteur war passé, ein der Ölwanne vergleichbares Druckmittel nicht in Sicht, und ausserdem hatten die Seerechtsverhandlungen gezeigt, dass sich die USA nicht scheuen, auch nach jahrelangen Verhandlungen Kompromisse abzulehnen, die ihren Interessen zuwiderlaufen. Die optimistische Hoffnung, über ein Entwicklungsvölkerrecht die Weltgesellschaft zu zivilisieren und den Norden zu verbindlichem Handeln zu bringen, blieb unerfüllt. Nach 1989 wurde noch deutlicher als zuvor klar, dass die verbliebene Supermacht „Recht und Ordnung“ auf der Welt bestimmt.

Im frostig gewordenen Klima der achtziger und neunziger Jahre versuchte der Süden, in den Verhandlungen um eine globale Umweltpolitik alte Forderungen in abgeschwächter Form zu verwirklichen. Er hoffte, dabei beim Norden auf mehr Kompromissbereitschaft zu stossen, nachdem allgemein anerkannt wurde, dass die globalen Umweltprobleme nicht von der Entwicklungskrise getrennt gelöst werden können.

So ist es nicht weiter erstaunlich, dass die offiziellen Verhandlungen rund um die UNCED Konferenz von den

alten Konflikten dominiert wurden. Seit die Medienkarawane weitergezogen ist und das Interesse an globaler Umweltpolitik zurückgegangen ist, haben die Konflikte in den Foren, in denen in mühsamer Kleinarbeit versucht wird, das in Rio Erreichte zu konkretisieren und auszubauen, noch zugenommen. Anders als viele Beobachter erwartet hatten, gelang es dem Süden nicht, dem Norden über die Sorge um die globale Umwelt bedeutende Zugeständnisse abzupressen.

Die mageren Ergebnisse der globalen Umweltpolitik stimmen nicht gerade optimistisch, wenn man sich vor Augen hält, dass die eingangs skizzierten Reformen auch in den „harten“ Institutionen WTO (Umwelt- und Sozialklauseln), IWF (Entschuldung), Weltbank (zukunfts-fähige Kreditvergabe und Armutsbekämpfung) umgesetzt werden müssten.

spw

- 1 Es kursieren andere deutsche Übersetzungen für „sustainable“ - dauerhaft, nachhaltig, aufrechtzuerhalten, (Langenscheidts Enzyklopädisches Wörterbuch 1983: sustainable: Haltbar, aufrechtzuerhalten).
- 2 Hauff, Volker (Hg.): Unsere gemeinsame Zukunft, Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven 1987, S. 6.
- 3 Die Anhänger des Theorems des „Durchsickereffektes“ gehen davon aus, dass es in einem Entwicklungsland ausreicht, wirtschaftliches Wachstum zu stimulieren, da dessen Auswirkungen mit zeitlicher Verzögerung auch die ärmsten Schichten begünstige.
- 4 Pro Einheit des Bruttoinlandsproduktes war die Umweltbelastung in Brasilien zu Beginn der neunziger Jahre 24 mal so hoch wie in Japan und immer noch 9,6 mal so hoch wie in den USA. Marmora, Leopoldo: Ökologie als Leitbild der Nord-Süd-Beziehungen: Club of Rome - Brundtlandkommission - „Erdpolitik“, in: Peripherie, Nr. 39/40, 1990, S. 116.
- 5 Die strukturellen Ursachen der Verschuldungskrise können hier nicht besprochen werden. Siehe z. B. Schubert, Alexander: Die internationale Verschuldung, Frankfurt 1985.
- 6 United Nations Conference on Trade and Development, das vom Süden bevorzugte Forum für Handelsfragen.
- 7 Hauff, Volker (Hg.): Unsere gemeinsame Zukunft, Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven 1987, S. 78.
- 8 Die missratene Uebersetzung von transnational corporations.
- 9 Hauff, Volker (Hg.): Unsere gemeinsame Zukunft, Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven 1987, S. 79.

Der Erfolg des Brundtland-Berichtes und des Begriffs „sustainable development“ als neuer Leitplanke der Vereinten Nationen ist auch in der Schwäche des Südens begründet.

# Das Projekt „Lokale Agenda Köpenick“

Realer Politikansatz oder lautstarke Inszenierung?

von Bernd Menning\*

Verschiedentlich wird das Ziel einer nachhaltigen Stadtentwicklung, wie es in der Agenda 21 (Rio 1992) formuliert und von der Weltsiedlungskonferenz Habitat II (Istanbul 1996) konkretisiert wurde, tatsächlich so ernst genommen, wie es gemeint ist. „Sustainability“ in der Lesart von Rio bedeutet neben ökologischer Nachhaltigkeit auch soziale Gerechtigkeit, ökonomische Effizienz und weltweite Partnerschaft. Zu den Kommunen und Gebietskörperschaften, in denen eine Bürgerbewegung entstanden ist, die auf diesen Nachhaltigkeitskriterien ein Projekt

Wenn es gelingt, eine möglichst breite und repräsentative Teilhabe herzustellen, steigt die Chance, daß das erarbeitete Entwicklungsleitbild auch für die politische Entscheidung im Alltag als verbindlich angesehen wird.

aufbaut, gehört auch der Berliner Bezirk Köpenick. Die Akteure unternehmen den Versuch, im Rahmen eines umfassenden gesellschaftlichen Willensbildungsprozesses über Handlungsfelder und Leitlinien, den Vergleich von Istständen und Qualitäts-

zielen sowie die Festlegung und Umsetzung erforderlicher Maßnahmen zur Erarbeitung eines konsensualen lokalen Handlungsprogrammes zu gelangen.<sup>1</sup>

Diese Zielstellung entspricht zwar den Forderungen der Agenda 21, erscheint aber angesichts der realen gesellschaftlichen Verhältnisse, der politischen Rahmenbedingungen, wirtschaftlichen und finanziellen Zwänge nahezu utopisch. Dennoch dokumentiert der seit September d.J. vorliegende erste Arbeitsentwurf für eine „Lokale Agenda 21 (LA 21) Köpenick“ die Entschlossenheit der Projektbeteiligten, zur Erarbeitung und einvernehmlichen Umsetzung eines langfristigen kommunalen Aktionsprogramms zu gelangen.

Um die Notwendigkeit eines solchen Programms - abgesehen von der durch die internationale Gemeinschaft global definierten Dringlichkeit - für das im Berliner Süd-Ost-Raum gelegene Köpenick darzulegen, muß kurz auf einige Spezifika des Bezirks eingegangen werden.

## Soziales vor Ökologie

I. Es ist zu konstatieren, daß nicht etwa ökologische Zielstellungen, sondern die Lösung der Probleme im Sozialbereich (Arbeiten, Wohnen, innere Sicherheit) im Vordergrund stehen. Der „Aufschwung Ost“ ist bisher an der Köpenicker Wirtschaft vorbeigegangen. Von ehemals 25.000 Industriebeschäftigten sind gerade noch 5.000 erhalten geblieben. Handels- und Handwerksbetriebe kämpfen um das nackte Überleben. Trotz der hohen Migrationsrate liegt die Arbeitslosenquote z.Z. bei nahezu 15% (davon 22% Langzeitarbeitslose) mit steigender Tendenz. 7% der Bevölkerung sind Sozialhilfeempfänger.

Die hohe Zahl von Rückführungsansprüchen auf Köpenicker Immobilien birgt im Zusammenhang mit exklusiven Wohnstandorten und der damit verbundenen Miet- und Grundstückspreisexplosion die Gefahr in sich, daß zunehmend mehr Köpenicker Bürger aus ihren angestammten Wohnungen oder sogar aus dem Bezirk verdrängt werden. Es machen sich sozialer Pessimismus, gesellschaftspolitischer Nihilismus und Zukunftsangst breit, „Tugenden“, die nicht gerade Kreativpotentiale für Zielstellungen nach der Jahrtausendwende freisetzen.

II. Geprägt von seiner dezentralen Ortsteilstruktur, seiner Gliederung in 75% Wald- und Wasserfläche sowie 25% Wohngebiete, Industrie, Gewerbe und Infrastruktur ist Köpenick der Bezirk Berlins mit der größten Ausdehnung. Daraus ergeben sich eine Reihe von Funktionen, die er für den gesamten städtischen Ballungsraum wahrnimmt: Naherholung, Belüftung, Frischwasserversorgung, bevorzugte Wohnlage und Transitraum zwischen Zentrum und östlichem Brandenburg. Wald- und Wohnflächen bilden ein Mosaik, gleichzeitig bestehen gesicherte Industrieblöcke. Aus seinem Landschaftscharakter ergibt sich das Image Köpenicks als „Grüne Adresse Berlins“.

III. Ökologische Problemstellungen, die eines zukunftsfähigen Konzeptes, mitunter jedoch auch einer dringenden Lösung bedürfen, betreffen u.a. 300 Altlastenverdachtsflächen und eine stets hohe Zahl illegaler Abfallablagerungen (die u.a. mit der Randlage in der Metropole Berlin zusammenhängen).

Besonders schwerwiegende Probleme resultieren aus der starken Überlastung der Altstadt durch den Straßenverkehr und die mit dem Ausflugs- und Freizeitverkehr verbundene umweltunverträgliche Befahrung der Köpenicker Forsten, Uferbereiche und damit auch der Trinkwasserschutzzonen durch den motorisierten Individualverkehr und der Gewässer durch den Sportbootverkehr. Hiermit sind kontrovers diskutierte Projekte der Verkehrswegeplanung durch die zuständige Senatsverwaltung verbunden.

Ein äußerst umstrittenes Projekt stellt der beabsichtigte Ausbau des Flughafens Schönefeld zum Hauptstadtflughafen dar, dessen Anflug über Köpenicker Ortsteile mit bisher beträchtlichem Ausflugsverkehr führt.

## Leitbilder als Arbeitsergebnis vieler Akteure

Diesen relevanten Problemfeldern widmet sich der erste Arbeitsentwurf, der vom Bezirksamt vorgelegt wurde. Auf der Grundlage thematischer Standpunkte aller Akteure der drei Aktionsbereiche (Bezirksamt, öffentliches Forum „Umwelt und Entwicklung“, ökumenisches Forum) wurden in ca. 80 Thesen „Leitbilder für eine nachhaltige Entwicklung“ Köpenicks formuliert.

So ist im Rahmen der Wirtschaftsförderung u.a. vorgesehen, zwei Gründerzentren und eine Entwicklungs-

\* Bernd Menning arbeitet in der Projektgruppe „Lokale Agenda 21“ beim Bezirksamt Köpenick von Berlin

gesellschaft zu schaffen, Industriebrachen anzubieten und Gewerbeflächen zu sichern. Der Ausbau der touristischen Infrastruktur soll so erfolgen, daß Gebiete Köpenicks zum wichtigsten Naherholungsbereich im Berliner Raum werden.

Hinsichtlich einer Reduzierung von *Stoff- und Energieströmen* sollen u.a. ab 2005 der Braunkohleeinsatz in Kleinf Feuerungsanlagen wegfallen und die zu entsorgenden Abfallmengen bis um 50% reduziert werden, wobei das Bezirksamt den Wertstoffinseln auf öffentlichem Straßenland keine Perspektive einräumt. Im kommunalen Bereich will man bis 1999 den Energieverbrauch um mind. 15% senken, Projekte mit regenerativen Energiequellen fördern und im Köpenicker Wald- und Seengebiet ein Fahrverbot für Kraftfahrzeuge und Sportboote mit Verbrennungsmotor durchsetzen.

Eine *neue Mobilität* soll sich durch einen (überregionalen) Ausbau des ÖPNV zur Erreichbarkeit der Naherholungsgebiete, aber auch durch die beschleunigte Schaffung eines bequemen und sicheren Radwegenetzes entwickeln. Vorgesehen ist auch das Angebot von Batterie-fahrzeugen und Solarbooten zur Ausleihe für das Befahren der Schutzgebiete.

Zur Minderung des *Flächenverbrauchs* geht man von einer Stadtentwicklung aus, die geprägt ist von Bestandssicherung und einem Stadtneubau, der ausschließlich auf recycelten Flächen und durch Verdichtung zu erfolgen hat. Mit dem Leitbild „Wohnen, Arbeiten und Freizeit auf engem Raum“ orientiert man sich an einem Zustand, der bereits früher für das Leben in Köpenick typisch war. Vorhandene Gewerbeflächen sollen saniert und den mittelständischen Betrieben angeboten werden. Der Wohnungsbau gilt als zentrale Zielstellung für die bezirkliche Entwicklung. Ehemals militärisch genutzte Flächen will man schnell von Abfällen be-räumen, entsiegeln und ökologisch verträglich umwidmen.

„Keine Straße ohne Straßenbäume!“ sowie die Schaffung von Biotopverbunden und die Ausweisung von Ruhezonen sind Imperative des *Naturschutz- und Grünflächenbereiches*.

Damit Köpenick eine *kinder-, jugend- und familienfreundliche*, ebenso wie eine *alters- und behindertengerechte Stadt* wird, muß als eine der wichtigsten Voraussetzungen ausreichend sozialer Wohnungsraum zur Verfügung gestellt werden. In diesem Sinne soll der Bezirk für alle seine Bewohner und Gäste ein lebenswerter Ort ohne Ausgrenzung und Diskriminierung werden. Hierfür muß in allen Ortsteilen die UnterAusstattung mit sozialer Infrastruktur überwunden werden, eine Zielstellung, die mit einer hohen Priorität versehen wird.

Der Bezirk sieht schließlich den Aufbau von *Nord-Süd und West-Ost Partnerschaften* - einschließlich eines Transfers von Technologie und know how durch Köpenicker Firmen - als wichtige kommunalpolitische Aufgabe an.

### Probleme mit der Verbindlichkeit

Die Zielsetzungen des ersten LA 21-Entwurfes reflektieren ein wenig den schönen Traum vom nachhaltig-idealen Gemeinwesen. Seine Diskussion, die gerade parallel in Verwaltung und Öffentlichkeit begonnen hat, wird sich jedoch auch an seiner Machbarkeit orientieren müssen. Vor allem die kürzlich beschlossenen pauschalen Kürzungen in Wissenschaft, Kultur und im Sozialssektor werfen schwere Schatten auf den Entwurf und erfordern eine deutliche Prioritätensetzung.

Zur Festlegung einvernehmlicher Entwicklungsziele sind sowohl Abstimmungsrunden zwischen den zuständigen Behörden sowie mit den Verwaltungen der umliegenden Brandenburgischen Gemeinden, als auch in und mit der Öffentlichkeit erforderlich. Zunächst einmal steht Einverständnis darüber, daß jeder Aktionsbereich auf der Grundlage des Entwurfes parallel sein eigenes Konsultationspapier erarbeitet. Für diskursive Auseinandersetzungen im Rahmen des öffentlichen Konsultationsprozesses mit dem Ziel einer Konsensfindung bietet das Köpenicker „Forum Umwelt und Entwicklung“, in dem sich das gesamte Spektrum der beteiligten Akteure zusammenfinden kann, einen geeigneten Rahmen. Wenn es gelingt, hierfür eine möglichst breite und repräsentative Teilhabe herzustellen (was noch nicht der Fall ist), „steigt zumindest die Chance, daß das erarbeitete Entwicklungsleitbild auch für die politische Entscheidung im Alltag als verbindlich angesehen wird“<sup>2</sup>.

### Mehr Hindernisse als Erfolgsfaktoren

Zu den *Erfolgsfaktoren* für einen optimalen LA 21-Prozeß in Köpenick gehören die Schaffung fester Arbeitsstrukturen sowohl im kommunalen, als auch im öffentlichen Bereich, in denen engagierte VerwaltungsmitarbeiterInnen als „der Hauptantriebsfaktor für die Entwicklung der Lokalen Agenda 21“<sup>3</sup> und BürgerInnen zum großen Teil zusätzlich bzw. ehrenamtlich mitwirken, aber auch eine übergreifende Projektkooperation zwischen den einzelnen Aktionsbereichen. Die Ansätze für eine breite *Bürgerbeteiligung* liegen in der Bildung von themenspezifischen Arbeitsgruppen des öffentlichen Forums zur Bündelung der Sachkompetenz aller Akteure, in der Durchführung von Aktionen für eine zielgruppenspezifische und bürgernahe Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Jugend-Umweltaktionen, themenbezogene Weiterbildung für Lehrer, Köpenicker LA 21-Info-Journal) und in ortsteilspezifischen Veranstaltungen (u.a. zu stadtplanerischen Vorstellungen). Sie gründen sich aber ebenso auf eine repräsentative Bürgerbefragung zu den Problemstellungen einer lokalen und globalen zukunftsfähigen Entwicklung.<sup>4</sup>

Indes ist die Liste der *hemmenden Faktoren* weitaus umfangreicher. Das Fehlen jeglicher Rechtsgrundlagen zur Umsetzung der Agenda 21 ist hierbei das zentrale Problem, das bis in die erforderliche ämterübergreifende Verwaltungszusammenarbeit und die Motivierung der Mitarbeiter für Aufgaben über das jeweilige Verwaltungshandeln hinaus seine hemmende Wirkung entfaltet. Weitere Probleme entstehen aus der Unzufriedenheit mit dem Umfang und der Vergabepaxis projektbezogener öffentlicher Mittel, die (bisher) nicht im Rahmen einer Abstimmung zwischen allen relevanten Akteuren erfolgte.

Inhaltliche Hemmnisse bestehen in Interessenkonflikten über und zwischen ökologische(n), soziale(n) und wirtschaftliche(n) Zielsetzungen. Ein prägnantes Beispiel hierfür bietet der geplante Großflughafen Berlin-Brandenburg International, hinsichtlich dessen Akzeptanz sich sogar in Köpenick die Geister scheiden.

In der Zusammenarbeit zwischen den Aktionsbereichen des Projekts ergeben sich Störpotentiale daraus, daß auf der Grundlage der Arbeitsförderung finanzierte

Vor allem die kürzlich beschlossenen pauschalen Kürzungen in Wissenschaft, Kultur und im Sozialssektor werfen schwere Schatten auf den Entwurf und erfordern eine deutliche Prioritätensetzung.

Erfahrungsträger ausscheiden und entsprechend der Zuweisungsregelung der Bundesanstalt für Arbeit ersetzt werden müssen. Auch daher tut sich eine Kluft zwischen bezahlter und ehrenamtlicher Arbeit auf. Es besteht zudem die Praxis, zu anderen Akteuren einen gewissen Abstand beizubehalten, weil man das Abschöpfen von Daten und Arbeitsergebnissen (zu kommerziellen Zwecken) befürchtet. Zwangsläufig ergeben sich somit starke Hemmnisse für eine Vernetzung der Aktionsbereiche untereinander. Mitunter treten auch bekannte subjektive Probleme, wie Profilierungssucht, sinnloser Aktionismus und Experten-Laien-Diskrepanzen zu Tage.

Im Zusammenhang mit der Fortsetzung der Arbeit am LA 21-Text, mit den Maßnahmen zu seiner Umsetzung und den hierfür erforderlichen Abstimmungsprozessen besteht z.Z. verhaltener Optimismus. Allerdings kann nicht ausgeschlossen werden, „daß aus Mangel an Konsensfähigkeit und/oder personellen Schwierigkeiten der LA 21-Prozeß in Köpenick abbricht“<sup>5</sup>.

#### **Ausdruck linker Kommunalpolitik**

Abschließend sollte noch eines erwähnt werden: Kommunalpolitik im Sinne der Agenda 21 ist auch *linke Kommunalpolitik*. Die von ihr gesteuerte Erarbeitung und Umsetzung von Leitbildern einer nachhaltigen Entwicklung drückt lokale und globale Zukunftsorientiertheit,

Solidarität und Internationalismus aus. Sie sieht ihre Bürger im Mittelpunkt, deren Wunsch nach menschenwürdigem Wohnen, Arbeiten und Erholen in der Stadt, nach einer präventiven Politik in Bezug auf die Heranwachsenden, die Gesundheit und innere Sicherheit. Die Interessen der Investoren nach Kapitalverwertung ordnet sie der Durchsetzung zukunftsbeständiger Produktions- und Konsumstrukturen unter. Mit der Erhaltung und Förderung städtischer Strukturen zur Verwirklichung nachhaltiger Lebensweisen hilft sie die Probleme unseres nichttragfähigen Wohlstandes zu lösen, die hier, aber auch im Süden und Osten zu bewältigen sind. Mit dem Engagement für die Überwindung dieses status quo beginnt die praktische Daseinsfürsorge für die kommenden Generationen.

spw

- 1 Lokale Agenda 21 - Ansätze und Erfahrungen in Deutschland, Seminar, Berlin-Köpenick, Oktober 1995, Hrsg.: Marz, Manfred/Zimmermann, Monika, Freiburg/Berlin 1996
- 2 Lokale Agenda 21 Köpenick, Arbeitsentwurf August 1996, Bezirksamt Köpenick von Berlin, Marz, Manfred/Menning, Bernd/Schönhoff, Magdalene/Welters, Ernst
- 3 The Lisboa Action Plan: from Charter to Action, Lissabon, Oktober 1996
- 4 Köpenick '95. Eine Bürgerbefragung des Bezirksamtes Köpenick, Menning, Sonja/Nowossadeck, Enno, Berlin, Oktober 1995
- 5 Lokale Agenda 21 Köpenick, Arbeitsentwurf August 1996, Bezirksamt Köpenick von Berlin, Marz, Manfred/Menning, Bernd/Schönhoff, Magdalene/Welters, Ernst



# Antiquariat

im Willy-Brandt-Haus

**An- und Verkauf aus unseren Spezialgebieten**

- Arbeiterbewegung
- Sozialistika
- Sozialpolitik
- Sozialkritische Literatur
- Zeitgeschichte

\* Bitte Katalog anfordern

Wilhelmstraße 140

10963 Berlin

Telefon 030. 252 99 163

030. 252 99 164

Telefax 030. 252 99 872

**WILLY-BRANDT-HAUS**

S pagat, Alzheimer oder Schizophrenie? Ist es eher olympia-reife Turn-Akrobatik, Politiker-Vergeßlichkeit nach dem Motto "Was schert mich mein Geschwätz von gestern?" oder virtuoses Balancieren auf verschiedenen Bewußtseinsebenen? Oder wie läßt es sich sonst erklären, daß bundesdeutsche Politiker in Sonntagsreden den weltweiten Umweltschutz beschwören und am Montag sich dran machen, mit immer neuen Beschleunigungsgesetzen Umweltstandards abzuschaffen?

In Enquete-Kommissionen, auf wissenschaftlichen Podien, aber auch im Gespräch mit vielen Politikerinnen und Politikern erzielt man heutzutage schnell weitgehende Übereinstimmung: Langfristig betrachtet ist unsere Art zu Leben und zu Wirtschaften nicht verträglich mit der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Unser Wohlstandsmodell ist nicht übertragbar auf die Länder des Südens. Noch fahren im Bundesland Nordrhein-Westfalen mehr Autos als in der Volksrepublik China. Doch wollte auch jeder zweite Chinese ein eigenes Auto besitzen und fahren - so wie es statistisch gesehen jeder zweite Deutsche mittlerweile tut - ließe der Öko-Kollaps nicht mehr lange auf sich warten.

So kann's nicht weiter gehen, wird daher beim vertraulichen Bier auch von amtierenden MinisterInnen eingeräumt. Wenn auch die meisten nicht wahrhaben wollen, wie radikal die notwendige Kurskorrektur sein muß. So begrüßte Bundesumweltministerin Merkel zum Beispiel bei der Präsentation der von BUND und Misereor herausgegebenen Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" die Formulierung von Umweltzielen, als utopisch aber bezeichnete sie die Höhe der von den Autoren des Wuppertal-Instituts errechneten Reduktionsraten - im Schnitt müssen danach in den nächsten 50 Jahren Umweltverbrauch und -belastung um 80% gesenkt werden. Und mit ihrer Umweltpolitik scheint sie es darauf anzulegen, daß sich dieser Utopie-Vorwurf letztlich bewahrheitet. Denn eines ist sicher: Ohne den deutlichen gesellschaftlichen, aber eben auch politischen Willen, die notwendige Wende zu mehr Zukunftsfähigkeit zu vollziehen, wird diese nicht gelingen.

### Politik muß Rahmenbedingungen zukunftsfähig gestalten

Ein zukunftsfähiges Deutschland entwickelt sich nicht von selbst. Zwar kann auch die Politik dies nicht im Alleingang durchsetzen - Veränderungen sind auch in der Wirtschaft und bei den Bürgerinnen und Bürgern, im Alltagshandeln, im Wertesystem, im Konsumverhalten etc. vonnöten. Doch die Politik hat die Aufgabe, die Rahmenbedingungen zukunftsfähig zu gestalten. Die Umweltministerin aber singt im Kanon mit dem Wirtschaftsminister das Hohelied der Deregulierung und der freiwilligen Selbstverpflichtung der Industrie und stiehlt sich so aus der Verantwortung. Anstatt, wie es der BUND fordert, verbindliche nationale Umweltziele zu formulieren und mit wirkungsvollen Einzelschritten pragmatisch, sozialverträglich, berechenbar für die Wirtschaft, diese Langfrist-Ziele anzusteuern, legt sie den beschleunigten Rückwärtsgang in der Umweltpolitik ein. Sie wirkt - Stichwort: Beschleunigungsgesetze - mit am Abbau von Umweltstandards. Anstatt den Ausstieg aus der Atomkraft anzugehen, fordert sie den Bau neuer Meiler, und das sogar gegen die Vorstellungen der Stromwirtschaft.

Zur Eröffnung einer internationalen Bodenschutzkonferenz beklagt sie (richtigerweise) die "dramatische" Ausbeutung des Bodens. Doch über das seit mehr als

# Beschleunigt im Rückwärtsgang

Umweltpolitik in Deutschland

von Martina Krause\*

zehn Jahren diskutierte Gesetz zum Bodenschutz verliert sie kein Wort. Man kann's sogar verstehen. Denn ihr neuester Entwurf, der siebte seit 1985, ist noch schwächer als die Versionen davor. Ziel des Gesetzes scheint weniger der Schutz des Bodens als der Schutz der Nutzung des Bodens zu sein. Dabei ist Bodenzerstörung keineswegs nur ein Problem der sogenannten Dritten Welt, wie die BUND/MISEREOR-Studie gezeigt hat. In Deutschland gehen jedes Jahr pro Hektar Land zehn bis zwölf Tonnen Boden durch Erosion verloren - das sind 80-90% mehr als sich neu bilden kann. Konsequenz: Die Landwirtschaft muß umstellen auf Öko-Landbau, fordern die Wuppertaler Wissenschaftler. Frau Merkel ist von solchen Einsichten jedoch weit entfernt. Im Entwurf zum neuen Bundesnaturschutzgesetz beschreibt sie die heute übliche Intensiv-Landwirtschaft sogar als "gute, fachliche Praxis", die keinen Eingriff in die Natur darstelle.

### Versagen bei der Ökologischen Steuerreform

Ein wichtiges Beispiel für das Versagen der Bundesregierung ist auch die Ökologische Steuerreform. Sie ist, so zeigt die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" ebenso wie unzählige andere Gutachten und Expertisen, ein hervorragendes Instrument zum ökologischen Umbau der Industriegesellschaft. Der BUND fordert eine aufkommensneutrale Ökologische Steuerreform: Umweltverbrauch soll durch Steuern verteuert, der Faktor Arbeit gleichzeitig finanziell entlastet werden. Dies setzt dem Markt die richtigen Signale: Effizienz und Sparsamkeit werden belohnt; Umweltentlastung wird also auch ökonomisch sinnvoll. Weil der Faktor Arbeit billiger wird, können Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden.

Kernpunkt des BUND-Konzeptes zur Ökologischen Steuerreform ist die Einführung einer Energiesteuer auf fossile Energien und Atomkraft. Durch eine schrittweise Erhöhung der Primärenergie-Steuer von 1 Pfennig im ersten Jahr auf 7 Pfennig im zehnten Jahr ließe sich nach

Die Umweltministerin singt im Kanon mit dem Wirtschaftsminister das Hohelied der Deregulierung und der freiwilligen Selbstverpflichtung der Industrie und stiehlt sich so aus der Verantwortung.

\* Martina Krause ist Pressesprecherin des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland

Nach dem Motto "Hauptsache billig - alles andere ist egal" bereitet Rexrodt mit der geplanten Deregulierung des Energiemarktes die Strom-Discount-Wirtschaft für Großabnehmer vor - zu Lasten der häufig umweltfreundlicher arbeitenden kommunalen Stadtwerke.

den Berechnungen der BUND-Experten der Primärenergie-Verbrauch innerhalb der nächsten zehn Jahre um 20 Prozent senken - ein wichtiger Schritt zum Klimaschutz-Ziel der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland", die eine Kohlendioxid-Reduzierung von 80 bis 90 Prozent bis zum Jahr 2050 fordert. Doch die Bun-

desregierung schiebt die Energiesteuer auf die lange EU-Bank nach Brüssel, und zu Hause wird durch den Wegfall des sogenannten Strompfennigs die Stromverschwendung sogar noch billiger.

#### **Klimaziele stehen nur noch auf dem Papier**

Ein falsches Signal, das aber symptomatisch ist für die Politik der Bundesregierung. Denn nach dem Motto "Hauptsache billig - alles andere ist egal" bereitet Rex-

rodt mit der geplanten Deregulierung des Energiemarktes die Strom-Discount-Wirtschaft für Großabnehmer vor - zu Lasten der häufig umweltfreundlicher arbeitenden kommunalen Stadtwerke. Die Bundesregierung schreitet munter voran auf dem Weg ins Treibhaus Erde: die Steuerbefreiung für Flugbenzin; der Verzicht auf eine Verordnung, die die Wirtschaft verpflichten würde, die Abwärme zu nutzen; die politische Tatenlosigkeit bei der Förderung der Sonnenenergie und des Energiesparens; das Autobahn-Ausbauprogramm "Deutsche Einheit" - viele Beispiele, die zeigen, daß die Klimapolitik der Bundesregierung nur noch auf dem Papier steht. Mit der lautstarken Wirtschaftsstandort-Debatte sollen nachdenklichere Stimmen, die nach der Zukunftsfähigkeit unseres Lebensstandorts fragen, übertönt werden. Um der kurzfristige Orientierung an Legislaturperioden willen werden die Fragen nach der langfristigen Zukunftsgestaltung nicht gestellt. Vier Jahr nach dem Welt-Umwelt-Gipfel 1992 hat man in Bonn die Verpflichtungen von Rio anscheinend schon vergessen.

spw

## Projekt Solarwirtschaft - Plattform zum Solaren Umbau

von Barbara Gersmann, Alexandra Kramm, Heiko Kretschmer, Eckhart Seidel\*

#### **Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen und die Bedeutung der Solarwirtschaft**

Die tiefgreifenden Strukturveränderungen der letzten Jahre sind nicht nur durch eine zunehmende soziale Spaltung der Bevölkerung gekennzeichnet, sondern auch von einer Ausdifferenzierung unterschiedlicher Lebenswelten in der Gesellschaft. Diese scheinen sich immer unversöhnlicher gegenüber zu stehen. Die konkrete Veränderbarkeit der Lebensverhältnisse durch Politik erscheint immer mehr Menschen nicht mehr gegeben. Daher scheint die Verwirklichung individueller Veränderungswünsche und die Durchsetzung individueller Partizipationsansprüche nur mittels individueller oder auf das enge persönliche Lebensumfeld bezogener Strategien möglich. Kollektive Problemlösungsmechanismen sind außerhalb des Blickfelds geraten. Statt dessen werden - sich gegenseitig blockierende - Einzelinteressen in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt. Angesichts dessen präsentiert sich linke Politik orientierungs- und bewegungslos. Die paradoxe Folge ist, daß konservative Deregulierungskonzepte mangels wahrnehmbarer Alternative - trotz der sichtbaren Zuspitzung der sozialen

wie ökologischen Probleme - immer mehr Akzeptanz finden konnten. Reform- oder gar Systemalternativen sind außer Sichtweite geraten. Begrenzte Entfaltungsmöglichkeiten und verbaute Perspektiven stehen daher der Bildung einer neuen reformerischen Aufbruchsbewegung entgegen.

Gesellschaftlicher Wandel geht mit der Veränderung der technischen Möglichkeiten und deren Nutzung im Arbeitsprozeß einher. Energie stellt die Grundlage jeden Produktionsprozesses dar. Diese Grundlage wird mit dem Einstieg in die Solarwirtschaft vollständig verändert. Dies hat Auswirkungen auf den Arbeitsprozeß, die Arbeitsbeziehungen, die berufliche Qualifikation, die Partizipationsmöglichkeiten im Alltag, aber eben auch auf die Frage der internationalen Gerechtigkeit und auf die Prozesse gesellschaftlicher Formierungen und damit auf die Entwicklung kritischer Kräfte.

Unsere zentrale These lautet nun, daß von der solaren Energiewende soziale und ökologische Innovationen ausgehen können, die in ihrer Gesamtheit gesellschafts-verändernd wirken. Dies setzt aber voraus, den Blick auch auf die mit dem Einstieg in die Solarwirtschaft verbundenen Entwicklungschancen zu richten.

#### **Der Solare Umbau als antimonopolistisches Projekt**

In der Bundesrepublik ist der Strommarkt unter den acht großen Energieversorgern aufgeteilt. Sie machen sich gegenseitig keine Konkurrenz und können den Strompreis, aber auch die Energiepolitik weitgehend diktieren. Die Energieversorger schwimmen in Liquidität. Man nimmt an, daß sie von einem geschätzten Anlagenwert von ca. 600 Mrd. DM nur ein Prozent jährlich abschreiben müssen. Insgesamt haben die Energieversorger Rücklagen von 60-100 Mrd. DM gebildet. Von den Zinsen wird eben mal der Einstieg in die Telekommunikation oder ein massiver Unternehmenszukauf finanziert. Allein RWE hat sich in den vergangenen 10 Jahren 300 Unternehmen einverleibt. Damit haben sich die Stromversorger in eine wirtschaftlich, aber auch politisch dominante

\* Barbara Gersmann ist stv. Bezirksvorsitzende der Jusos Westliches Westfalen, Alexandra Kramm ist stv. Juso-Bundesvorsitzende, Heiko Kretschmer ist Vize-Präsident der International Union of Socialist Youth, Eckhart Seidel ist stv. Landesvorsitzender der Jusos Berlin.

Lage manövriert. Der Einstieg in die Solarwirtschaft bietet die Chance, die Energiewirtschaft zu dezentralisieren. Erst mit der Re-Regionalisierung der Energiewirtschaft wird die demokratische Kontrolle und Mitbestimmung über die Frage der Energieversorgung überhaupt denkbar.

Solarenergie ist optimal in dezentralen Strukturen einsetzbar. Anders als bei fossilen und atomaren Kraftwerken macht es ökonomisch keinen Sinn, Anlagen zur solaren Energieumwandlung in großen Einheiten zu installieren. Der Wirkungsgrad wird damit nicht erhöht. Solare Energien sind überwiegend Endenergien, d.h. die solar gewonnene Energie kann sofort und ohne wesentliche Zwischenschritte genutzt werden. Dies macht ihren dezentralen Einsatz sinnvoll. Auch ist die Mindesthöhe der aufzuwendenden Kapitalinvestitionen wesentlich geringer als bei fossilen oder gar atomaren Kraftwerken. Die Nutzung solarer Energiequellen birgt daher auch die Chance zur Dezentralisierung der Energiewirtschaft und damit zu einem Zuwachs an gesellschaftlicher Kontrolle. Strategisch ist die Nutzung der Solarenergie damit eine wichtige Voraussetzung für die Durchsetzung demokratischer Strukturen in der Energiewirtschaft.

Die Strategie der Energie- und Atommonopole zielt dagegen auf die Einverleibung sämtlicher Produktionskapazitäten für die Herstellung regenerativer Energietechniken ab, um auf diese Weise eine Gefährdung ihrer Monopolstellung zu verhindern. Die Gefahr dieser „solaren Reproduktion“ der Energiemonopole besteht neben der Restaurierung der heutigen Energieversorgungsstrukturen in der Möglichkeit, den Einsatz der Solarenergie auf absehbare Zeit zu verhindern, weil sie nicht ihren Kapitalverwertungsinteressen entspricht. Mit der Aneignung der Solarproduktion gewinnen die Energieversorger auch die Meinungsmacht über diesen wichtigen Bereich. Es ist daher erforderlich, hier die Eigentumsfrage neu zu stellen. Ziel muß es sein, eine unabhängige Solarindustrie aufzubauen. Eine Re-Regionalisierung der Energiewirt-

schaft macht es möglich, daß immer mehr Menschen an ihr partizipieren. Sie werden zu ihren eigenen Energieversorgern. Damit ist bereits ein wesentlicher Konflikt aufgezeigt. Die solare Energiewende wird nicht im „Energiekonsens“ zu schaffen sein.

### **Arbeitsplätze schaffen und Arbeitsprozesse gestalten**

Die Umstellung der Energieversorgung auf regenerative Energien ist ein gewaltiges Investitionsprogramm zur Erneuerung der Wirtschaft und wird enorme Innovationsschübe und Beschäftigungspotentiale entfalten. Mit der Steigerung der Nachfrage nach solaren Technologien werden auch die Zahlen der Produktionsstätten emporschnellen. In Schleswig-Holstein ist die Produktion von Windenergieanlagen bereits zu einem beschäftigungsrelevanten Wirtschaftsfaktor geworden. Die weitaus größeren Beschäftigungswirkungen sind allerdings nicht in der Anlagenproduktion, sondern im Bereich Installation, Wartung und Energieberatung zu erwarten. Diese Arbeitsplätze werden vornehmlich im handwerklichen und mittelständischen Bereich entstehen. Anders als die Produktion können diese Bereiche nicht ausgelagert werden. Auch wenn der Investitionsbedarf - was heute noch nicht absehbar ist - langfristig wieder abnehmen sollte, wird im Saldo ein Zuwachs an Arbeitsplätzen zu erwarten sein. Denn die solare Energieversorgung ist durch ihre dezentrale Struktur insgesamt beschäftigungsintensiver als die fossile.

Rechnet man ökologische und soziale Folgekosten mit ein, ist die solare Energieversorgung schon heute nicht kostenintensiver als die herkömmliche. Zudem steht die Sonnenenergie - anders als Öl, Gas und Uran -

Die Umstellung der Energieversorgung auf regenerative Energien ist ein gewaltiges Investitionsprogramm zur Erneuerung der Wirtschaft und wird enorme Innovationsschübe und Beschäftigungspotentiale entfalten.



Foto: Stephan Hoppe, Köln

kostenlos zur Verfügung. Abgesehen von der Produktion solarer Technik selbst, sind die gesamten bei der solaren Energieerzeugung aufgewendeten Kosten Lohnkosten. Die Nutzung der Photovoltaik ist etwa zwei bis drei mal beschäftigungsintensiver als Atom- oder Kohleindustrie, einschließlich Bergbau. In der Solarwirtschaft ist also das Verhältnis von Kapitaleinsatz und Arbeitsplätzen wesentlich günstiger.

Mittelbar bestimmt aber die Form der Energieversorgung den gesamten Produktionsprozeß. In der Solarwirtschaft wird die Frage der Energieeffizienz ungleich größeres Gewicht erlangen, als dies heute der Fall ist. In der zentralistisch strukturierten und auf fossilen Energieträgern basierenden Energieversorgung wird die Vergeudung qualitativ hochwertiger Energie in Kauf genommen. So steht zum Beispiel der Umwandlung von leichtem Heizöl in Raumwärme ein Verlust der Energiewertigkeit von 95% gegenüber. In der Solarwirtschaft besteht - durch die Nutzung der Solarenergie als Endenergie - die Notwendigkeit,

Es besteht ein Zusammenhang zwischen der weltweit sich zuspitzenden Polarisierung der Lebensverhältnisse und der fossilen Energieversorgung.

die Energieproduktion im Einzelfall mit dem individuellen Bedarf abzustimmen. Die Folge ist, daß sowohl im privaten Bereich als auch in der Produktion die Frage der Energieversorgung unmittelbar in die Lebens- bzw. Produktionsweise eingegliedert wird. Individuelle Lösungen stehen im Vordergrund. Daher werden neben der Produktion und Installation besonderes jene Bereiche wachsen, die die Beratung in Energiefragen zum Gegenstand haben. Ein rationeller Umgang mit Energie wird wichtiger. Es besteht daher ein wachsender Bedarf an konzeptioneller Arbeit. Von den Beschäftigten erfordert dies mehr selbständige und selbstbestimmte Arbeit.

Es entstehen umfassende neue Qualifikationsanforderungen, um die erforderlichen kreativen Potentiale auch wirklich freisetzen zu können. Denn in der Solarwirtschaft wird es erforderlich sein, komplexen Problemen umfassend begegnen zu können, d.h. monokausale Denk- und Handlungsschritte zu vermeiden. Statt dessen wird strategisches Denken im beruflichen Alltag immer wichtiger werden. Das Bildungssystem muß auf die veränderten Qualifikationsanforderungen reagieren, indem einerseits neue Schlüsselqualifikationen, wie die Fähigkeit, allein oder in der Gruppe zu eigenständigen konzeptionellen Lösungen zu gelangen, gefördert werden und andererseits mehr Menschen der Zugang zu qualifizierter beruflicher Bildung ermöglicht wird.

Neben dem durch den Einstieg in die Solarwirtschaft ausgelösten Nachfrageschub wird die volkswirtschaftliche Entwicklung stabilisiert. Die Bundesrepublik wird unabhängig von Brennstoffimporten.

### **Der Solare Umbau als Schlüssel zu einer nachhaltigen Entwicklung**

Die Notwendigkeit der ökologischen Erneuerung der Industriegesellschaft ist mittlerweile zum theoretischen Gemeingut geworden. Aber eben nur theoretisch. Praktisch verlaufen die Diskurse wieder zunehmend auf einen Gegensatz von Ökonomie und Ökologie hinaus. Machbar ist danach nur das, was nichts kostet, was die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft nicht beeinträchtigt. Lösungen scheinen nur im internationalen Kontext möglich zu sein. Auf der internationalen Ebene werden wichtige Entscheidungen aber entweder blockiert oder bleiben,

wie die Rio-Konferenz, ohne praktische Auswirkungen. Auf diese Weise gelingt es den Konservativen immer wieder, die Verantwortlichkeit für ihr Versagen auf die internationale Ebene zu verschieben und der Ökodebatte damit einen Ohnmachtsdiskurs aufzuzwingen. Die Intentionen dieser Placebo-Politik gehen offensichtlich auf. Die Zeiten der großen umweltpolitischen Konflikte scheinen vorbei zu sein. Das umweltpolitische Engagement verschiebt sich zunehmend auf die Ebene des umweltpolitischen „Klein-Klein“.

Der Schlüssel für eine zukunftsfähige Entwicklung liegt im Energiesystem. Praktisch alle umweltschädigenden Einflüsse entstehen bei der Umwandlung fossil-atomarer Energieträger (Kohle, Öl, Gas, Uran etc.) in nutzbare Energieformen (Kraft und Wärme). Die Energiefrage steht daher bei der Lösung ökologischer Probleme auf Platz eins der Handlungshierarchie. Die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft muß deshalb an der Umstellung des Energieversorgungssystems bei erneuerbaren Energien ansetzen.

Der Solare Umbau ist also der entscheidende Ansatz, um die Debatte um die nachhaltige Entwicklung von ihrem gegenwärtig defensiven Naturschutzansatz und der unsozialen Verzichtsdeologie wegzuführen. Gleichzeitig kann aber auch die Notwendigkeit gemeinsamen politischen Handelns plausibel gemacht werden, da ein gesamtgesellschaftlicher Konsens unter Einbeziehung der Energiewirtschaft nicht denkbar ist.

### **Entwicklungsperspektive für die Länder des Südens**

Die Möglichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung hängt wesentlich von der Verfügbarkeit von Energie ab. Die schnelle und flächendeckende Industrialisierung der Länder des Nordens wurde erst möglich, als die für den Transport fossiler Energieträger über weite Strecken erforderliche Verkehrsinfrastruktur geschaffen worden war. Erst dieser Schritt ermöglichte es, die wirtschaftliche Entwicklung weitgehend von dem Vorhandensein fossiler Energievorkommen abzukoppeln. Gleichzeitig wurde aber auch der weltweite Energieverbrauch in den Industriestaaten des Nordens zentralisiert. So nutzen heute etwa 20% der Weltbevölkerung 80% der weltweit verbrauchten Energie. Aber auch die Ausbeutung der weltweiten Energievorkommen ist in den Händen weniger multinationaler Konzerne konzentriert. Der weltweite Ölhandel wird von 7 Multis beherrscht. Ihre Interessen werden auch mit Hilfe der Regierungen der Industriestaaten - und, wenn nötig, auch militärisch - durchgesetzt.

Die weltweit knapper werdenden Energieressourcen, aber auch der durch die nachholende Industrialisierung der Schwellenländer erheblich steigende Energieverbrauch werden zu einem schärferen Kampf um Energie führen. Dabei ist absehbar, daß die Länder des Südens bei diesem Verteilungskampf den kürzeren ziehen werden, da sie wirtschaftlich und militärisch nicht mithalten können. Der Energiemangel ist heute schon die Hauptursache für die Schuldenkrise der Entwicklungsländer. Allein in dem Zeitraum zwischen 1970 und 1982, in den zwei Ölkrisen fielen, stieg die Schuldenlast der Länder des Südens um das 130fache. Um die notwendigen Energieimporte finanzieren zu können, müssen diese Länder einen großen Anteil ihrer Außenhandelseinnahmen aufwenden. Sie sind daher gezwungen, eine exportorientierte Wirtschaftspolitik zu betreiben. Sie werden

dadurch an dem Aufbau eigener regionaler Wirtschaftskreisläufe gehindert. Die Produktion von Waren des täglichen Bedarfes und die Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards wird dadurch unmöglich gemacht.

Es besteht also ein Zusammenhang zwischen der weltweit sich zuspitzenden Polarisierung der Lebensverhältnisse und der fossilen Energieversorgung. Basierend auf diesem Energiesystem werden die Länder des Südens keine Chance haben, sich selbstbestimmt wirtschaftlich zu entwickeln. Sie werden zudem weiter durch eine als „Entwicklungshilfe“ verkleusulierte Exporthilfe der Industrienationen in einem Abhängigkeitsverhältnis gehalten. Denn diese Exporthilfen im Energiebereich fließen zu 90% in die Entwicklung der fossilen Energieversorgung.

Eine eigenständige und selbstbestimmte Entwicklung der Länder des Südens ist nur möglich, wenn es ihnen gelingt, sich aus der Abhängigkeit von Energieimporten zu befreien. Dazu sind die Nord-Süd-Beziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen. Es geht um die Schaffung praktischer Nord-Süd-Allianzen, deren Aufgabe es ist, durch eine weltweite Umstellung der Energieversorgung, Ressourcen für eine eigenständige und selbstbestimmte wirtschaftliche Entwicklung der Länder des Südens freizusetzen. Die Hilfe muß sich darauf konzentrieren, die sogenannte „3. Welt“ in die Lage zu versetzen, ihre Energieversorgung selbst umzustellen, bzw. aufzubauen.

Der Übergang in eine nachhaltige Wirtschaftsweise kann nur gelingen, wenn weltweit eine Vielzahl eigenständiger regionaler Wirtschaftsräume etabliert werden, es also auch den südlichen Regionen ermöglicht wird, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Wir brauchen also eine Nord-Süd-Allianz für zukunftsfähige Entwicklung, die durch die weltweite Umstellung der Energieversorgung einerseits für eine gerechtere Ressourcenverteilung sorgt und andererseits Entwicklungsländern ermöglicht, ihren Energiebedarf selbst zu decken. Das heißt aber auch, den Aufbau von Produktionskapazitäten zur Herstellung von Solartechnik in den Entwicklungsländern zu fördern.

### Gesellschaftliche Formierungen

Aufgabe linker Politik muß es heute sein, die fortschrittlichen Potentiale der verschiedenen gesellschaftlichen Grundströmungen zu bündeln und in konkrete und sinnlich erfahrbare politische Projekte zu übersetzen. Als gesellschaftliches Reformprojekt verstanden, ist der Solare Umbau das „Klammerprojekt“, um sozialreformerische und ökologische Kräfte zusammenzuführen und als gemeinsame Reformkraft zu formieren. Mit dem Solaren Umbau erhält der im Grundsatzprogramm der SPD formulierte und bisher nicht eingelöste Anspruch, die soziale und die ökologische Frage als zwei Seiten der gleichen Medaille zu sehen, nun seine realpolitische Entscheidung.

In eine solche umfassende sozial-ökologische Reformstrategie können aber auch Teile der Kapitalseite eingebunden werden. Das gilt insbesondere für die vom Strukturwandel betroffenen Unternehmen, denen durch die Umstellung der Produktpalette auf neue regenerative Energietechnologien eine neue Existenzgrundlage verschafft werden kann. So kann z.B. die Kohlebergbau- und Liefererindustrie hierbei eine entscheidende Rolle spielen. Sie hat wegen des Rückganges der Kohleförderung Absatzschwierigkeiten und versucht daher gegenwärtig, ihre Produktion zu diversifizieren. Die aktive Einbezie-

hung dieser Industrien in eine Konversionsstrategie der Industrieproduktion ist somit geeignet, diese Industriezweige aus ihrer engen Verbindung zu den Energieversorgungsmonopolen zu lösen, in ein sozial-ökologisches Reformbündnis einzubinden und damit Widerstände gegen eine Wende in der Energiepolitik durch eine antimonopolistische Blockbildung zu überwinden.

Aber bei der Solarwirtschaft geht es um einen Übergang weit radikalerer Art. Die Solarwirtschaft verändert die materiellen Lebensgrundlagen grundsätzlich. Es geht um Dezentralisierung, die Etablierung einer neuen demokratischen Arbeitskultur und einer neuen Form der Arbeitsteilung, in der die menschliche Arbeitskraft eine Aufwertung erfährt. Die Entfremdung zwischen der eigenen Arbeit und dem Produkt wird durch eine größere Unmittelbarkeit der Produktionsprozesse abgebaut. Die Solarwirtschaft schafft den technischen Bedarf für mehr und umfassende berufliche und schulische Qualifikation. Dadurch kann die sich seit den 80er Jahren wieder verfestigende Bildungshierarchie durchlässiger gemacht werden. Durch verbesserte Partizipationschancen im Berufsalltag und eine umfassendere berufliche Qualifikation werden aber die Ansprüche an die eigene Berufs- und Lebensperspektive gestärkt. Mit anderen Worten: Mit der Kompetenzerweiterung wächst die Bereitschaft, diese Kompetenzen auch einzubringen und an wichtigen Entscheidungen teilzuhaben. Dadurch werden neue Handlungsräume für reformerische Politiken geschaffen, die sich in eine sozial-ökologische Reformstrategie einbinden lassen.

Die mit der Solarwirtschaft losgetretenen technischen Innovationen beinhalten also nicht nur das Potential für eine neue radikalreformerische Blockbildung zwischen Arbeit und an ökologischen Themen interessierten kritischen Kräften, sondern münden in eine neue gesellschaftliche Dynamik, die letztlich auch zu einer Verbreiterung des radikalreformerischen Blocks führen. spw

Als gesellschaftliches Reformprojekt verstanden, ist der Solare Umbau das „Klammerprojekt“, um sozialreformerische und ökologische Kräfte zusammenzuführen und als gemeinsame Reformkraft zu formieren.

**Nicht nur für Kölnerinnen und Kölner  
interessant:**

**"... die treiben es ja auch  
zu weit"**

**75 Jahre Kölner Jusos -  
ein Sammelband**

**Hrsg: JungsozialistInnen in der SPD,  
Unterbezirk Köln**

**170 Seiten, Format A 5, DM 9,80**

**Weitere Informationen und Bestellungen bei:**

**spw-Verlag, Fresienstr. 26, 44289 Dortmund,  
Fax 0231-402416, Tel. 0231-402410,  
E-mail: SPW-VERLAG@LINK-DO.soli.de**

# Solidarische Finanzpolitik statt Kapitulation vor der „Globalisierung“

Steuer-, geld- und finanzpolitische Orientierungen  
der SPD-Linken

Arbeitsgruppe Finanzen des Frankfurter Kreises\*

*Der folgende Text wurde in einer ersten Fassung auf der Herbsttagung des Frankfurter Kreises am 12.10.1996 vorgelegt und diskutiert und stieß dort auf breite Zustimmung. In einer Diskussion auf einem Treffen der Parlamentarischen Linken der SPD-Bundestagsfraktion am 07.11.1996 gab es neben unterstützenden auch kritische Beiträge, insbesondere zum Abschnitt Geld- und Finanzpolitik sowie zur Maastricht-Debatte.*

## 1. Die aktuelle wirtschafts- und finanzpolitische Debatte: Klassenkampf von oben

Der Ausgangspunkt dieses Papiers ist die Auffassung, daß Steuer- und Finanzpolitik nicht isoliert, sondern in ihrem Zusammenhang und als Instrumente zur Durchsetzung gesellschaftspolitischer und insbesondere wirtschafts- und sozialpolitischer Zielsetzungen zu betrachten sind. Die heftigen Auseinandersetzungen des Jahres 1996 sind hier einzuordnen. Dies muß die Linke zu ihrem Thema machen. Eine linke Alternative wird erst durchsetzbar sein, wenn der herrschenden Politik der Schein des Sachzwangs weggezogen und sie als Interessenpolitik vermittelt werden kann, als Klassenkampf von oben.

*Nur durch höhere Belastung hoher Einkommen, nicht-investierter Gewinne und großer Vermögen können Steuerentlastung für die Masseneinkommen, Sicherung des Sozialstaats und mehr soziale Gerechtigkeit erreicht werden.*

Die Grundlage dafür ist die Auseinandersetzung mit den kapitalorientierten Deutungen der ökonomischen Krise und der Arbeitslosigkeit und insbesondere mit den *Legenden der sog. „Standortdebatte“*, die mittlerweile selbst von eher wirtschaftsnahen Forschungsinstituten wie dem IFO-Institut als *von der Wirklichkeit nicht gedeckt* widerlegt werden: Angesichts der hohen Produktivität sind die Arbeitskosten - und diese schließen alle sog. „Lohnnebenkosten“ ein - in Deutschland keineswegs zu hoch. Die realen Lohnstückkosten sind in den letzten 15 Jahren sogar deutlich und stärker als in den meisten anderen großen Industrieländern gesunken. Auch die effektive Steuerbelastung der Unternehmen liegt keineswegs höher als in vergleichbaren Ländern und ist in den letzten Jahren geradezu dramatisch gesunken.

Die ebenfalls häufig als Beleg der Standortchwäche angeführten Direktinvestitionen weisen im Gegenteil auf Standortstärke hin, nämlich darauf, „daß hier vor allem Markterschließung und Marktbehauptung stattfindet, aber nicht Flucht vor der deutschen Wirklichkeit“ (Scharping). Wenn Konzerne wie Bayer oder Daimler immer mehr im Ausland investieren, so geht es ihnen - neben der Absicherung von Währungsrisiken - vor allem um Erschließung und Ausweitung von Marktpositionen, die auf dem deutschen Markt nicht mehr auszubauen sind.

*Oskar Lafontaine hat mit seiner Absage an die Standortideologie völlig recht: Das Niederkonkurrieren anderer Nationen über Steuersenkungen und Sozial- und Lohnabbau verschärft nur die Probleme. Die Parteilinke ist gefordert, diesen von Lafontaine als „strategische Wende“ bezeichneten Kurswechsel entschieden zu unterstützen. Schließlich hat sie selbst dazu mit ihrem auf dem Mannheimer Bundesparteitag der SPD 1995 vorgelegten und als Material beschlossenen Positionspapier „Soziale, ökologische und ökonomische Erneuerung statt Modernisierung - Manifest für einen Neuanfang der SPD“ wichtige Grundlagen geliefert.*

Nicht die Steuer- und Abgabenbelastung insgesamt ist zu hoch und in den letzten Jahren kräftig gestiegen (die Steuerquote am Bruttosozialprodukt schwankt seit 1960 zwischen 22% und 25%, 1995 lag sie 23,6%), sondern ausschließlich die

Belastung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit. *In den letzten Jahren wurde eine massive Umverteilung der Steuer- und Abgabenbelastung durchgesetzt: Kleinere und mittlere Lohn- und Gehaltseinkommen wurden immer höher belastet, Gewinn- und Vermögenseinkommen wurden massiv entlastet. Durch ausufernde Steuerprivilegien und -vermeidungsmöglichkeiten sowie unzureichende Kontrollen ist eine immer größere Diskrepanz zwischen den offiziellen Steuersätzen und der wesentlich geringeren effektiven Belastung hoher Einkommen und Gewinne entstanden. (Die gesamtwirtschaftliche Abgabenbelastung der Bruttolöhne und -gehälter stieg von 1980 bis 1995 von 28,7% auf 35,7%, die der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sank von 22,1% auf 11,0%.)*

Die SPD hat in den letzten Wochen und Monaten ihre Gegenpositionen weiterentwickelt und dabei einige in der Vergangenheit aufgetretene Desorientierungen korrigiert. Zu nennen sind hier die jüngsten Beschlüsse des Parteipräsidiums und der Bundestagsfraktion für eine grundlegende Reform der Einkommenbesteuerung sowie die Vorschläge von Rudolf Scharping für die Heranziehung großer Vermögen zu einem sozialen Lastenausgleich und von Heinz Schleußer zum Abbau steuerlicher Vergünstigungen. Grundlage dieser positiven Entwicklung ist das ständige Bemühen des Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine, der neoliberalen Standortdebatte und ihren Vertreterinnen auch innerhalb der SPD entgegenzutreten.

Allerdings ist die sozialdemokratische Debatte vielfach immer noch von falschen Rücksichtnahmen geprägt, die eine klarere und zugespitzte Formulierung von Alternativen behindern. Das Profil der SPD kann nicht pauschal das einer „Steuerentlastungspartei“ (Voscherau) sein, die sich von den Koalitionsparteien nur im Detail ihrer Vorschläge zur Streichung von Steuervergünstigungen und zur Tarifreform oder durch sozial gerechtere Sparvorschläge unterscheidet. Stattdessen muß klar gesagt werden, daß eine *Rück-Umverteilung von oben nach unten notwendig* ist. Auf den „Verteilungskampf, den Arbeitgeber und Kapitalinteressen angezettelt haben“ (Friedhelm Hengsbach), muß mit den notwendigen Gegenmaßnahmen geantwortet werden. Nur

\* Horst Arenz, wiss. Abgeordnetenmitarbeiter; Ralf Krämer, spw-Redaktion; Detlev von Larcher MdB, stv. Sprecher der SPD-Fraktion im Finanzausschuß, Sprecher des Frankfurter Kreises und Mitherausgeber der spw; Burkhard Winsemann, wiss. Abgeordnetenmitarbeiter. Der Frankfurter Kreis ist der bundesweite Zusammenschluß der SPD-Linken.

durch höhere Belastung hoher Einkommen, nicht-investierter Gewinne und großer Vermögen können Steuerentlastung für die Masseneinkommen, Sicherung des Sozialstaats und mehr soziale Gerechtigkeit erreicht werden. Dies ist auch aus ökonomischen Gründen wichtig, denn die zunehmende Auseinanderentwicklung der Einkommen und Vermögen ist eine zentrale Ursache für die zunehmende Krisenhaftigkeit und Arbeitslosigkeit.

Die im folgenden dargestellten Alternativen müssen zur Förderung von Beschäftigung, Sozialstaat und ökologischem Umbau durch weitere strukturelle Reformen im Steuer- und Abgabensystem ergänzt werden. Durch die Steuerfinanzierung von allgemein-gesellschaftlichen Aufgaben, die den Sozialversicherungen übertragen wurden, wird eine Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten erreicht werden.

Darüberhinaus muß Steuer- und Finanzpolitik vom Abbau ökologisch schädlicher Subventionen und von einer ökologischen Steuerreform begleitet sein. Letztere wird neben Impulsen für ökologischen Umbau der Wirtschaft und Lebensweise und der Finanzierung oder Förderung entsprechender öffentlicher und privater Investitionen auch eine erhebliche Senkung der Sozialbeiträge ermöglichen. Dabei ist eine völlige Kompensation der Ökosteuererhöhungen durch Beitragssenkungen im Sinne des Dogmas der „Aufkommensneutralität“ aber nicht sinnvoll, weil auch erhebliche Finanzmittel für den ökologischen Umbau eingesetzt werden müssen. Die ökologische Steuerreform - ein Kernstück sozialdemokratischen Profils in der steuerpolitischen Debatte - darf nicht isoliert betrachtet werden, sondern im Gesamtzusammenhang einer ökologischen Umbaupolitik einerseits, einer solidarischen Steuerpolitik andererseits. Die gesellschaftliche Akzeptanz ökologischer Besteuerung wird wesentlich höher sein, wenn gleichzeitig die Abgabenbelastung unterer und mittlerer Einkommen spürbar gesenkt und die Sozialeinkommen erhöht werden.

**2. Beschäftigungsorientierte Geld- und Finanzpolitik**

Unerschütterlicher bestandteil der Standortideologie ist die These, im Zeitalter der Globalisierung tendieren die nationalen Spielräume in der

Geld- und Finanzpolitik gegen Null. Auch in der SPD sind die Vorstellungen, daß die nationalen geld- und finanzpolitischen handlungsmöglichkeiten und insbesondere für kreditfinanzierte beschäftigungspolitik kaum noch bestehen, auf bemerkenswerte Resonanz gestoßen. insbesondere ist die These verbreitet (F. W. Scharpf u.a.), daß die Explosion der internationalen Finanzmärkte das Ende keynesianisch inspirierter Politikkonzepte bedeute.

In auffallendem Widerspruch zu diesen ständig heruntergebeteten Behauptungen steht die Tatsache, daß in jüngster Zeit unter dem Stichwort von der „Renaissance des Keynesianismus“ (Wirtschaftswoche) namhafte Wissenschaftler und Wirtschaftsforschungsinstitute aus ganz unterschiedlichen Ländern die zunehmende Aktualität und Dringlichkeit keynesianischer Elemente in der Geld- und Finanzpolitik betonen. Paul Krugman sieht in der „Auferstehung keynesianischen Denkens“ die meistverkannte Sensation in der heutigen Volkswirtschaftslehre.

Die Hauptaufgabe sozialdemokratischer Politik ist ein substantieller Abbau der Arbeitslosigkeit. Richtig ist, daß die Massenarbeitslosigkeit nicht nur konjunktur- und einheitsbedingt ist, sondern strukturell verfestigt ist. Deshalb reicht keynesianisch orientierte Beschäftigungspolitik allein nicht aus, um sie zu bekämpfen. Aber durch eine Kombination von beschleunigter und vom Staat unterstützter Arbeitszeitverkürzung, Stärkung der Binnennachfrage, öffentlicher Förderung von Zukunftsinvestitionen, Dienstleistungsoffensive und massiver Ausweitung öffentlich geförderter Beschäftigung kann eine Halbierung der Arbeitslosigkeit innerhalb einer Legislaturperiode erreicht werden. Die SPD und ihre Linke haben keinen Anlaß, zu resignieren oder sich mit der Massenarbeitslosigkeit abzufinden.

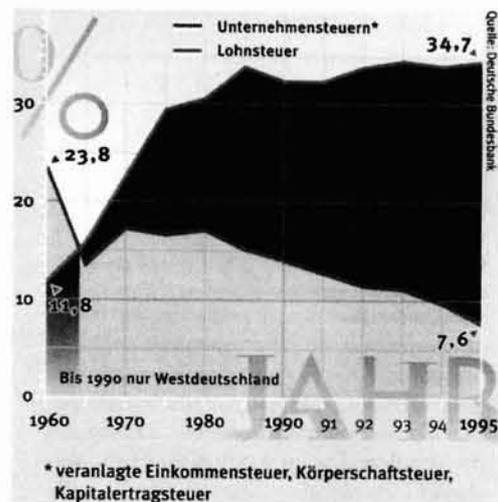
Das neoliberale Dogma, daß die sog. „Staatsquote“ gesenkt und die öffentlichen Regulierungen der wirtschaftlichen Betätigung abgebaut werden sollen, geht in die Irre und verhindert die aktive Bewältigung der großen Zukunftsaufgaben: Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, solidarische Modernisierung des Sozialstaats, ökologischer Umbau. Verantwortlich für die öffentliche Finanzkrise ist nicht ein angeblich „ausufernder Sozialstaat“ oder daß „wir über unsere Verhältnisse

gelebt“ hätten, sondern die Massenarbeitslosigkeit und die fortschreitende Umverteilung von unten nach oben, durch die wachsende Anteile des Volkseinkommens sozialen Verpflichtungen entzogen werden - die Sozialleistungsquote am Bruttoinlandsprodukt lag 1994 trotz der mit der deutschen Einheit und der Massenarbeitslosigkeit verbundenen Aufwendungen mit 33,3% unter dem Niveau Mitte der 70er Jahre. Statt Rückzug des Staates brauchen wir ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm für Beschäftigung und ökologischen Umbau. Der gewachsene gesellschaftliche Reichtum muß für die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse eingesetzt werden, statt sich zunehmend in den Händen kleiner Minderheiten zu konzentrieren.

*Das neoliberale Dogma, daß die sog. „Staatsquote“ gesenkt und die öffentlichen Regulierungen der wirtschaftlichen Betätigung abgebaut werden sollen, geht in die Irre und verhindert die aktive Bewältigung der großen Zukunftsaufgaben.*

**Spielräume in der Finanzpolitik - national und europäisch**

Die aktuelle Finanzpolitik der Bundesregierung wird durch klassisch monetaristische Überlegungen diktiert. Dabei spielen die Kriterien des Maastricht-Vertrages eine wichtige Rolle. Vor allem in Schweden und Frankreich, aber auch in Deutschland werden die z.T. drastischen Sparmaßnahmen explizit mit den für den Eintritt in die Währungsunion im Protokoll des Vertrages formulierten Referenzwerten begründet. Absolute Priorität habe die Geldwertstabilität und der Abbau der



Haushaltsdefizite und Staatsschulden. Insbesondere Finanzminister Waigel und Bundesbankchef Tietmeyer drängen auf eine harte Anwendung dieser Kriterien und strenge Bedingungen für die Anwendung der vom Vertrag ebenfalls vorgese-

henen Ausnahmen und Entscheidungsspielräume.

Mit der explodierenden Massenarbeitslosigkeit und der Krise der Staatsfinanzen in allen EU-Mitgliedsländern mehrten sich allerdings in Wissenschaft und Politik die Stimmen, die vor den deflatorischen Wirkungen der Kriterien warnen. Auch die EU-Kommission hat in ihren Vorschlägen zum Stabilitätspakt Waigels Position abgelehnt. Die SPD-Linke sollte diese Vorschläge und Oskar Lafontaines Kritik am 3%-Defizitkriterium als Eintrittsbedingung für die Währungsunion unterstützen.

Die rezessiven Wirkungen der Orientierung an den Maastricht-Referenzwerten zu Haushalt und Staatsverschuldung in der EU führen schon jetzt zu weiterem Beschäftigungsabbau. Sie werden dies auch in Zukunft tun und damit die Spirale sich zuspitzender Finanzkrisen verschärfen - mit den entsprechenden Folgen für die Akzeptanz der EU in der Bevölkerung. Für Deutschland warnt das DIW bei Fortsetzung des Waigelschen Kurses einer europaweit verschärften Finanzkonsolidierung vor einer Rezession mit einem Minuswachstum von 0,2% in 1997 und in Gesamteuropa vor einer Stagnation mit gerade 0,2% Wachstum des Bruttoinlandsprodukts.

Die Kritik an der aktuellen Finanzpolitik der Bundesregierung nimmt ebenfalls zu. Führende Wirtschaftsforschungsinstitute, namentlich das DIW, halten sie für kontraproduktiv. Eine Strategie zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte muß realistisch und beschäftigungspolitisch verantwortbar sein. Um nicht in eine Spirale nach unten zu kommen, ist in der aktuellen Situation eine antizyklische Ausweitung der Kreditfinanzierung der staatlichen Ausgaben unumgänglich. Das DIW hat mehrfach für die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte in Deutschland detailliert nachgewiesen, daß die Zunahme der Staatsverschuldung keinen Hemmschuh für die wirtschaftliche Entwicklung darstellte. Zudem ergibt sich im Verlauf mehrerer Jahre eine weitgehende Selbstfinanzierung öffentlicher Konjunktur- und Beschäftigungspolitik. Empirisch nachgewiesen ist außerdem (u.a. von Oberhauser und vom DIW), daß erhöhte Kreditaufnahme nicht zwangsläufig Zinsen und Inflation hochtreiben muß. Auch das japanische Beispiel der letzten Jahre bestätigt dies.

Öffentliche Beschäftigungs- und Investitionspolitik muß starke strukturelle Momente beinhalten und ist deshalb mehr als die frühere globale Konjunktursteuerung. Dabei können nicht einfach die früheren Wachstumsstrategien kopiert werden, vielmehr müssen kreditfinanzierte Ausgabenprogramme mit dem sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaftsstrukturen verbunden werden. Die Innovationspotentiale der deutschen Wirtschaft sind dringend entwicklungsbedürftig. Überkommene, hierarchische Managementstrukturen, die in Deutschland besonders ausgeprägt sind, müssen überwunden, das Kreativitätspotential der „Humanressourcen“ muß besser entwickelt werden.

Der mittelfristig unverzichtbare Abbau der dramatisch hohen strukturellen Staatsverschuldung ist neben dem Abbau der Massenarbeitslosigkeit v.a. durch höhere Einnahmen zu bewerkstelligen. Das ist sozial und ökonomisch am sinnvollsten durch höhere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen und von aufgrund fehlender Nachfrage und hoher Zinsen nicht beschäftigungswirksam investierten Unternehmensgewinnen zu erreichen. Natürlich kann und muß in den öffentlichen Haushalten auch viel abgebaut werden, und zwar an erster Stelle durch einen radikalen Abbau ökologisch schädlicher und sozial verfehlter Subventionen, von denen unser Steuersystem nur so wimmelt. Allein durch nicht abgezinste und ungerechtfertigte Rückstellungen der Energieversorgungsunternehmen für Entsorgungslasten der Atomenergie entgehen dem Staat jährlich mehrere Milliarden DM. Abzulehnen sind aber aus sozialen und ökonomischen Gründen Kürzungsmaßnahmen zu Lasten der nachfragewirksamen Massen- und Sozialeinkommen, von Bildung und sozialen Dienstleistungen.

Die europäische Währungsunion muß kommen, und zwar so schnell wie möglich. Sie setzt nicht nur den Währungsspekulationen zwischen den europäischen Währungen ein Ende und erhöht nicht nur die Unabhängigkeit der Geld- und Währungspolitik des alten Kontinents gegenüber dem US-Dollar. Sie ist zugleich ein wesentlicher Hebel auf dem Weg zu einer international abgestimmten Steuerung der internationalen Finanzmärkte.

Andererseits müssen die Maastricht-Kriterien, die jetzt nicht mehr veränderbar sind, in Richtung größerer Spielräume für Staatsschulden und Haushaltsdefizit weit interpretiert werden und dazu die im Vertrag bewußt angelegten breiten Interpretationsspielräume genutzt werden, um den an der Währungsunion teilnehmenden Ländern eine offensive Beschäftigungspolitik zu ermöglichen. Außerdem muß das Vertragswerk der EU um beschäftigungspolitische, soziale und ökologische Anforderungen ergänzt werden. Wir unterstützen die soeben vom DGB auf Basis eines DIW-Gutachtens in diesem Sinne veröffentlichte Position. Deutschland muß bei den Maastricht-II-Verhandlungen in diese Richtung drängen und dabei sein großes Gewicht einbringen und den Vorreiter spielen; unsere Nachbarstaaten warten geradezu darauf.

### Spielräume in der Geldpolitik - gegen den Monetarismus der Bundesbank

Die Behauptung der herrschenden ökonomischen Ideologie lautet: Im Zeitalter globalisierter Finanzströme bewegen sich die Zinsen nach den Gesetzen der internationalen Kapitalmärkte, für national entwickelte geldpolitische Steuerungsmechanismen ist kein Platz mehr. Versuche, der schrittweisen Entmachtung der nationalen Notenbanken Einhalt zu gebieten, seien wirkungslos.

Das DIW hat diese Auffassungen in zahlreichen Untersuchungen als unhaltbar widerlegt. Anhand empirischer Untersuchungen belegen die Berliner Ökonomen, daß von einer zwangsläufigen Dominanz der US-amerikanischen über die deutsche Zinsentwicklung nicht gesprochen werden kann. „Daß eine eigenständige Geldpolitik trotz hochintegrierter Finanzmärkte möglich ist, hat die Bundesbank nach der deutschen Vereinigung unter Beweis gestellt. ... Auf mittlere Sicht ist eine größere Eigenständigkeit der deutschen Geldpolitik notwendig. Die Globalisierung der Finanzmärkte steht dem nicht entgegen. ... Die Zinsentwicklung Japans zeigt, daß eine eigenständige Geldpolitik selbst über längere Zeiträume möglich ist.“ (DIW-Wochenbericht 11/95)

Die Spielräume deutscher (und europäischer) Geldpolitik müssen konsequent im Sinne einer offensiven Beschäftigungspolitik für niedri-

*Um nicht in eine Spirale nach unten zu kommen, ist in der aktuellen Situation eine antizyklische Ausweitung der Kreditfinanzierung der staatlichen Ausgaben unumgänglich. Die Maastricht-Kriterien müssen in Richtung größerer Spielräume für Staatsschulden und Haushaltsdefizit weit interpretiert werden, um eine offensive Beschäftigungspolitik zu ermöglichen.*

ge Zinsen genutzt werden. Daß der ECU wie die DM als internationale Reservewährung eine „Hartwährung“ sein wird, wird dadurch überhaupt nicht in Frage gestellt.

**Re-Regulierung der Finanzmärkte**

Lafontaines Initiative für verstärkte internationale Koordinierung ist angesichts der gefährlichen Verselbstständigungstendenzen auf den internationalen Finanzmärkten rückhaltlos zu begrüßen. Allerdings darf sie nicht zur Vernachlässigung der dargestellten nationalen Hausaufgaben führen, insbesondere für den Fall, daß internationale Vereinbarungen nicht zustande kommen oder sich verzögern.

Eine wesentliche Rolle spielen dabei die Unsicherheiten auf den Währungsmärkten mit ihren Abwertungswettläufen von Schwachwährungsländern, die die Spekulation antreiben. Wir brauchen eine wirksame internationale Koordinierung der Währungspolitiken. Auch wenn der Einfluß der Währungsspekulation nicht überinterpretiert werden darf, scheint doch Hankels Vorschlag der Einführung eines Weltrechnungsgeldes in Form von Sonderziehungsrechten (in Anknüpfung an Keynes' *bancor*) eine ernsthafte Prüfung wert zu sein. Ebenso wichtig wie die EU-Währungsunion sind Grundelemente einer währungspolitischen Vereinbarung zwischen den vier/fünf führenden Hartwährungsländern. Auf jeden Fall gehört dieses Thema auf die Agenda der Maastricht-II-Verhandlungen.

Die SPD steht darüberhinaus in der Pflicht, den auf dem Mannheimer Parteitag beschlossenen Antrag zur Bekämpfung der Kapitalflucht umzusetzen, in dem u.a. Elemente einer Sonderbesteuerung der Devisenumsätze skizziert werden.

**3. Einkommensteuer: Entlastung für Millionen - Belastung für Millionäre**

Das Kernproblem des Einkommensteuerrechts ist weder eine angeblich zu hohe Steuer- und Abgabenbelastung quer über alle privaten Haushalte noch pauschal zu hohe Steuersätze, sondern der Dschungel an Subventionen, Vergünstigungen und Schlupflöchern, die von Beziehern hoher Einkommen, insbesondere aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, dazu genutzt werden können, ihre effektive Steuerbelastung weit unter die nominalen Steuersätze zu

drücken. Aufgrund dessen werden nur noch 57% der Volkseinkommens von der Einkommensteuer erfaßt, *Einkommen über 120.000 zahlen effektive Steuersätze, die kaum über 30% liegen.* Der formal existierende linear-progressive Tarif im Einkommensteuerrecht ist außer Kraft gesetzt, ihm sind faktisch nur noch Arbeitnehmer mit unterem und mittlerem Einkommen unterworfen, diese zahlen oft mehr Einkommensteuer als Spitzenverdiener.

In einer Zeit, in der das Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit faktisch außer Kraft gesetzt ist, in der zugleich die bevorteilten einkommensschichten über ihre unter Helmut Kohl beträchtlich ausweiteten geldvermögen - das obere Zehntel der privaten Haushalte besitzt die Hälfte aller Geldvermögen - den großen Batzen aus der Bedienung der staatlichen schulden kasieren, *muß die SPD klipp und klar sagen, daß eine Phase der Umverteilung von oben nach unten und von oben zu den öffentlichen Händen notwendig ist.* Diejenigen, die von der Umverteilung der letzten 10 Jahre profitiert haben, müssen zu einem angemessenen Beitrag zur Wiederherstellung sozialer Gerechtigkeit herangezogen werden. Diese Rückumverteilung wird eine deutliche Entlastung bei Steuern und Abgaben mit sich bringen - und zwar primär des unteren und in zweiter Linie des mittleren Einkommensdrittels.

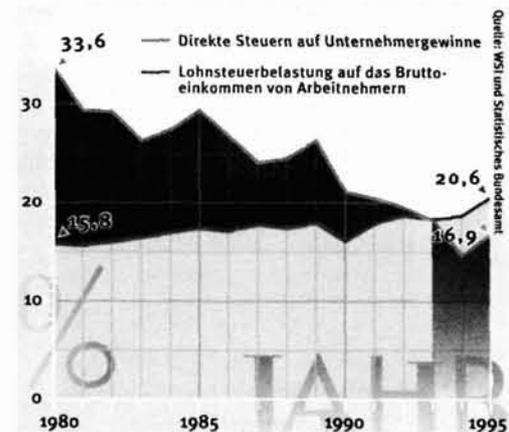
so richtig die Erkenntnis ist, daß „von einem umfassenden Abbau von Steuervergünstigungen ... die ganz überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmer profitiert“ (AG Finanzen), so unvermeidlich ist es, ohne wenn und aber die Konsequenz dieser Position auszusprechen: *Die SPD kann nicht nur Steuerentlastungspartei sein wollen.* Sie muß dem oberen Drittel der Haushalte offen sagen, daß die Angleichung der effektiven Besteuerung an die Nominalsätze für sie bedeutet, daß sie mehr zur Kasse gebeten werden, weil stärkere Schultern mehr tragen können als schwächere. *„Aufkommensneutralität“ darf nicht zur Generalklausel sozialdemokratischer Steuer- und Finanzpolitik werden.* Etwa ab einem Einkommen oberhalb der Versicherungspflichtgrenze der Rentenversicherung ist eine höhere und progressiv wachsende Nettobelastung notwendig und zumutbar. Ohne spürbare Umverteilung auf der Ebene der Einkommen ist im

übrigen die Gegenfinanzierung sozialdemokratischer Reformpolitik lückenhaft.

**Konkrete Reformgrundsätze<sup>1</sup>**

1. Absenkung des Eingangsteuersatzes auf 18%, Erhöhung des Grundfreibetrages auf 14/28 TDM, Rückkehr zum linear-progressiven Tarif, keine weitere Senkung des Spitzensteuersatzes.
2. Der Steuervorteil aus dem ehegattensplitting wird auf DM 8.000 begrenzt, das Kindergeld wird spürbar erhöht.
3. Grundsätzliche Abkehr von Steuervergünstigungen privater Einkommen hin zu direkten selektiven Finanzhilfen.
4. Abschaffung der progressionsabhängigen und damit die oberen Einkommensschichten bevorzugenden Steuervergünstigungen. Soweit diese ökonomisch (z.B. zur Mobilisierung privaten Kapitals), sozial und ökologisch sinnvoll sind, werden sie nur als Abzug von der Steuerschuld statt wie bislang als abzug vom Einkommen gewährt.
5. Die Absetzung privat veranlaßter Ausgaben als Betriebsausgaben, die insbesondere von Zahnärzten, Ärzten, Rechtsanwälten u.a. Freiberuflern in Anspruch genommen wird, ist durch verschärfte Betriebsprüfungen zu unterbinden. Zusätzlich sind in einigen Bereichen Typisierungen

*Das Kernproblem des Einkommensteuerrechts ist der Dschungel an Subventionen, Vergünstigungen und Schlupflöchern, die von Beziehern hoher Einkommen dazu genutzt werden können, ihre effektive Steuerbelastung weit unter die nominalen Steuersätze zu drücken.*



(zur Begrenzung z.B. von Vermietung von Immobilien im Betriebsvermögen an sich selbst) und Begrenzungen (z.B. der Absetzbarkeit von Dienstwagen) einzuführen.

6. Das Ende 1998 auslaufende Fördergebietsgesetz für die Neuen Bundesländer, von dem vor allem hohe Einkommen profitieren, wird grundlegend novelliert. Die Sonderabschreibung auf Immobilien wird abgeschafft, ebenso die Praxis der Ver-

rechnung von reinen Buchverlusten mit dem Einkommen bei Beteiligungen an Immobiliengesellschaften, die Immobilien kreditfinanziert erwerben oder renovieren, während gleichzeitig an der Wertsteigerung der Immobilie partizipiert wird. Der dadurch bedingte Abzug von privaten Finanzmitteln wird kompensiert durch direkte, nach wohnungspolitischen Prioritäten vergebene öffentliche Fördermittel.

7. Die im Gegensatz zu gewerblichen Immobilien beim Verkauf privat genutzter Immobilien geltende Steuerfreiheit der Wertsteigerung nach einer Frist von zwei Jahren wird ebenso wie die Steuerfreiheit von Spekulationsgewinnen auf Aktien und Wertpapiere nach einer Frist von sechs Monaten abgeschafft. Verluste sind dann zwangsläufig vom Einkommen abziehbar.

8. Die Steuerflucht wird durch Stichprobenverfahren für hohe Kapitalvermögen eingedämmt. Dazu wird das in § 30a der Abgabenordnung garantierte Ermittlungsverbot der Steuerbehörden eingeschränkt.

9. Die skandalösen Defizite im Vollzug des Steuerrechts werden durch eine konsequente Bekämpfung der Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit abgebaut. Dazu sind die entsprechenden Planstellen bei den Vollzugsbehörden zu schaffen. Die dabei bei den Bundesländern anfallenden zusätzlichen Personalkosten werden durch die entsprechenden Steuer Mehreinnahmen, die nicht in den Länderfinanzausgleich eingehen dürfen, gegenfinanziert.

10. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ist abzulehnen. Eine Senkung bzw. vorzeitige Streichung des Solidarzuschlages kommt wegen seiner positiven Verteilungseffekte erst bei hinreichend entspannten öffentlichen Finanzen in Frage.

#### 4. Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung: Sozialer Lasten- und Chancenausgleich

Die zunehmende soziale Polarisierung in Deutschland drückt sich am deutlichsten in der wachsenden Konzentration der Vermögen aus, die zudem völlig ungenügend besteuert werden. Dazu hat ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts festgestellt, daß die bisherige systematisch zu niedrige Bewertung und damit Besteuerung von Immobilienvermögen gegenüber anderen Vermögensarten verfassungswidrig ist. Die Koalitionsparteien nehmen be-

stimmte umstrittene und rechtlich nicht bindende Formulierungen in den weiteren Ausführungen des Gerichts zu diesem Urteil zum Vorwand, um die Vermögensteuer ganz abzuschaffen.

*Tatsächlich hat das Gericht die grundsätzliche Verfassungsmäßigkeit der Vermögensteuer ausdrücklich bestätigt. Auch eine Erhöhung schließt das Urteil nicht aus, zumal ihr Aufkommen sich bereits seit 1970 von 1,9% des Steueraufkommens auf noch 1% 1995 reduziert hat und es auch in anderen Industrieländern eine z.T. deutlich höhere Vermögensbesteuerung gibt. Das Karlsruher Urteil läßt den Einsatz der Vermögensteuer zu Zwecken der Umverteilung ausdrücklich offen: „Ob und inwieweit die Vermögensteuer unter anderen steuerrechtlichen Rahmenbedingungen auch als Instrument der Umverteilung eingesetzt werden darf, bedarf hier keiner Entscheidung.“ Zudem ist der Halbteilungsgrundsatz des Urteils - der keinen rechtlich bindenden Bestandteil des Urteils darstellt -, demzufolge die steuerliche Gesamtbelastung der Haushalte 50% der Einnahmen nicht übersteigen soll, auf die Effektivbelastung und nicht auf nominale Phantomsätze bezogen.*

Es ist deshalb an dem Grundsatz festzuhalten, daß das Vorhandensein von Vermögen eine besondere finanzielle Leistungsfähigkeit begründet und in aller Regel Einkünfte damit verbunden sind, aus denen die Steuer problemlos bezahlt werden kann. Es darf auch nicht vergessen werden, daß ein der Vermögen- oder Erbschaftsteuer unterworfenen Vermögen immer auch die Grundlage bieten wird, um nötigenfalls einen Kredit aufnehmen und die damit verbundenen Belastungen finanzieren zu können. Die immer wieder angeführten Probleme bei der Vererbung von Betriebsvermögen sind auch nicht durch die Erbschaftsteuer bedingt, sondern treten dann auf, wenn einzelnen Erben ihr Anteil aus dem Betriebsvermögen ausgezahlt werden muß.

Die SPD fordert eine verfassungsgemäße Neuregelung der Bewertungsgrundlagen des Grundvermögens und den Erhalt der Vermögen- und der Erbschaftsteuer, allerdings bei übertrieben starker Anhebung der Freibeträge und Senkung der Steuersätze, so daß keine relevanten Mehreinnahmen erzielt würden. Außerdem wird über eine zeitlich befr-

stete Vermögensabgabe im Zuge eines gesellschaftlichen Lastenausgleichs, ggf. als Ersatz für den Wegfall des Solidaritätszuschlages, diskutiert. Leider ist dieser Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden Scharping bisher nicht weiter konkretisiert und offensiv durch die Partei vorgetragen worden.

Die sozialdemokratische Linke im Frankfurter Kreis hält ebenfalls eine Erhöhung der Freibeträge für notwendig, um auch bei neugeregelten Bewertungsgrundlagen das normale Gebrauchsvermögen bis zum Wert eines üblichen Einfamilienhauses steuerfrei zu stellen. Wesentlich darüber hinausgehende Freibeträge sind allerdings abzulehnen, ein angemessener Freibetrag wäre 500.000 DM (netto, also nach Abzug aller noch bestehenden Belastungen des Vermögens). Außerdem sollte bei der Erbschaftsteuer von der bisherigen Erbanfall- auf eine *Nachlaßbesteuerung* umgestellt werden, der Freibetrag bezöge sich also auf die gesamte Erbschaft, nicht auf die einzelnen Erben. Für diese könnte zusätzlich ein wesentlich niedrigerer persönlicher Freibetrag eingeräumt werden, max. 100.000 DM. Die Bewertung ist am Sach- bzw. Verkehrswert zu orientieren, Bewertungsabschläge von Betriebs- und Immobilienvermögen sollten maximal 25% des Verkehrswerts betragen, Liquiditäts- und Realisierungsnachteile können durch Stundungsregelungen ausgeglichen werden.

*Eine allgemeine Senkung der Steuersätze ist nicht geboten. Auch in Anbetracht der Tatsache, daß in anderen entwickelten Industrieländern der Anteil der Vermögensteuern am Sozialprodukt bis zum Vierfachen des Wertes in Deutschland beträgt und auch die Erbschaftbesteuerung z.T. deutlich höher ist, ist kurzfristig eine Verdopplung des Aufkommens dieser Steuern (1995: Vermögensteuer 7,86 Mrd. DM, Erbschaftsteuer 3,55 Mrd. DM) anzustreben. Die theoretischen Spielräume wären noch weit höher: „Setzt man die Schwelle des normalen 'Familien-Gebrauchsvermögens' bei 500.000 DM je Haushalt ... an, so ergibt sich ... die potentielle Steuerbasis mit rund 3,7 Billionen DM. Bei Anwendung des gegenwärtigen normalen Steuersatzes für natürliche Personen in Höhe von 1 vH könnte so ein Steueraufkommen von 37 Mrd. DM erzielt werden.“ (DIW-Wochenbericht 30/96) Auf-*

*Kurzfristig ist eine Verdopplung des Aufkommens der Vermögen- und der Erbschaftsteuer anzustreben. Aufgrund des in den nächsten Jahren steigenden Erbschaftsvolumens ist dabei ein zukünftig überproportionales Wachstum des Erbschaftsteueraufkommens zu erwarten.*

grund des in den nächsten Jahren steigenden Erbschaftsvolumens ist dabei ein zukünftig überproportionales Wachstum des Erbschaftsteueraufkommens zu erwarten und verteilungspolitisch geboten, um einen bescheidenen Ausgleich für die wachsende Ungleichheit der sozialen Chancen zu ermöglichen.

Darüberhinaus ist im Zuge eines gerechten Lastenausgleichs zur Finanzierung der deutschen Einheit eine befristete Sonderabgabe auf große Vermögen zu erheben, die am sinnvollsten an der Vermögensteuer ansetzen sollte.

**5. Reform der Unternehmensbesteuerung: Aussagefähige Gewinnermittlung und angemessene Besteuerung**

Die Steuerbelastung von Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ist seit 1980 dramatisch zurückgegangen. Während 1980

mögen trotz hoher nominaler Steuersätze im internationalen Vergleich eher unter dem Durchschnitt. Dies belegen sowohl gesamtwirtschaftliche Kennzahlen als auch Vergleiche der Vorsteuer bzw. Nachsteuerrendite von Investitionen, wie sie jüngst vom Ifo-Institut vorgelegt wurden. Weitere Steuererleichterungen im Unternehmenssektor können daher nicht mit angeblich niedrigeren Steuern in anderen Ländern begründet werden.

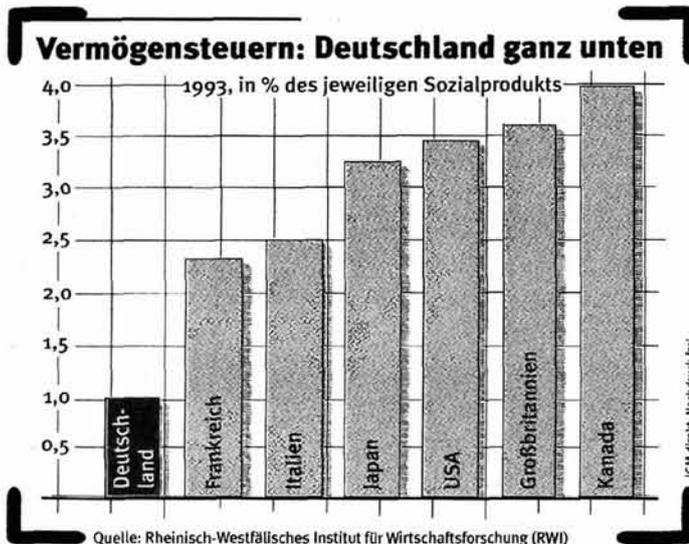
Der Anteil der Körperschaftsteuer am gesamten Steueraufkommen ging von 5,8% in 1980 auf 2,2% in 1995 zurück; der Anteil der veranlagten Einkommensteuer sogar von 10,1% auf nur noch 1,7%. Dies macht deutlich, wo eine der zentralen Ursachen der aktuellen Krise der öffentlichen Finanzen liegt. *Der in der Standortdebatte unterstellte arbeitsplatzschaffende Effekt niedriger Unternehmensteuern ist durch*

Wenn gleichzeitig die zahlreichen Ungleichbehandlungen ökonomisch vergleichbarer Sachverhalte beseitigt werden, ist es durchaus möglich, bei steigenden Unternehmenssteuereinnahmen in bestimmten Bereichen die Belastung der Erträge aus Realinvestitionen zu verringern. Dazu muß zugleich das *eklatante Belastungsgefälle zwischen kleinen und mittleren Unternehmen einerseits und den Gewinnen großer, insbesondere multinationaler Unternehmen sowie Einkünften aus Privatvermögen* (Finanzanlagen, Immobilien) abgebaut und eine gleichmäßige Besteuerung wirtschaftlich vergleichbarer Sachverhalte durchgesetzt werden.

Wir schlagen vor, die Einkünfte aus Gewerbebetrieb, Land- und Forstwirtschaft, selbständiger Arbeit und Vermietung/Verpachtung in einer Einkünftsart – Einkünfte aus Betrieb – zusammenzufassen und im Rahmen einer *allgemeinen Betriebssteuer* zu versteuern. Kleinunternehmen haben aus Vereinfachungsgründen die Möglichkeit, für die Einkommensteuer zu optieren. Bei der Betriebssteuer wird das Unternehmen unabhängig von der Rechtsform als (steuerlich) von seinen Eigentümern unabhängige Einheit behandelt. Der Unternehmensgewinn wird dann mit einem einheitlichen Steuersatz der Einkommensteuer liegen muß, belastet wird. Bei Ausschüttungen bzw. Entnahmen, die beim Empfänger der Einkommensteuer unterliegen, wird die Betriebssteuer auf die Einkommensteuer angerechnet. Auf diese Weise werden ausgeschüttete bzw. entnommene Gewinne oberhalb eines „gesellschaftlich anerkannten Unternehmerlohns“ höher besteuert als Gewinne, die im Unternehmen verbleiben. Die anachronistische Befreiung nichtgewerblicher Unternehmen von der (bzw. die Sonderbelastung gewerblicher Unternehmen durch die) Gewerbesteuer wird aufgehoben, indem die Gewerbesteuerpflicht direkt an die Betriebssteuerpflicht anknüpft.

Die Argumentation mit nominalen Steuersätzen ist überdies irreführend, weil diese nichts darüber aussagen, welche Gestaltungsmöglichkeiten den Steuerpflichtigen bei der Gewinnermittlung offenstehen. Im deutschen Steuerrecht sind diese Möglichkeiten, aufbauend auf weitreichenden handelsrechtlichen Spielräumen (Vorsichtsprinzip), be-

*Der in der Standortdebatte unterstellte arbeitsplatzschaffende Effekt niedriger Unternehmenssteuern ist durch wissenschaftliche Untersuchungen und durch die reale Entwicklung eindeutig widerlegt worden.*



bei den Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit die direkten Steuern noch 33,6% der Gewinne betragen, waren es 1993 noch 18,3% (Zahlen des Stat. Bundesamtes). Ganz offensichtlich kann deshalb nicht davon die Rede sein, daß die Steuerbelastung der Unternehmen in Deutschland zu hoch sei; theoretisch nach den geltenden Nominalsätzen mögliche Belastungen von 65% und mehr haben mit der Realität nichts zu tun. Ursache dafür sind ausufernde Gestaltungsspielräume und Schlupflöcher im deutschen Steuerrecht, die zu einer weltweit einmaligen Diskrepanz zwischen nominaler und effektiver Steuerbelastung führen. Tatsächlich liegt die *Belastung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Ver-*

*wissenschaftliche Untersuchungen, die die Bedeutung der Steuerhöhe für die Standortwahl relativieren, und durch die reale Entwicklung eindeutig widerlegt worden:* Während die Unternehmenssteuerbelastung halbiert wurde, stieg die Arbeitslosenquote auf das Doppelte. Höhere Nettogewinne verwandeln sich eben nicht automatisch in neue Investitionen, wenn die Nachfrage ausbleibt. *Zugleich schränken aber die Steuermindereinnahmen die Spielräume für eine aktive Beschäftigungspolitik massiv ein.*

Bei der Reform der Unternehmensbesteuerung ist daher das für den gesamten Bereich der Unternehmensgewinne und Vermögenseinkommen geltende Dogma der Aufkommensneutralität überholt.

sonders ausgeprägt. Die geschickte Kombination mehrerer Elemente ermöglicht Steuerersparnisse, die oft weit über das vom Gesetzgeber intendierte Maß hinausgehen. Besonders vorteilhaft ist dies für größere, diversifizierte Unternehmen und international operierende Konzerne, die zusätzlich durch Verrechnungspreise bei konzerninternen Lieferungen, interne Kreditbeziehungen u.ä. Gewinne nahezu beliebig in das jeweils steuerlich günstigste Land verschieben können. Hinzu kommen ausufernde Rückstellungen, Wertberichtigungen etc., die natürlich vor allem für prosperierende Unternehmen von Interesse sind. Viele steuerliche Subventionen zeichnen sich gerade dadurch aus, daß ihre Inanspruchnahme eine besonders hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit voraussetzt. Auch für den Bereich der Unternehmensbesteuerung muß der Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit gelten. Die steuerlichen Gewinnermittlungsvorschriften sind deshalb so umzugestalten, daß sie unabhängig von der Handelsbilanz ein zutreffendes Bild der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens zeichnen.

1. Beibehalten werden sollten generell Abschreibungsregelungen, die dem tatsächlichen Werteverzehr mindestens entsprechen, um jede Begünstigung von Finanz- gegenüber Realinvestitionen auszuschließen. Sonderabschreibungen mit speziellem Lenkungszweck sind auf offene Zuschüsse oder vergünstigte Darlehen umzustellen.

2. Umso notwendiger ist es aber, jegliche Veräußerungsgewinne (Erlös minus Buchwert) auch als solche zu behandeln. Steuerbegünstigungen (im Betriebsvermögen) und -befreiungen (im Privatvermögen) für Veräußerungsgewinne außerhalb der Spekulationsfristen sind daher zu streichen.

3. Die Möglichkeiten, Gewinne durch Bildung von Rückstellungen der Besteuerung zu entziehen, sind auf einige wenige, präzise definierte Fälle (z.B. Pensionsrückstellungen) zu begrenzen. Generell sind alle Rückstellungen mit einem realistischen Satz abzuzinsen, damit nur der aktuelle Wert der zukünftigen Belastung angesetzt wird. Darüber hinaus sind Einschränkungen bei Pauschalwertberichtigungen erforderlich.

4. Die Verlagerung der Steuerbasis in Niedrigsteuergelände ist zu unterbinden. Deshalb müssen

- die Möglichkeiten, Gewinne über Finanzierungsgesellschaften in Niedrigsteuergelände zu verlagern eingeschränkt werden,
- die Gewinngestaltung durch konzerninterne Verrechnungspreise für Patente, Lizenzen u.ä. schärfer kontrolliert werden,
- die Anrechnung im Ausland gezahlter Steuern (wie z.B. in den USA) an die Stelle der generellen Freistellung im Ausland versteuerter Gewinne treten.
- innerhalb der Europäischen Union Standards für eine Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung festgelegt werden, um inner-

gemeinschaftliche Steueroasen zu verhindern.

Zur Sicherung der kommunalen Finanzen ist eine *Revitalisierung der Gewerbesteuer* notwendig. Die Gewerbesteuerpflicht muß auf alle Unternehmen im Sinne des Umsatzsteuergesetzes ausgedehnt werden (d.h. auch Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte und Notare u.a. werden gewerbesteuerpflichtig), die Bemessungsgrundlage verbreitert und vereinheitlicht (Geschäftsführergehälter/ Freibeträge, Hinzurechnungsvorschriften etc.) werden. Die Gewerbesteuer als stabilisierendes Element muß erhalten und gestärkt werden.

Mittelfristig sollte die Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wertschöpfungssteuer weiterentwickelt werden. Die breite Bemessungsgrundlage Wertschöpfung ist am ehesten geeignet, den Prinzipien der fiskalischen Äquivalenz und des Interessenausgleichs zwischen Betrieben und Kommunen Rechnung zu tragen, sie weist ein günstigeres Streuungsverhalten als die Gewerbesteuer auf und gewährleistet nicht nur formal eine der Selbstverwaltungsgarantie des Grundgesetzes entsprechende Nutzung des Hebesatzrechts. Sie ist überdies entgegen manchen diesbezüglichen Schmähungen durchaus einfach zu erheben.

spw

1 In Detlev von Larchers Vorschlag für eine Reform der Einkommensteuer vom 22.08.96 sind einzelne Maßnahmen modellhaft noch konkreter ausgeführt.

*„Diejenigen Ausreden, in denen die AG keine Steuern bezahlen kann, werden in einer sogenannten Bilanz zusammengestellt.“*

*(Kurt Tucholsky)*

## Brückenbau ins Dritte Jahrtausend?

Die USA nach den Wahlen

Von Edgar Göll\*

In einer raffinierten Umkehrung der Wahlkampfparole des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Dole, der eine „Brücke in die glorreiche Vergangenheit“ zu bauen versprochen hatte, parierte der De-

okrat Clinton, indem er sich als Brückenbauer ins dritte Jahrtausend präsentierte und somit an die Traditionen des Pragmatismus und Optimismus anknüpfte.

Auch die entscheidende Frage Clintons: „Geht es euch besser als vor vier Jahren?“ ist von der Mehrheit der US-WählerInnen mit einem mehr oder weniger klaren Yes beantwortet worden. Vor allem die Unternehmer und Aktionäre konnten diese Frage eindeutig mit Ja quittieren, denn während der Amtszeit Clintons haben sie enorm gewonnen: die Profite der Unternehmen sind um 15-18% geklettert und die wichtigsten Börsenwerte wie der

Dow-Jones- oder Standard & Poors-Index sind in diesem Jahr ebenfalls um 15-18% angestiegen. Andere Segmente der US-Bevölkerung haben keine derartigen Erfolgsmeldungen zu resümieren, die Reallöhne stagnieren oder fallen leicht. Aber Clinton scheint ihnen als kleineres Übel vielversprechender gewesen zu sein als der greise, hölzern wirkende Bob Dole, der keine erkennbare Alternative anbot. Und eine Alternative war zum „weiter so“ auch scheinbar weder nötig noch erwünscht.

Unter Clinton waren - gegen enorme Widerstände - umfangreiche Maßnahmen eingeleitet wor-

\* Dr. Edgar Göll, Sozialwissenschaftler, Berlin

den: das Haushaltsdefizit reduziert, das Steuersystem gerechter gemacht, die Unterstützung für Arme erhöht, ein freiwilliger Sozialdienst geschaffen („Americorps“), ein Verbrechenbekämpfungsgesetz durchgesetzt, eine Reform der Administration („Reinventing Government“) auf den Weg gebracht und eine Gesundheitsreform ent-, aber auch verworfen.

**Divided People –  
Divided Government**

Bedeutsam ist, daß die erst vor zwei Jahren erzielten Mehrheiten der Republikaner in beiden Kammern im Kongreß (Repräsentantenhaus und Senat) bestätigt worden sind. Die USA werden also weiterhin mit einem „divided government“ regiert: die Exekutive ist demokratisch, die Legislative republikanisch dominiert, beide halten sich gegenseitig in Schach, ggf. bis hin zur gegenseitigen Blockierung: keine Experimente bitte. Clinton, als „New Democrat“ bereits nach rechts angepaßt, will im Laufe seiner zweiten Amtszeit noch „überparteilicher“ handeln als bisher und nach den Rücktritten wichtiger Mitarbeiter sogar Republikaner in sein Kabinett aufnehmen. Offen bleibt, ob daraus tragfähige Kompromisse entstehen.

Einer der erstaunlichen und zugleich wichtigsten Faktoren für den

Wahlsieg Clintons ist der rapide Abstieg des Erzkonservativen Newt Gingrich: vor zwei Jahren war er der Polit-Star und galt als gefährlicher potentieller Herausforderer Clintons. Einen großen Teil des maßgeblich von ihm konzipierten neoliberalen und rechtsextrem-populistischen Programms „Contract with America“ hat er durch den Kongreß lanciert, teilweise mit rabiaten Methoden. Doch sein Stern erlosch, als er zu absolutistisch und selbstherrlich auftrat (in den Medien wurde dann zur Erklärung seines Charakters seine frühe Sozialisation aufgerollt), als er mit seiner starren Haltung zum Beispiel dafür sorgte, daß eine Einigung über den Bundeshaushalt monatelang blockiert wurde und hunderttausende Staatsangestellter nicht arbeiten konnten: einige Tätigkeiten des Staates wurden dadurch doch als notwendig und sinnvoll wahrgenommen.

Hier funktionierte ein uramerikanischer Mechanismus: anmaßende Politiker werden („Checks and Balances“) bei Überschreitung ihres Wirkungskreises in die vorgesehenen Schranken gewiesen. Allerdings gehen die Uhren in Gingrichs Heimatstaat Georgia etwas anders und der Lokalpatriotismus schlug durch: Newt wurde wiedergewählt und ist somit wieder Speaker des Repräsentantenhauses - dem wichtigsten poli-

tischen Amt hinter der Präsidentschaft. Ein ähnlich erzkonservativer, uralter Hardliner, Jesse Helms, wurde ebenfalls wiedergewählt. Er ist Vorsitzender im wichtigen Senatsausschuß für Außenpolitik und ist bspw. verantwortlich für das Helms-Burton-Gesetz, mit dem das US-Embargo gegen Cuba nochmals verschärft worden ist. Er betreibt auch die Verunglimpfung der UN und die Verhinderung der Wiederwahl von Boutros Ghali als UN-Generalsekretär.

Die Politikverdrossenheit ist weiter gestiegen, während die Wahlbeteiligung weiter absank. Trotz einiger Erleichterungen des Wahlgangs (Wegfall von Wahlregistrierungsprozeduren) und erneuten Rekordausgaben für die Wahlkämpfe lag die Wahlbeteiligung nur bei 49% und stellt einen neuerlichen Minusrekord dar. Wahlmüdigkeit, Zynismus, Selbstzufriedenheit, Ignoranz und Frustration der Hälfte der US-BürgerInnen ist demnach auch durch Verfahrensreformen und verstärkte Werbemaßnahmen nicht behebbar.

Eine wichtige Ursache für die Unzufriedenheit ist der weitverbreitete Eindruck, es herrsche das sogenannte „Gridlock“, die wechselseitige Blockierung zwischen Kongreß und Weißem Haus. Den Bürgern wichtig erscheinende Probleme sind demnach nicht angepackt worden. Die Inkompetenz der Demokraten,

*Ein populärer Witz:  
In einer Wahlveranstaltung verkündet Clinton voller Stolz, während seiner Präsidentschaft seien Millionen neuer Jobs geschaffen worden. Da steht eine Frau aus dem Publikum auf und sagt: „Ja, und ich habe drei davon!“*



Foto: Thomas Diller, Köln

als wirkungsvolle Opposition tätig zu werden einerseits, und der Obstruktionismus der Republikaner andererseits, führten für die US-Bürger zu dem Eindruck eines inzwischen intolerablen Ungenügens des politischen Establishments im fernen Washington. Schließlich ist die Befindlichkeit der US-Amerikaner äußerst gereizt angesichts der zunehmenden Schere zwischen dem alltäglichen Problemdruck einerseits und der abnehmenden Lösungskompetenz der politischen Institutionen und Akteure andererseits. Unter dem Eindruck der Infragestellung vieler Selbstverständlichkeiten, Existenzunsicherheit, Zukunftsangst und Orientierungslosigkeit fühlen sich insbesondere die Mittelschichten sehr gefährdet. Sie finden sie in der Politik kein konzeptionelles Echo, und an den offiziös in Szene gesetzten Zweckoptimismus glauben nur noch wenige. Die „Partei der Indifferenten“ hat mangels wirklicher Alternativen die größten Gewinne erzielt.

Ökonomisch läßt sich eine zunehmende Polarisierung beobachten. Rekordgewinne existieren neben Rekordverlusten, gigantische Firmenzusammenschlüsse gehen einher mit großen Stilllegungen. Abstiegsängste korrespondieren mit Bedrohungsgefühlen (dafür werden neue Feindbilder kreiert). Die soziale Polarisierung nimmt weiter zu, fast kann man in manchen Regionen von sozialer Apartheid sprechen. Und trotz der Millionen neuer Jobs, die teils im Hochlohnbereich, häufig aber im unteren Verdienstspektrum angesiedelt sind, verbreitet sich Angst gerade wegen der damit verbundenen Fluktuation. Gerade zu den Rekordjobzuwächsen ging ein Witz um: in einer Wahlveranstaltung verkündet Clinton voller Stolz, während seiner Präsidentschaft seien Millionen neuer Jobs geschaffen worden. Da steht eine Frau aus dem Publikum auf und sagt: „Ja, und ich habe drei davon!“

Politisch ist ebenfalls eine Polarisierung feststellbar, nach rechts: faschistoide Milizen, rechtsextremistische und terroristische Gruppen treiben ihr Unwesen, bringen offen den weitverbreiteten Frust zu einem destruktiven Ausdruck (bspw. im Talk Radio). Die Verunsicherungen wecken bei einigen autoritären Gruppen Fundamentalismus. Nach Einschätzung von Reed Stillwater steht „der Haß auf Clinton für das

Unbehagen an der Moderne, zu deren Anwalt sich der Präsident gemacht hat.“

#### **Präsident und demokratischer Prozeß**

Nach vier Jahren Amtszeit gilt nun der politische Schwerstarbeiter Clinton paradoxerweise als einer der erfolgreichsten und zugleich umstrittensten Präsidenten der Nachkriegszeit. Das Mißtrauen gegenüber seinem „Charakter“ ist selbst unter Anhängern groß. Aber er vermochte dies auszugleichen: der vermeintlich mächtigste Mann der Erde, der US-Präsident, hat offiziell die Rolle als Staatsoberhaupt, Chef der Exekutive, Parteiboss, oberster Diplomat, Militärführer, usw. Eine weitere und vermutlich wahlentscheidende Funktion besteht allerdings darin, das Volk (bzw. möglichst relevante Teile), dessen Stimmungslage, dessen Hoffnung zu repräsentieren und zum Ausdruck zu bringen.

Angesichts der Verletzungen durch den alltäglichen Konkurrenzdruck, den Streß und den Existenz- und Überlebenskampf hat Clinton passend agiert und sein Mitgefühl und seine heilsversprechende Wärme zum Ausdruck gebracht. Zu verschiedenen Anlässen konnte er eine präsidiale Haltung zeigen (Bombenanschlag in Oklahoma City, Friedensstifter bei internationalen Abkommen, etc.). Mit diesen Eigenschaften konnte er die Kritik an seinem Charakter mehr als wettmachen. Es scheint, als wolle Clinton sein zerfallendes und zerstrittenes Land in ähnlicher Weise zusammenführen, wie er es als Kind bereits mit seinem zerrütteten Elternhaus versucht hat. Zum wichtigsten Vokabular seiner Wahlkampagne gehörten Begriffe wie Hoffnung, Chancen, Gemeinschaft, 21. Jahrhundert, Zukunft, Hilfe, Führung. Diese sind auch in der Wahlplattform der Demokraten enthalten. Anders als früher war diese diesmal völlig unumstritten, es gab kaum Diskussionen darüber und sie wurde sogar einstimmig verabschiedet.

Solche Wahlprogramme der Parteien haben jedoch nur momentanen symbolischen Wert. Politische Diskurse finden nur in winzigen Zirkeln statt. Die Parteienstruktur erodiert immer mehr, Werbeagenturen und Beratungsfirmen ersetzen politische Parteien und Programme, Meinungsumfragen ersetzen politische Diskurse, Soundbites und In-

szenerungen ersetzen politische Arbeit. Die kommerziellen Massenmedien sorgen mehr schlecht als recht für die Vermittlung zwischen Bürgern und Politikern, zementieren infantile Klischees und erschweren die Zurkenntnisnahme verschiedener wichtiger Zusammenhänge.

In einigen Bereichen der Politik gibt es aber auch andere Trends. Zum Beispiel besteht für US-Bürgerinnen in etlichen Bundesstaaten die Möglichkeit, direkt über Gesetzesinitiativen zu entscheiden. Diesmal standen wieder einige solcher „Propositions“ u.a. in Kalifornien, zur Abstimmung. Demnach werden dort künftig die Affirmative Action Programme, mit denen die Diskriminierung von Frauen oder Minderheiten überwunden werden sollte, gestrichen. Eine andere Abstimmung ergab, daß Marijuana künftig für medizinische Zwecke genutzt werden kann.

Die für Demokraten und Clinton wichtigsten Wählersegmente sind weiterhin Afro-Amerikaner, Frauen, Gewerkschafter und Jugendliche. Neben dem sozialen Image spielen dafür die konkreten Politikansätze eine Rolle (family leave, day-care, education, minimum wage, etc.). Der Anteil der Frauen oder von Minderheiten in politischen Ämtern stagniert oder nimmt nur langsam zu. Außerdem gab es einen deutlichen ideologischen „backlash“ (Faludli). Exemplarisches Symbol dafür ist die veränderte Rolle der „First Lady“. Hillary Rotham Clinton mußte sich nach ihrem fulminanten Engagement für einige wichtige Politikprojekte zu Beginn von Clintons erster Amtszeit immer mehr zurückziehen und als Nebenfigur positionieren. Auch in inhaltlicher Hinsicht kümmert sie sich deutlicher als früher um „weibliche“ Politikfelder, wie sie bspw. in ihrem umstrittenen Buch über Familie und Gemeinschaft („It takes a village“) beweist.

Die seit Reagan verstärkte laufende Debatte über den Staatsabbau hat - außer dem weiteren Abbau des Haushaltsdefizits - inzwischen kaum noch realistische Angriffspunkte. Die Deregulierungsmaßnahmen gehen selbst nach Ansicht einiger Konservativer in manchen Bereichen bereits zu weit (z.B. Fluggesellschaften). Daher bleibt zu hoffen, daß eine zentrale Erkenntnis des Verfassungsvervaters Alexander Hamilton beherzigt werden könnte: „Wenn die Menschen Engel wären, so bedürft-

*Wahlprogramme der Parteien haben nur momentanen symbolischen Wert. Politische Diskurse finden nur in winzigen Zirkeln statt. Die Parteienstruktur erodiert immer mehr, Werbeagenturen und Beratungsfirmen ersetzen politische Parteien und Programme.*

ten sie keiner Regierung.“ Immer mehr US-BürgerInnen bemerken mitten in dem neoliberalen Amoklauf, daß die Menschen und vor allem die Konservativen und Neoliberalen tatsächlich keine Engel sind. Im Zusammenhang mit all den Problemen, Skandalen und Herausforderungen für die US-BürgerInnen scheint nun zunehmend auch der American Dream (durch harte und ehrliche Arbeit werde der Wohlstand stetig steigen) unglaublich zu werden. Darüber hinaus hat das „amerikanische Sendungsbewußtsein“ kein konkretes Ziel, keine klare Vision und keine innere Kraft mehr! Der „relative decline“ geht vorerst unaufhaltsam weiter.

Angesichts der innenpolitischen Blockaden und komplizierten Interessenkonstellationen dürfte es Clinton vielleicht künftig leichter fallen, eher in der Außenpolitik Akzente zu setzen. Trotz der komplexer gewordenen Weltlage konnte Clinton auf dem internationalen Parkett breite Erfolge erzielen: Naher Osten, Nordirland, Nordkorea und Haiti. Mit seiner Philosophie des „economic nationalism“ versucht er, das nationale Interesse durch geringere Mittel und durch eine wechselseitige Verknüpfung von Freihandel und Wirtschaftswachstum, von Stabilität und Sicherheit zu befriedigen. Doch selbst für seinen größten Erfolg, die Ratifizierung des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA, hatte er zuhause gegen enorme Widerstände zu kämpfen.

Überhaupt wurden viele seiner Erfolge nur nach schwierigen Kompromissen und mit republikanischen Stimmen möglich. Vor allem paßt vielen Abgeordneten der erforderliche partielle Transfer von Souveränitätsrechten an ein internationales Gremium wie bspw. die UN nicht - „primus inter pares“ zu sein ist ihnen ungewohnt und scheint ihnen (noch?) unzumutbar. Mißerfolge wie in Somalia und Bosnien waren frustrierend. Stattdessen hat sich entgegen der anfänglichen Ansätze Clintons zu mehr Kooperation mit anderen Regierungen in den vergangenen zwei Jahren ein starker Unilateralismus herausgebildet, wie im Falle des Helms-Burton-Gesetzes mit seinem (völkerrechtswidrigen) extraterritorialen Anspruch. Außerdem haben sich die umweltpolitischen Hoffnungen (der Öko-Fan Al Gore als Vizepräsident!) nicht erfüllt, im Gegenteil hat der Kongreß etliche öko-politische

Errungenschaften eliminiert. Und die USA sind trotz (oder wegen?) aller Einsparungen weiterhin Rüstungsexportweltmeister.

Auch andere Versprechen wurden nicht erfüllt. Das Freihandelsabkommen mit Kanada und Mexiko (NAFTA) brachte nicht annähernd die propagierten Resultate (neue Jobs wurden versprochen - ähnlich übrigens wie im Cecchini-Report zum Binnenmarkt der EU von 1986), im Gegenteil: der vorherige Handelsbilanzüberschuß mit dem südlichen Nachbarland hat sich zu einem Defizit gewandelt! Zudem ist eine Beruhigung der Lage in Mexiko und die Beruhigung der Grenzregion weder eingetreten noch absehbar. Stattdessen wurden die Grenzbefestigungen ausgebaut und die Sicherheitskräfte mit teurer, hochmoderner Technik ausgestattet. Die innenpolitische Situation Mexikos ist nach der Peso-Krise und den politischen Aufständen und Attentaten äußerst gespannt.

#### **Land der unbegrenzten Möglichkeiten ohne politische Alternativen ?**

Die Unzufriedenheit mit den nur unzureichend unterscheidbaren großen Mainstreamparteien, daher ironisch auch „Republicrats“ und „Demreps“ titulierte, führt auf dem rechten und dem linken Spektrum zu neuen Organisationsversuchen. Alternativen zu den zwei großen Parteien spielen seit 150 Jahren nur eine marginale Rolle.

Auf der Linken hat der Desillusionierungsprozeß gegenüber der Partei der Demokraten inzwischen ein Ausmaß erreicht, das zur Entwicklung von Konkurrenzparteien führte. Schon seit Jahren gibt es Ansätze für neue Parteien und nach langwierigen Versuchen gibt es nun eine Green Party, die mit der rhetorischen Frage „Tired of the two-party Duopoly?“ versucht, an Einfluß und AktivistInnen zu gewinnen. Ralph Nader, obwohl nicht Mitglied, hat sich von ihr im Bundesstaat Kalifornien als Kandidat für die US-Präsidentschaft aufstellen lassen - allerdings ohne jegliche Chance außer der, Clinton Stimmen abzuknapsen.

Ein weiterer Versuch wurde vor fünf Jahren mit den Labor Party Advocates gestartet, die im Juli dieses Jahres tatsächlich ihre Labor Party gegründet haben. Dort engagieren sich meist kritische GewerkschaftlerInnen verschiedener Herkunft. Hintergrund dieser Entwicklung ist

wohl auch, daß sich die Gewerkschaften (ausgehend von einem absoluten Tiefstand des Organisationsgrades und ihres Einflusses) nicht mehr auf die Demokraten verlassen können bzw. wollen und daß sie sich seit etwa einem Jahr im leichten Aufwind befinden. Mit dem früheren Vorsitzenden der sehr aktiven Dienstleistungsgewerkschaft, John Sweeney, hat nun der bis dato zu vielen Konzessionen bereite Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO eine vielversprechende Spitze. Und so könnte es sein, daß sie langsam aus der Defensive herauskommen und effektiver als bisher gegen den neoliberalen Mainstream und die Vollstrecker der Sachzwangsideologie angehen und alternative Ziele und Strategien ins politische Spiel bringen können.

Wenn auch Ralph Nader mit den Grünen in Kalifornien keinerlei Chancen hatte, sind immerhin einige wenige Sozialisten wieder in den Kongreß gewählt worden, darunter der Senator Wellstone und der Repräsentant Sanders. Aufgrund des Wahlergebnisses vom November könnte sich mittelfristig eine Neugestaltung des politischen Prozesses oder ein Realignment ergeben: nicht nur sind beide große Parteien starken Veränderungs- und Spaltungskräften ausgesetzt, sondern zugleich wünschen sich fast 60% der US-Bürger eine dritte Partei oder mehr unabhängige Kandidaten.

#### **Kritik an Systemfehlern**

Das wohl größte strategische Manko Clintons während seiner ersten Amtsperiode war die weitgehende Ausgrenzung linker Akteure und Bewegungen inklusive der Gewerkschaften. Dem Rechtstrend und der neoliberalen Offensive konnte daher keine linke Kraft als Alternative bzw. Korrektiv entgegengesetzt werden. Hier liegt eine auffallende Parallele zu sozialdemokratischer Strategie: zu Gewerkschaften und progressiven Bewegungen werden keine neuen und intensiveren Netzwerke geknüpft - als ließe sich Reformpolitik ohne die Menschen durchführen. Zwar wurden von Clinton einige kritische Geister in seinen Regierungsapparat integriert, was gegenüber der Reagan-Bush-Ära einen unübersehbaren Fortschritt darstellt. Doch für die Durchsetzung wirklicher Reformprojekte wäre der weiträumige Aufbau einer hegemonialen Bewegung notwendig gewesen.

*Zunehmend scheint der American Dream unglaublich zu werden. Darüber hinaus hat das „amerikanische Sendungsbewußtsein“ kein konkretes Ziel, keine klare Vision und keine innere Kraft mehr!*

Die Öffentlichkeit in den USA ist durch eine „conspiracy of silence“ (Jim Hoagland, Journalist der International Herald Tribune) gegenüber wichtigen gesellschaftlichen Themen gekennzeichnet. Gerade angesichts des Übergangs ins nächste Jahrtausend stünden Grundsatzdebatten über verschiedene akute und zukünftige Problemfelder an. Das wichtigste Thema dürfte wohl „Sustainable Development“ sein, also die Herausforderung, die Produktions-, Konsumtions- und Lebensweisen dergestalt zu verändern, daß sie nachhaltig und zukunftsfähig sind, d.h. heute und in Zukunft überall möglich sind, ohne unsere Lebensgrundlagen zu ruinieren. Doch gerade in den USA gibt es bislang keine Anzeichen für eine breite Thematisierung der Veränderung der verschwenderischen und destruktiven Lebensweise, des American Way of Life.

Die Protagonisten des Status Quo sind stolz, durch Anpassung an die (innerhalb der Machtstrukturen produzierte) herrschende Meinung „gewonnen“ zu haben, aber sie ignorieren, daß genau dies kein ideologischer, geschweige denn hegemonialer Sieg oder Terraingewinn ist. Die reformistisch-pragmatisch-opportunistische Strategie beinhaltet eine kurzfristige Anpassung an modische Meinungstrends statt kontinuierliche Herausbildung und Profilierung konkreter Utopien und Alternativen, statt progressiver Gestaltung der öffentlichen Meinung und Akzentsetzung (offensiver Hegemoniebildung).

Struktureller Hintergrund all dieser Probleme ist der tiefgehende Wandel des bislang relativ erfolgreichen fordistischen Wirtschaftsmodells, das sich in den 20er Jahren in den USA herausgebildet und seit 1945 in Teilen der Welt durchgesetzt hat. Diese spezifische Periode kapitalistischer Entwicklung geriet durch innere Widersprüche und die zunehmende globale Konkurrenz unter fundamentalen Veränderungsdruck. Damit verbunden ist selbst in den reichen Metropolen eine Relativierung oder Herausforderung der bisher gültigen Werte und Politikmuster. Widerstände von bisher privilegierten Schichten („Sozialgeiz“) stehen an der Tagesordnung und nicht zuletzt rufen der Abbau des Militärapparates und die damit verbundenen Arbeitsplatz- und Sinnverluste Existenzängste hervor.

Der „relative decline“ knabbert somit auch am kollektiven Selbstbewußtsein.

Zahlreiche vergleichbare Probleme sind auch in anderen westlich-kapitalistischen Demokratien sichtbar - von Italien bis Japan. Im Zentrum der Krise des Gesellschaftssystems steckt immer noch der Widerspruch zwischen gesellschaftlichem Charakter der Produktion und dessen privater Aneignung und Steuerung. Die darin im Kern befindlichen Klassenkonflikte laufen besonders in Zeiten von Strukturkrisen auf eine Entwertung der Werte hinaus. Dabei sind nicht nur die zyklische Kapitalvernichtung an sich, sondern die sozialen Folgen, die Vernichtung von Existenzen, das Schreckliche. Und in vielerlei Zusammenhängen ist dies in den USA und ähnlichen Systemen immer deutlicher beobachtbar: Entwertung des Menschen, Enthumanisierung, Verrohung der Herzen, Entfremdung, Menschenverachtung - allesamt Resultate der „creative destruction“ (J. Schumpeter) des kapitalistischen Ver- und Entwertungsprozesses. In einem Vortrag sprach der US-Politologe Theodor Lowi im Zusammenhang mit dem Ende des Kalten Krieges davon, daß die Suche nach einem Feindbild dazu geführt habe, zu erkennen, daß „der Gegner“ im eigenen Lande sitzt: „We have met the enemy, and he is us“.

### Perspektiven?

Anders als zu Beginn seines ersten Wahlkampfes hat Clintons Administration keine besonderen politischen Vorhaben auf die Agenda gesetzt. Dies würde vermutlich seinem Hang nach überparteilicher Zusammenarbeit auch nicht gut tun. Das „muddling through“ dürfte noch mehr als bisher den politischen Prozeß in den USA bestimmen. Nur durch die ein oder andere Krise können daher die immensen Potentiale dieser Supermacht mobilisiert werden.

Wichtigster Punkt auf Clintons mageren Agenda dürfte wohl der weitere Abbau der Staatsschulden sein. An diesem Thema ist kein Vorbeikommen und dazu ist Zusammenarbeit mit der Opposition notwendig. Zudem wird eine Reform der Wahlkampffinanzierung angestrebt, obwohl nicht zuletzt Clinton davon profitierte. Zugleich stieg damit auch seine Abhängigkeit von Zuwendungen von Unternehmen, insbesondere aus dem Finanzsektor,

sehr. Jim Hoagland (International Herald Tribune) bezeichnete das derzeitige System kürzlich als ein „money-grubbing, ethics-destroying monster that now prowls beyond American borders in search of cash to buy television time and enrich political consultants.“<sup>1</sup>

Daneben wird es eine Vielzahl kleinerer Reformvorhaben geben. Ein persönlicher Risikofaktor für die Clintons, der ihnen einen Strich durch die zweite Amtszeit machen könnte, besteht in ihren Verstrickungen in den Whitewater-Immobilien-skandal, dessen Rechtsverfahrenskosten sie bereits hoch verschuldet haben. Insgesamt könnte Clinton in der zweiten (und letzten) Amtszeit zu einer „lame duck“ werden. Nicht zuletzt Al Gore wird davon profitieren, denn der dürfte der nächste Präsidentschaftskandidat der Demokraten im Jahre 2000 werden.

Doch unterhalb dieser Erscheinungsebene der Inszenierung des Politischen werden für die Zukunft des US-Systems tieferliegende Strukturveränderungen ausschlaggebend sein. Neben der Krise der fordistischen Binnenstrukturen gehören dazu globale Zusammenhänge, unter anderem die finanzwirtschaftlichen Verflechtungen, Verschiebungen und daraus resultierenden Sach- und Handlungszwänge. So ist erst kürzlich bekannt geworden, daß es zur Rettung der ökonomischen Stabilität in den USA allem Anschein nach eine außergewöhnliche Intervention der US-Führung gegenüber Japan bzgl. deren Zins-, Devisen-, Kredit-, Wirtschafts- und Konjunkturpolitik gab (Handelsblatt vom 4.11.1996, S.33) - von wegen freie Marktwirtschaft, von wegen nationale Souveränität, von wegen Supermacht, von wegen Demokratie.

Um zum Bild des Brückenbaus zurückzukehren: der Versuch Clintons, für die USA eine Brücke ins nächste Jahrtausend zu bauen, basiert auf einem überaus bröckeligen Fundament. Und die Frage bleibt offen, wer wie wodurch und wann dort im dritten Jahrtausend ankommen wird und wer vorher abstürzt. Die Baustelle hat trotz aller pathetischen und patriotischen Rhetorik doch allzu viele Ähnlichkeiten mit dem Turmbau zu Babel! spw

1 „geldraffendes, sittenzerstörendes Monster, das nun außerhalb der amerikanischen Grenzen umherstreift, auf der Suche nach Bargeld, um Fernsehzeit zu kaufen und politische Berater zu bereichern.“

*Das wohl größte strategische Manko Clintons war die weitgehende Ausgrenzung linker Akteure und Bewegungen inklusive der Gewerkschaften. Durch Anpassung an die herrschende Meinung „gewonnen“ zu haben, ist kein ideologischer, geschweige denn hegemonialer Sieg oder Terraingewinn.*

**Ausgangslage**

Auch nach mehr als 30 Jahren internationaler Entwicklungszusammenarbeit (EZ) schreitet die Verelendung in weiten Teilen der Dritten Welt unvermindert voran. Die zweifellos beachtlichen, wenn auch rein ökonomischen Erfolge in einigen asiatischen Staaten sind eher als Sonderfall zu betrachten. Die meisten afrikanischen Staaten, insbesondere jene der Subsahara-Region, haben nach wie vor mit einer fortschreitenden Verarmung und Verschuldung zu kämpfen. Dieser Trend wird sich auch in Zukunft fortsetzen. Wen wundert es, wenn in der Bevölkerung Schlagworte wie „Legitimationskrise der EZ“ oder „Entwicklungspessimismus“ die Runde machen.

Wollte man die deutsche Entwicklungszusammenarbeit einer kritischen Bilanz unterziehen, so würde man zwangsläufig zu der Schlußfolgerung kommen, daß zwischen Anspruch und Wirklichkeit eine gewaltige Lücke klafft:

- Entgegen allen Beteuerungen der Bundesregierung, den Entwicklungsetat sukzessive anzuheben, stagniert dieser seit Jahren. Im Rahmen der UNCED Konferenz in Rio 1992 hat Bundeskanzler Helmut Kohl versichert, den Anteil der EZ-Mittel kontinuierlich auf 0,7% des Bruttosozialprodukts aufzustocken. Die Quote liegt augenblicklich bei beschämenden 0,31%. Der Haushalt 1997 wird eine weitere drastische Kürzung bringen und fällt damit auf das Niveau von 1991 (!) zurück.

- Entwicklungsminister Spranger hat wiederholt angekündigt, den Haushaltsansatz für die ärmsten Regionen der Welt (LLDC-Länder) zu verstärken. Die aktuellen Haushaltsdaten beweisen das Gegenteil.

- Entgegen allen vollmundigen Ankündigungen der Bundesregierung, die Entwicklungszusammenarbeit mit Staaten, in denen die Menschenrechte mit Füßen getreten werden, einzufrieren, floriert die Zusammenarbeit mit China, Indonesien und der Türkei. Bei einem Teil der Maßnahmen handelt es sich zudem um entwicklungspolitisch fragwürdige Großprojekte, die ausschließlich deutschen Exportinteressen dienen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Natürlich muß in Zeiten leerer öffentlicher Kassen gespart werden. Entscheidend ist aber, an welcher Stelle und in welchem Maß ge-

spart wird. Die Erfahrung lehrt, daß die Bundesregierung dort spart, wo der geringste Widerstand zu erwarten ist. Entwicklungsländer haben in Deutschland leider nur eine kleine Lobby.

Eine kritische Bilanz wird darüber hinaus zu dem Ergebnis kommen, daß Erfolgskontrolle im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit nur eine geringe Rolle spielt. Verschiedene Untersuchungen legen den Schluß nahe, daß bei einem Großteil der deutschen EZ-Projekte sowohl die gesetzten Ziele als auch deren nachhaltige Wirkung nur teilweise erreicht, mitunter sogar vollkommen verfehlt wurde. Ausschlaggebendes Erfolgskriterium für die Nachhaltigkeit entwicklungspolitischer Maßnahmen ist aber nicht allein die Höhe der finanziellen Mittel. Von ebenso großer Bedeutung sind auch die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die ökonomischen und sozialen Voraussetzungen in den Entwicklungsländern sowie die entwicklungspolitischen Strukturen in den Geberländern.

Gerade in Zeiten knapper öffentlicher Mittel muß der Staat darauf bedacht sein, durch eine effiziente Arbeitsweise der im entwicklungspolitischen Bereich tätigen Institutionen sowie durch eine effiziente Planung und Durchführung der EZ-Programme und -Projekte deren größtmögliche Nachhaltigkeit sicherzustellen. Dies aber ist in Deutschland keineswegs der Fall.

**Ziele der EZ**

Erfolge, Mißerfolge sowie notwendige Reformen der EZ können jedoch nicht losgelöst von den Zielen, Grenzen und Möglichkeiten der EZ betrachtet werden. Dabei wird deutlich, daß das allgemein akzeptierte Ziel, nachhaltige Entwicklung in den Entwicklungsländern zu schaffen, von der EZ im engeren Sinne allein nicht erreicht werden kann.

- Rational begründete EZ verfolgt einen mehrdimensionalen Ansatz (Zusammenarbeit verschiedener Ressorts und Instrumente) zur Erlangung nachhaltiger Entwicklung im Süden wie im Norden.

- Getreu der vom tansanischen Ex-Präsidenten Nyerere formulierten Einsicht: „Menschen können nicht entwickelt werden, Menschen können sich nur selbst entwickeln“ sollte sich EZ auf die gezielte Förderung von Strukturen der Zivilgesellschaft (empowerment) in den Entwick-

# Nachhaltigkeit als Leitlinie

Für eine Reform der deutschen  
Entwicklungszusammenarbeit

von Werner Schuster und Andreas Kellermann

lungsländern, d.h. auf „Hilfe zur Selbsthilfe“ konzentrieren.

- Auch kann Entwicklungszusammenarbeit nur sehr eingeschränkt die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflussen. Dies ist anderen Politikfeldern wie Wirtschafts-, Finanz- oder Außenpolitik vorbehalten. EZ kann allerdings mittels gezielter Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit den Druck auf diese anderen Politikfelder bzw. die dort handelnden Politiker so erhöhen, daß diese ihre politischen Entscheidungen stärker am Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung orientieren.

- Nur unter größten Schwierigkeiten kann EZ in Kriegsregionen tätig werden. Sie kann aber dazu beitragen, durch frühzeitige, qualitativ wie quantitativ ausreichende Konfliktprävention die Häufigkeit und das Ausmaß von kriegerischen Konflikten drastisch zu reduzieren und den Dialog zur friedlichen Konfliktbeilegung unterstützen.

- EZ kann der deutschen Öffentlichkeit vermitteln, warum sie auch im wohlverstandenen Eigeninteresse eine sinnvolle Zukunftsinvestition ist, ohne ausschließlich mit dem Arbeitsplatzargument innerhalb der Geberländer winken zu müssen.

- EZ sollte auch Wertvorstellungen wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität vermitteln, welche gleichermaßen Gültigkeit im Süden wie im Norden haben. Ohne diese Wertvorstellungen ist nachhaltige Entwicklung, egal wo auch immer, nicht zu erreichen.

Dies vorausgeschickt werden im folgenden Vorschläge zur strukturellen Reform der deutschen EZ unterbreitet:

*Ausschlaggebendes Erfolgskriterium für die Nachhaltigkeit entwicklungspolitischer Maßnahmen ist aber nicht allein die Höhe finanzieller Mittel.*

\* Dr. R. Werner Schuster, MdB, Andreas Kellermann, wiss. Mitarbeiter von Werner Schuster

### Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe

Angesichts der vielfältigen globalen Herausforderungen ist es erforderlich, die Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe zu begreifen. Sie hat Auswirkungen auf nahezu alle anderen Politikfelder. Umgekehrt aber haben andere Politikfelder auch Auswirkungen auf die Entwicklungspolitik. Nur allzu oft werden entwicklungspolitische Maßnahmen durch wirtschafts-, agrar- oder finanzpolitische Entscheidungen konterkariert.

Diesem neuen Politikverständnis entsprechend sollte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zukünftig die Funktion eines Querschnittsministeriums wahrnehmen. In dieser Funktion kann sich das Ministerium seinen eigentlichen strategischen Aufgaben widmen, nämlich dem Politikdialog mit den Entwicklungsländern sowie der Steuerung und Kontrolle der gesamten deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

Hierzu zählt insbesondere die Koordination aller entwicklungspolitischen Maßnahmen des Bundes mit jenen der Länder, der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds sowie der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten. Auf EU-Ebene mangelt es bislang an der notwendigen Abstimmung. Dies betrifft zum einen die Koordination von EZ-Projekten der Kommission mit jenen der einzelnen Mitgliedstaaten, zum anderen die Koordination von EZ-Projekten der verschiedenen Mitgliedstaaten untereinander. Nicht selten

sind diese parallel auf einem bestimmten Sektor im gleichen Empfängerland tätig. Um Überschneidungen zu vermeiden, sollte eine effektive Arbeitsteilung vorgenommen werden. Wünschenswert wäre es, wenn jedes EU-Mitglied seine Maßnahmen auf wenige Länder und Sektoren konzentrieren könnte. Auf diese Weise lassen sich Entwicklungsvorhaben gezielt auf die Bedürfnisse der Empfängerländer ausrichten und ergänzen.

### Bündelung entwicklungspolitischer Zuständigkeiten

Darüber hinaus muß die Entscheidungskompetenz des (BMZ) gemäß dem Kohärenzgebot der Maastrichter Verträge ausgeweitet werden. Neben den rein strategischen Aufgaben erhält das Ministerium auch die folgenden, bislang noch in anderen Ressorts angesiedelten entwicklungspolitischen Zuständigkeiten<sup>1</sup>:

- Humanitäre und Katastrophenhilfe
  - Ausstattungshilfe
  - EU- Entwicklungspolitik (einschl. Lomé)
  - Nord-Süd/Ost-bezogene internationale Umweltpolitik
  - Kooperation mit den MOE/GUS-Staaten<sup>2</sup>
  - UN-Konferenzen mit entwicklungspolitischem Bezug
  - federführende Zuständigkeit für alle UN-Sonderorganisationen mit entwicklungspolitischen Bezug (z.B. UNHCR, FAO, UNICEF, UNEP, UNESCO, UNHCS-Habitat)<sup>3</sup>
- Alle entwicklungspolitischen Befugnisse würden damit beim BMZ

liegen. Darüber hinaus sollten alle politischen Entscheidungen anderer Ressorts, die von entwicklungspolitischer Relevanz sind, im Sinne einer kohärenten Politikgestaltung vom BMZ im Rahmen von Entwicklungsverträglichkeitsprüfungen überprüft werden. Das BMZ kann diese Querschnittsfunktion natürlich nur dann wahrnehmen, wenn es von anderen administrativen Verpflichtungen, z.B. der Projektabwicklung, befreit wird.

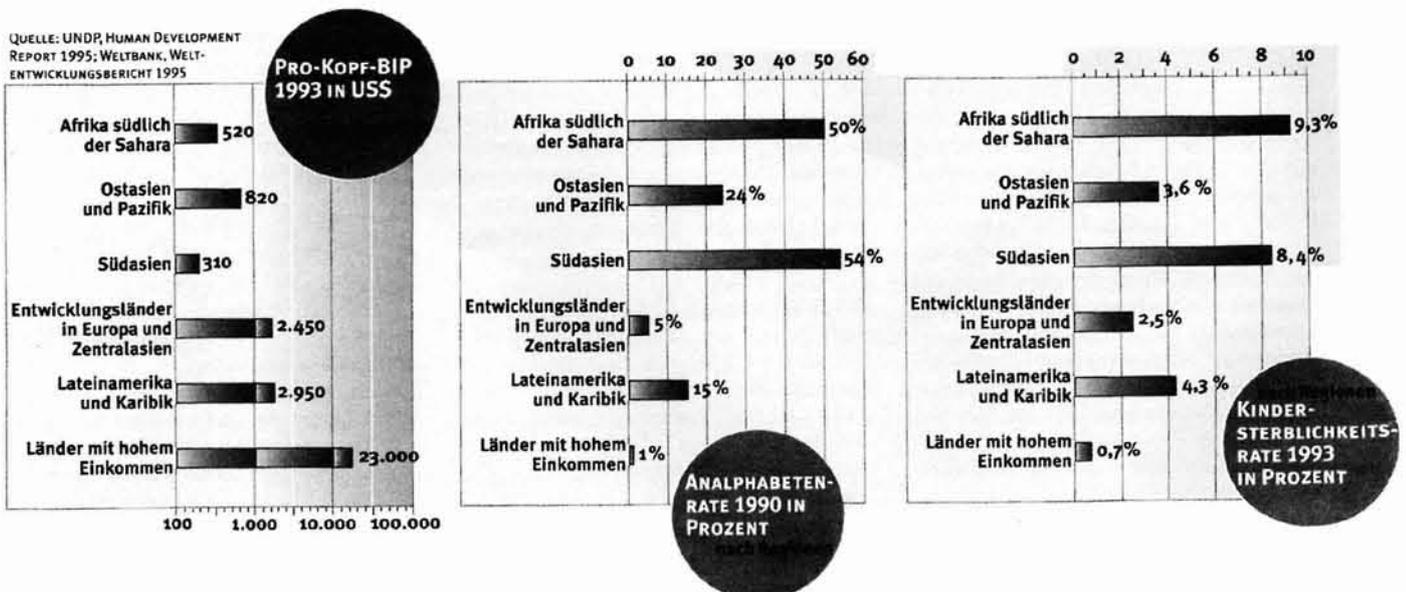
### Delegation an die Durchführungsorganisationen

Damit das BMZ seiner neuen Querschnittsfunktion sowie der Bündelung von entwicklungspolitischen Zuständigkeiten gerecht werden kann, soll die gesamte Projektabwicklung an die Durchführungsebene delegiert werden. Dies hätte zudem den Vorteil, daß Entscheidungen schneller und flexibel getroffen werden könnten. Die staatlich finanzierten Durchführungsorganisationen wären somit allein für die Umsetzung der Maßnahmen gemäß der Zielvorgaben von Parlament und Regierung verantwortlich. Dies entbindet sie selbstverständlich nicht von ihrer Berichtspflicht gegenüber dem Ministerium sowie einer ordentlichen Rechnungslegung.

### Kooperation und Kohärenz

Die staatlich finanzierten Durchführungsorganisationen sollen auch zukünftig als selbständige Einheiten arbeiten, werden allerdings zu einer systematischen Zusammenarbeit<sup>4</sup> in

*Angesichts der vielfältigen globalen Herausforderungen ist es erforderlich, die Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe zu begreifen. Sie hat Auswirkungen auf nahezu alle anderen Politikfelder.*



den einzelnen Entwicklungsländern, d.h. vor Ort verpflichtet. Damit soll verhindert werden, daß Entwicklungsprojekte unkoordiniert geplant und durchgeführt werden. Eine kohärente Projektplanung und -abwicklung ist unerlässlich, um den spezifischen Bedürfnissen des Empfängerlandes nachkommen zu können. Zusätzlich sind die Maßnahmen mit den politischen Stiftungen, den Kirchen und den Nichtregierungsorganisationen abzustimmen. Die Erfahrung lehrt, daß dies auch heute noch die Ausnahme und nicht die Regel ist.

### **Einführung von Länderkonzepten**

Die bisherige Aufteilung des Entwicklungshaushalts nach Titeln und Titelgruppen ist nicht sinnvoll, trägt sie doch den speziellen Bedürfnissen der Entwicklungsländer nur bedingt Rechnung. An ihre Stelle sollten individuelle Länderkonzepte mit spezifischen sektoralen Schwerpunkten treten. Diese Länderstrategien sollen für die anzuwendenden Instrumente und die Höhe der finanziellen Aufwendungen ausschlaggebend sein. Die Erarbeitung dieser primär vor Ort zu erstellenden spezifischen Länderkonzepte erfolgt auf der Grundlage eines intensiven Dialogs (Runder Tisch) zwischen BMZ und Empfängerländern. Dieser Dialog schließt die deutschen Botschaften sowie die Entwicklungsexperten aller deutschen Durchführungsorganisationen mit ein. Die Abwicklung der Projekte erfolgt gemäß der o.g. abgestimmten Vorgehensweise der unterschiedlichen Durchführungsorganisationen.

Grundlage der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit einem Entwicklungsland bilden nach wie vor i.d.R. die Regierungsvereinbarungen. Diese sind allerdings derart zu gestalten, daß die Zusammenarbeit vor Ort mit den jeweils geeignetsten Trägerstrukturen erfolgt. Dies können im Einzelfall auch nicht-staatliche Träger sein, die z.B. aufgrund komparativer Vorteile zu einer effizienteren Projektdurchführung in der Lage sind. Darüber hinaus sollen die staatlichen Durchführungsorganisationen der EZ zukünftig aber auch die Möglichkeit erhalten, EZ-Vereinbarungen direkt mit den Trägern der Zivilgesellschaft eines Entwicklungslandes schließen zu können. Dies gilt für jene Länder oder Landesregionen, in denen keine staatlichen Strukturen vorhanden

sind, Entwicklungszusammenarbeit aber dennoch möglich und sinnvoll ist. Grundsätzlich aber gilt: Keine EZ-Projekte, welche vorhersehbar unsere Partner vor Ort überfordern. Sie verschwenden allenfalls Geld, Arbeitskraft und Motivation auf beiden Seiten.

### **Sektorale Schwerpunkte**

Darüber hinaus müssen mittelfristig mindestens 50% der EZ-Mittel in gezielte Sektorprogramme für die Bereiche Armutsbekämpfung, ländliche Entwicklung, elementare Gesundheitsversorgung, Stärkung der inneren Potentiale der Entwicklungsländer (Empowerment der Zivilgesellschaft, insbesondere Frauenförderung), Bildung, Umwelt- und Ressourcenschutz, Bevölkerungsentwicklung und regionale Entwicklungszusammenarbeit gelenkt werden.

Gemäß der 20/20-Initiative des UN-Entwicklungsprogramms sollen jeweils 20% der öffentlichen Entwicklungshilfe und 20% der staatlichen Ausgaben eines Entwicklungslandes für soziale Grunddienste (Grundbildung, Basisgesundheitsversorgung, Wasser, Ernährung) eingesetzt werden.

Mittels gezielter Umschichtungen im BMZ-Haushalt sollen zudem EZ-Projekte, welche dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ entsprechen, d.h. eine Beteiligung der betroffenen Zielgruppen im Empfängerland sicherstellen, durchgeführt werden. Das bedeutet: Ausweitung von Kleinprojekten (Kleinkreditförderung, lokale Infrastrukturprojekte, dezentrales „institution building“ etc.) und drastische Einschränkung fragwürdiger Großprojekte der Finanziellen Entwicklungszusammenarbeit. Eben diese Großprojekte waren es, welche die EZ der Bundesregierung in den vergangenen Jahren immer wieder in die öffentliche Kritik geraten liessen. Zu Recht, denn Milliardenprojekte wie der Bau der U-Bahn in Shanghai oder verschiedene Staudamm-Großprojekte, die mit gewaltigen Eingriffen in die Natur und die Lebensverhältnisse der örtlichen Bevölkerung verbunden sind, sind weder entwicklungspolitisch sinnvoll noch fördern sie eine menschenwürdige nachhaltige Entwicklung. Vor diesem Hintergrund muß sich die Bundesregierung den Vorwurf gefallen lassen, dem Entwicklungspessimismus in der Bevölkerung erheblich Vorschub geleistet zu haben.

### **Erfolgskontrolle in der EZ**

Was liegt also näher, als dem immer wieder vernehmbaren Entwicklungspessimismus mit einer systematischen Erfolgskontrolle entgegenzuwirken. Dies setzt allerdings voraus, daß Programme und Projekte der EZ evaluiert (hinsichtlich ihrer Ergebnisse bewertet, die Red.) und deren Ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Das BMZ, die GTZ, die KfW und einige andere Entwicklungsorganisationen nehmen bereits seit Jahren Evaluierungen ihrer Projekte und Programme vor. Zwangsläufig haftet diesen „hausinternen“ Evaluierungen allerdings der Geruch der Parteilichkeit an, auch wenn sie in Einzelfällen unter Hinzuziehung von externen Prüfern durchgeführt werden. Eine unabhängige und trägerübergreifende Erfolgskontrolle der Entwicklungszusammenarbeit findet in Deutschland allerdings noch nicht statt.

### **Schaffung eines Evaluationsinstituts**

Die Durchführung der Erfolgskontrolle sollte von einem noch zu gründenden unabhängigen Evaluationsinstitut vorgenommen werden. Aus Gründen der Kostenersparnis können vorhandene Einrichtungen, bspw. das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik in Berlin (DIE) oder das im Aufbau befindliche Zentrum für Entwicklungsforschung der Universität Bonn entsprechend ausgebaut werden. Ziel der Erfolgskontrolle ist die Sicherstellung der Nachhaltigkeit von Programmen und Projekten der deutschen EZ.

### **Nachhaltigkeit der EZ**

Eine Bewertung der Nachhaltigkeit von Entwicklungszusammenarbeit setzt eine verbindliche Bestimmung des Nachhaltigkeitsbegriffs voraus. Nachhaltigkeit ist dann gegeben, wenn nach Auslaufen der entwicklungspolitischen Leistungen ein positives Weiterwirken von Programmen und Maßnahmen der EZ gewährleistet ist. Dies bedeutet allerdings nicht, daß Nachhaltigkeit bereits dann erreicht ist, wenn ein Projekt lediglich das Auslaufen der externen Hilfe überdauert. Vielmehr muß es primär darauf abzielen, das Projektumfeld zu beeinflussen und im Sinne eines eigenständigen Entwicklungsprozesses positiv zu verändern. Die Evaluierungen sind deshalb an folgenden Zielvorgaben auszurichten:

*Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit steht vor dem Scheideweg zwischen Fortfahren im Sinne von business as usual oder aber grundlegenden Reformen.*

- Bewertung der Nachhaltigkeit von Projekten und Programmen, und zwar der laufenden wie der bereits abgeschlossenen;
- Herausarbeitung der länderspezifischen Einflußfaktoren, welche sich positiv und negativ auf die Nachhaltigkeit von EZ-Maßnahmen auswirken;
- Prüfung, inwieweit diese Einflußfaktoren bei Auswahl, Planung und Durchführung der EZ-Projekte berücksichtigt wurde;
- Bewertung der Projektplanung und -durchführung von Trägerorganisationen.

Unter die Prüfung fallen auch jene Projekte von politischen Stiftungen, kirchlichen Trägern und von Nichtregierungsorganisationen, die überwiegend aus staatlichen Mitteln

finanziert werden. Im Anschluß an die Evaluierung werden deren Ergebnisse mit den verschiedenen Trägern diskutiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Das bedeutet, daß entwicklungspolitische Entscheidungen transparent und damit nachvollziehbar werden. Dem zunehmenden Entwicklungspessimismus wird allerdings nur dann beizukommen sein, wenn der Bevölkerung Entwicklungserfolge vorzuweisen sind.

#### Förderung der Zivilgesellschaft

Entwicklungserfolge sind also dann erreicht, wenn nachhaltige Entwicklung in Gang gesetzt werden konnte. Nachhaltige Entwicklung setzt aber voraus, daß in den Entwicklungsländern die geeignetsten Partner für eine Zusammenarbeit gesucht und gefördert werden. Die Erfahrung aus mehr als dreißig Jahren deutscher EZ lehrt, daß dies häufig die Träger der dortigen Zivilgesellschaft (z.B. Selbsthilfeorganisationen, insbesondere Frauengruppen) sind. Sie sind es, die von den deutschen Nichtregierungsorganisationen (NRO)<sup>5</sup> als Partner gesucht werden.

Die NRO schließen i.d.R. die Partnerorganisationen vor Ort sowohl in die Planung als auch in die Durchführung der Projekte (Partnerschaftsprinzip) mit ein. Im Gegensatz zu den zwischen Regierungen vereinbarten Großprojekten stehen NRO in direktem Kontakt mit ihren Partnern im Süden. Diese Basisnähe, fehlende Hierarchieebenen, die im Vergleich zur staatlichen EZ kleinen und überschaubaren Projekte sowie ein erheblich geringerer bürokratischer Aufwand ermöglichen es den NRO, Planung und Abwicklung der Projekte flexibel zu gestalten. All dies mag ein Grund dafür sein, daß die am Prinzip der „Hilfe zur Selbsthilfe“ orientierte Arbeit der Nichtregierungsorganisationen in der deutschen Öffentlichkeit überwiegend positiv beurteilt wird.

Die Stärken der NRO-Projektarbeit liegen in den Bereichen der unmittelbaren Armutsbekämpfung und der Förderung von Trägern der Zivilgesellschaft. Die NRO wären hoffnungslos überfordert, würden sie auch zur Schaffung von Infrastruktur oder politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen in den Entwicklungsländern herangezogen. Dies sind originäre Aufgaben der staatlichen EZ, die hier nicht aus

ihrer Verantwortung entlassen werden darf.

#### Verstärkung der entwicklungs-politischen Lobbyarbeit

Neben der reinen Projektarbeit nehmen die NRO eine Lobbyfunktion für den Süden im Norden ein. Mit ihrer an Zielgruppen orientierten Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit versuchen sie, auf das Bewußtsein der Bevölkerung einzuwirken. Damit tragen sie entscheidend zur Herausbildung eines „Eine-Welt-Bewußtseins“ bei. Deshalb muß die Verstärkung der entwicklungs-politischen Lobbyarbeit der Nichtregierungsorganisationen wesentlicher Bestandteil einer Reform der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sein.

Das bedeutet, daß die Nichtregierungsorganisationen in der Wahrnehmung ihrer Lobbyfunktion für den Süden verstärkt gefördert werden müssen, indem die im Bundeshaushalt bereitgestellten Mittel für NRO-Projektarbeit aufgestockt werden. Entsprechend der Regelung der Europäischen Kommission ist zusätzlich die Möglichkeit zu schaffen, daß bis zu 10% der Projektmittel für projektbegleitende Öffentlichkeitsarbeit und Verwaltungskosten verwendet werden können. Entwicklungsminister Spranger hat wiederholt die bedeutende Rolle der NRO im Rahmen der deutschen EZ hervorgehoben. Leider versagt er diesen aber bis heute eine dieser Rolle angemessene Förderung.

#### Förderung der Öffentlichkeitsarbeit

Vor allen Dingen aber muß der für Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit bestimmte Titel im Entwicklungsetat drastisch erhöht werden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich deshalb wiederholt für eine Aufstockung dieser Mittel ausgesprochen. Mit einer verbesserten finanziellen Ausstattung könnten die NRO ihre Arbeit für einen Bewußtseinswandel im Norden verstärken. Menschenwürdige und nachhaltige Entwicklung im Süden setzt auch Veränderungen im Norden voraus. Wir müssen erkennen, daß die Fortführung unserer ressourcenverschwendenden Lebensweise nachhaltige Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt verhindert. Süden und Norden müssen die Bereitschaft aufbringen, von- und miteinander zu lernen. Ohne diese „Lerngemeinschaft“<sup>6</sup>

# ami

## Neu erschienen

### Themenheft 11/96 Friedenstheorien

- **Ralf Bendrath:** Konflikt und Frieden
- **Manoochehr Heshmatie:** Friedensvorstellungen der Weltreligionen
- **Heinz Gärtner:** Frieden und Demokratie
- **Stefan Gose:** Friedenstheorien schaffen keinen Frieden
- **Arend Wellmann:** Das „zivilisatorische Hexagon“

**Abo:** (9 Normal-/ 3 Themenhefte)  
DM 50, Ausland: DM 60. Themenheft  
DM 5 (+Porto). *Probeheft gratis*  
**WWW:** <http://fub46.zedat.fu-berlin.de:8080/~arend/ami.html>

**Bezug:** Telefon/Fax: ++30-215 10 35  
e-mail: [ami@zedat.fu-berlin.de](mailto:ami@zedat.fu-berlin.de)  
☐ Elßholzstr. 11, 10781 Berlin

## antimilitarismus information

wird es kein Überleben auf dem Globus geben. Für die westlichen Industriegesellschaften bedeutet dies, sich von Belehrungs- zu Lerngesellschaften zu verändern. Entwicklung ist ein partizipativer, von gegenseitigem Lernen geprägter Prozeß, nicht aber die einseitige Übertragung des natürlichen Lebensgrundlagen weltweit zerstörenden westlichen Entwicklungsmodells.

**Förderung von NRO-Trägerstrukturen**

Zusätzlich aber muß endlich der politische Wille aufgebracht werden, auch NRO-Trägerstrukturen und deren Ländernetzwerke zu finanzieren. Gerade die kleineren NRO arbeiten i.d.R. auf ehrenamtlicher Basis. Es müssen Wege gefunden werden, um die verschiedenen NRO und deren Zusammenschlüsse auf kommunaler wie auch Länderebene zu unterstützen.

Bereits 1988 ergriff deshalb der Europarat und seine parlamentarische Versammlung die Initiative zu einem „Quadrilog“ auf europäischer und nationaler Ebene. Ihm gehören Vertreter von Regierungen, Parlamenten, Kommunen und Nichtregierungsorganisationen an. Hauptanliegen des „Quadrilogs“ ist die Förderung der entwicklungspolitischen Bildungs-, Informations- und Lobbyarbeit auf regionaler und lokaler Ebene. Dabei ist insbesondere auch an die strukturelle Förderung von Ländernetzwerken als Vertretungen der verschiedenen NRO auf Bundesländerebene gedacht. Die Trägerstruktur-Finanzierung für den deutschen Quadrilog muß seitens der Bundesregierung endlich durch den dafür notwendigen Beitritt zum Nord-Süd-Zentrum des Europarates in Lissabon sichergestellt werden. Quadrilog erarbeitete ein Stiftungsmodell zur NRO-Trägerstrukturfinanzierung, dessen Finanzierung durch Bund und Länder gewährleistet werden soll. Das Modell sieht vor, daß die Personalkosten für die in den Ländernetzwerken arbeitenden PromotorInnen von dieser Stiftung übernommen werden.

**Kooperation von BMZ und NRO**

Die zukünftige Zusammenarbeit von BMZ und NRO sollte auf der Basis eines kritischen Dialogs erfolgen, der die Kritik beider Seiten zuläßt und ein konstruktives Miteinander zum Ziel hat. Das bedeutet: Dialog, Unterstützung und Kooperation wo

sinnvoll, Kritik, Distanz und Konflikt wo nötig. Voraussetzung dafür ist, daß der Staat die Unabhängigkeit der NRO anerkennt und darauf verzichtet, politisches Wohlverhalten durch finanzielle Druckmittel zu erzielen.

Gerade in Sicht auf die Konzeption und Durchführung der eigenen entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sollte das BMZ stärker die Diskussion und Kooperation mit den NRO suchen. NRO verfügen über einen unmittelbaren Zugang zur Bevölkerung und genießen eine vergleichsweise hohe Glaubwürdigkeit. Denkbar wäre auch eine themenbezogene Zusammenarbeit. Aufgrund der Lobbyfunktion der NRO würde die politische Wirkung der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums erheblich verstärkt werden.

**Fazit**

Die Bundesregierung hat wiederholt auf die herausragende Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit bei der Bewältigung der immensen globalen Problemstellungen hingewiesen. Einen Beweis für die Ernsthaftigkeit dieser Einschätzung ist sie bislang allerdings schuldig geblieben. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit steht vor dem Scheideweg zwischen Fortfahren im Sinne von business as usual - dies würde sie innerhalb weniger Jahre in die Bedeutungslosigkeit führen - oder aber grundlegenden Reformen<sup>7</sup>, die zumindest die Basis für menschenwürdige und nachhaltige Entwicklung im Süden legen würde. Reformen haben aber nur dann eine Chance, wenn der politische Wille dazu aufgebracht wird. Angesichts des großen politischen Konsens im Bereich der Entwicklungspolitik wäre Minister Spranger gut beraten,

wenn er die ihm dafür angebotene Hilfestellung endlich in Anspruch nehmen würde.

spw

- 1 Vertreter verschiedener staatlicher, halbstaatlicher und privater Entwicklungsorganisationen haben hierzu im Oktober 1994 in einem Memorandum entsprechende Vorschläge unterbreitet.
- 2 MOE-Staaten: Mittel- und osteuropäische Staaten, GUS-Staaten: Gemeinschaft unabhängiger Staaten
- 3 FAO: Food an Agriculture Organization, UNEP: United Nations Environmental Program, UNESCO: United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation, UNHCR: United Nations High Commissioner for Refugees, UNHCS: United Nations Human Center on Settlements, UNICEF: United Nations International Children's Emergency Fund
- 4 In welcher Form die Zusammenarbeit der Durchführungsorganisationen organisiert wird, bedarf noch weitgehender Überlegungen. Zumindest die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sollten schrittweise in einer Holding oder einem dem BMZ nachgeordneten Bundesamt für Entwicklungszusammenarbeit zusammengefaßt werden. Andererseits aber sind die Gegenargumente (Einführung einer weiteren Hierarchieebene; Bürokratisierung) nicht von der Hand zu weisen.
- 5 Die deutschen Nichtregierungsorganisationen (NRO) stellen keine einheitliche Gruppe dar. Sie unterscheiden sich nach ihrer Größe, der Höhe des Spendenaufkommens, dem Betätigungsfeld, ihrer konfessionellen (kirchliche Organisationen) oder parteipolitischen (Stiftungen) Zugehörigkeit sowie der haupt- oder ehrenamtlichen Arbeitsverhältnisse. Dementsprechend unterschiedlich fällt auch die staatliche Unterstützung aus. Das Gros der staatlichen Mittel fließt an die politischen Stiftungen und kirchlichen Organisationen. Die Mehrzahl der NRO besteht aus den kleinen, weder parteipolitisch noch konfessionell gebundenen, überwiegend auf ehrenamtlicher Basis tätigen lokalen NRO. Sie sind in erster Linie Gegenstand dieser Ausführungen.
- 6 Vgl. Lepenies, Wolf.: Das Ende der Überheblichkeit. In: KulturAustausch 1/96, S. 114 - 117.
- 7 Mit dem entwicklungspolitischen Gesetz (Drs. 13/2223) sowie einem Antrag zur systematischen Erfolgskontrolle in der Entwicklungszusammenarbeit (Drs. 13/4120) hat die SPD-Bundestagsfraktion erste Ansätze zur Reform der deutschen Entwicklungszusammenarbeit vorgelegt.

*Die Stärken der NRO-Projektarbeit liegen in den Bereichen der Armutsbekämpfung und der Förderung von Trägern der Zivilgesellschaft.*

**Auf nach Vietnam !**

Die Reise, eine gute Mischung aus Urlaub, Information und Begegnung

Von der atemberaubenden Halong-Bucht, über den Wolkenpaß bis ins endlos grüne Mekong-Delta. Sie erleben das faszinierende Land von Nord nach Süd, von Hanoi bis Saigon. Außerdem:

Informationstreffen

- mit Gewerkschaftern und  
- Vertretern der KP Vietnams

Begegnungen

- mit Studenten und Vietnamesen,  
die in Deutschland gelebt haben

Ihre Reise wird exklusiv von der bekannten Journalistin und Buchautorin Dr. Maxi Wartelsteiner begleitet.

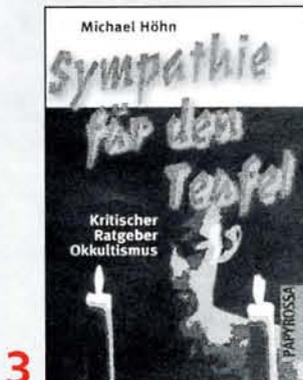
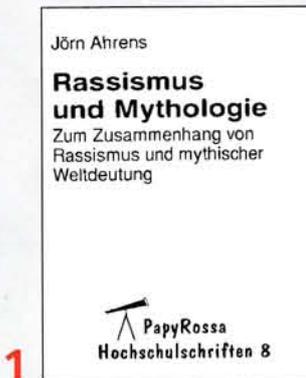
Termin: 11.03.-25.03.1997

Preis pro Pers. im DZ: DM 4.600,-

Bitte fordern Sie unverbindlich die ausführliche Reisebeschreibung an:

Telefon/Fax: (03 43 61) 51 539 Mo.-Fr.: 14-19 Uhr  
Hautnah-reisen Ron Wiesner, Bahnhofstr. 64a, 04774 Dahlen

Wir verschenken zwei Bücher  
für jedes neue **spw**-Abo,  
echt



*Jörn Ahrens*  
**Rassismus und Mythologie**  
Zum Zusammenhang von Rassismus und mythischer Weltdeutung  
Ladenpreis: DM 26,-

*Achim Bühl*  
**Cybersociety**  
Mythos und Realität der Informationsgesellschaft  
Ladenpreis: DM 38,-

*Michael Höhn*  
**Sympathie für den Teufel**  
Kritischer Ratgeber Okkultismus, 2. Aufl.  
Ladenpreis: DM 19,80

*Hoffmann/ Mückenberger*  
**Die Wahrheit der Träume**  
1968 und heute  
Ladenpreis: DM 26,-

*Berthold Happel*  
**Der Ball als All**  
Mythos und Entzauberung des Fußballspiels  
Ladenpreis: DM 26,-

*Große-Oetringhaus/ Strack*  
**Verkaufte Kindheit**  
Kinderarbeit für den Weltmarkt  
Ladenpreis: DM 29,80

Bitte je zwei Kennnummern auf der **spw**-Abokarte angeben